N/0012/016/001 003
ANDREAS WISCHNER
PRINZREGENTENSTR.46
D-1000 BERLIN 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E Vertrieb: ASH-Krebsmühle 6370 Oberursel Nr. 15 / Jahrgang 2 Dezember '85 3.00 DM

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Trostpflaster für die Opfer dieses Wirtschaftssystems?

– Die „neue mobile Reservearmee" am Arbeitsmarkt

Bei vielen selbstverwalteten Projekten ist es mittlerweile üblich, Stellen mit Hilfe von AB-Maßnahmen zu finanzieren. Diese ABM-Stellen ermöglichen ihnen Arbeiten zu bezahlen, die sonst ehrenamtlich oder überhaupt nicht gemacht würden. Für die so Beschäftigten bedeutet dies für ein bis zwei Jahre ein regelmäßiges Einkommen, und oft danach der Rückfall in die Arbeitslosigkeit.

Andererseits gibt es ernsthafte Bedenken, ob AB-Maßnahmen gesamtgesellschaftlich überhaupt sinnvoll sind: Vernichten ABM-Stellen auf Dauer nicht Arbeitsplätze, weil die Lohnkosten vom Arbeitgeber auf die Bundesanstalt für Arbeit abgewälzt werden und ABM-Stellen viel zu oft nicht in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis münden?

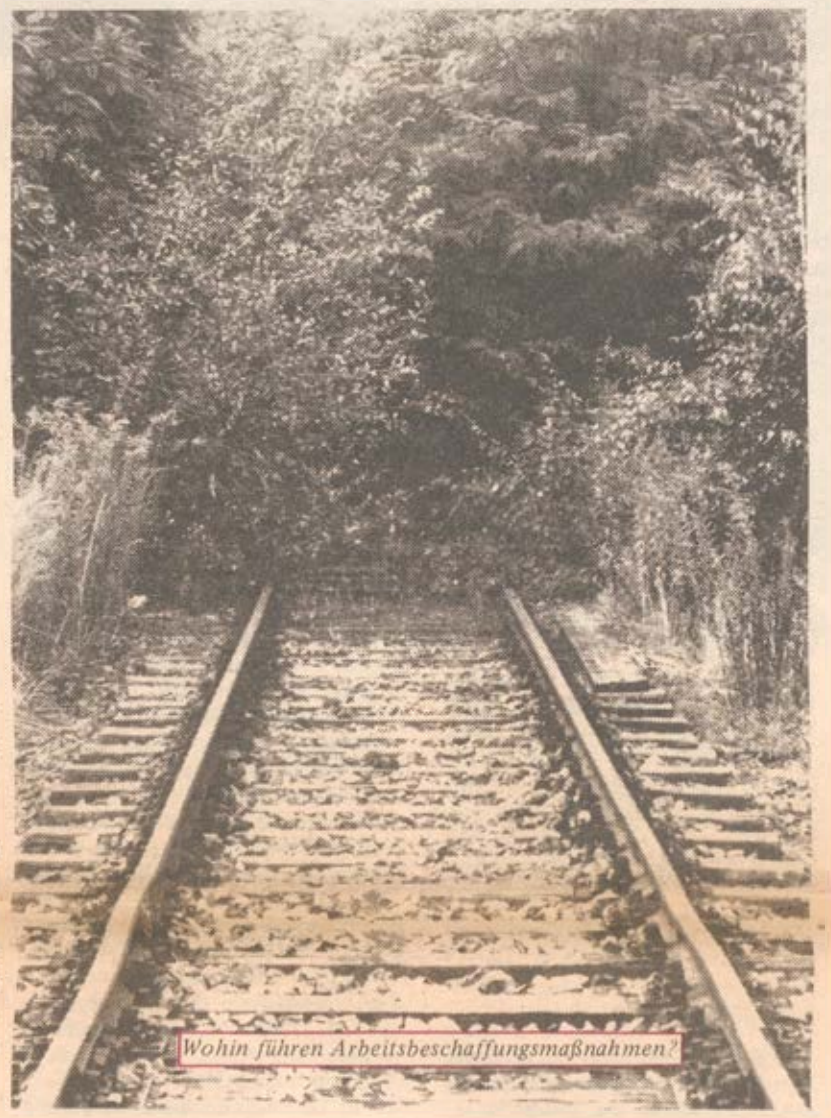
Sind AB-Maßnahmen nicht ein Trostpflaster für die Opfer eines Wirtschaftssystems, das nicht in der Lage ist, allen Menschen auf Dauer einen Arbeitsplatz zu bieten? Führen AB-Maßnahmen nicht in die Sackgasse, weil sie nur für eine bestimmte Zeit „beschäftigen"?

Und darüber hinaus: Ist nicht schon der Begriff „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme" verräterisch, weil er zeigt, daß wir nicht in der Lage sind, genügend sinnvolle Arbeit zur Verfügung zu stellen?

Jürgen Sosna beschäftigt sich auf Seite 4 mit dem zweischneidigen Unterfangen AB-Maßnahmen. Ein Forderungskatalog weist Wege aus der ABM-Sackgasse.

Das Grundschema eines heimlichen Umbaus des Sozialstaates beschreibt Herbert Effinger auf Seite 5. Ein kurzes Szenario verdeutlicht die persönlichen Folgen für die Mitglieder dieser neuen mobilen Reservearmee.

Warum Politiker ihre Liebe zu selbstverwalteten Betrieben entdecken, die ihnen zuvor als zu chaotisch und unkontrollierbar erschienen waren, und was es für die selbstverwalteten Betriebe bedeutet, arbeitsmarktpolitisch instrumentiert zu werden – darauf eine Antwort durch Olaf Sund (Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen), der auf den Seiten 5 und 6 das Schwerpunktthema „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" beschließt.



Wohin führen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

Sind Jugendzentrumsbesucher vogelfrei?

„Der erste Überfall auf das Jugendzentrum ereignete sich am 19. April dieses Jahres ... ca. 30 FC-Fans dringen in das Jugendzentrum ein, verprügeln mehrere Besucher und feiern, die erste Strophe des Deutschlandliedes singend den Geburtstag „unseres Führers" Adolf Hitler.

Danach geht es „Schlag auf Schlag", im wahrsten Sinne des Wortes: ..." Seit über einem halben Jahr hat das ebenso alte selbstverwaltete Jugendzentrum in Homburg/Saarland unter einem Haufen neofaschistischer Schläger zu leiden. Auch die Polizei war bisher nicht in der Lage, den bedrohten Jugendlichen zu Hilfe zu kommen, die uniformierten Helfer tauchen immer erst auf, wenn „alles" vorbei ist, und die Schläger weg sind und meinen zudem noch: „Das Haus müßte man abbrennen ..."

Fortsetzung auf Seite 3

Intro...

Eine gute und eine schlechte Nachricht

Zuerst zur schlechten Nachricht. Der bereits vielfach angekündigte Schwerpunkt „Kollektivbetriebe und soziale Absicherung" mußte leider auf die Januar-Ausgabe der CONTRASTE verschoben werden. Nicht weil etwa die Beiträge nicht vorlagen, sondern weil wir für diese Nummer schlicht und einfach zuviel Beiträge hatten. Also nicht böse sein, der Schwerpunkt folgt in der Januar-Ausgabe. Versprochen!

Nun zur guten Nachricht. Auch mit der Januar-Ausgabe werden wir eine feste Rubrik einrichten, nämlich „kollektiv & recht'. Hintergrund ist, daß wir aufgrund unserer Erfahrungen feststellen mußten, daß es viele rechtliche Probleme in Kollektiven gibt, allgemeine, besondere (weil selbstverwaltet) usw. Zum einen soll diese Rubrik auf Rechtsprobleme aufmerksam machen, zum anderen Lösungsmöglichkeiten, Probleme und Hintergründe aufzeigen, sowie Tips geben. Wir sind dabei bemüht, möglichst allgemein geltende Themen aufzugreifen. Spezielle Fragen können zwar an uns gerichtet aber nicht über CONTRASTE beantwortet werden. Diese Anfragen müssen wir dann weiterleiten. U.a. sind vorgesehen: Arbeitsvertrag, § 10 LohnFG, gesetzliche Haftpflicht, AGB (Allg. Geschäftsbedingungen), Schiedsvereinbarungen in Gesellschafter- und Arbeitsverträgen usw.

Wer noch Ideen hat, schreibe bitte an die Bremer Redaktion.

Harald Deerberg
Redaktion Bremen

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

In dieser Ausgabe:

Vergesellschaftung der Staatsknete
Über Unternehmensförderung speziell für Arbeiter-Produktivgenossenschaften in London berichtet Wolfgang Beywl auf **Seite 2**

Zum Handwerksrecht
Ist die Handwerksordnung für selbstverwaltete Betriebe wie Holzschuhe für's Jogging?
Ein Beitrag über die Schwierigkeiten kollektiv geführter Handwerksbetriebe mit dem deutschen Handwerksrecht von Annegret Bötel auf **Seite 8**

Beratung
In Münster wurde eine Projektwerkstatt gegründet. Unter dem Titel Beratung – Ansatz zur Lösung kollektiver Krisen stellt sich das ibek aus Karlsruhe vor.
Vernichtet Sozialarbeit die Selbstverwaltungsstrukturen im Jugendzentrum?
Im Saarland wurde das Modell eines „Regionalberaters" ausprobiert. **Seite 9**

Beraterfortbildung
Das „Projekt Selbstverwaltung und Recht" am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) hatte Ende Oktober zu einer Tagung für alternative Betriebsberater eingeladen. Ein Bericht von Arno Huber und die Vorstellung der ZERP auf **Seite 10**

Einen Haufen Arbeit
Die Arbeitsgruppe „Selbstverwaltungswirtschaft/Alternative Ökonomie" der GRÜNEN im Bundestag hat einen Rohentwurf für parlamentarische Initiativen vorgelegt. Es geht dabei um eine eigene Rechtsform und um die Veränderung der Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Betriebe.
Statt Zugeständnissen nur „Hausaufgaben"
Die „Stiftung Mitarbeit" als Forum für Selbsthilfegruppen .... **Seite 11**

Baden-Württembergs Kulturinitiativen fordern 15 Mio. Staatsknete.
Ein Hearing zur Alternativkultur im Landtag .... **Seite 15**

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: .....
Adresse: .....
Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate DM 24.– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler / sonst DM 36.– (incl. Versand).
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:. . . . . .Geldinst.: . . . . . .
Konto-Nr.:. . . . . .BLZ.:. . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** wiederrufe.
Unterschrift:. . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorrauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an Bärbel Delto, c/o ASH-Krebsmühle, 6370 Oberursel einsenden.

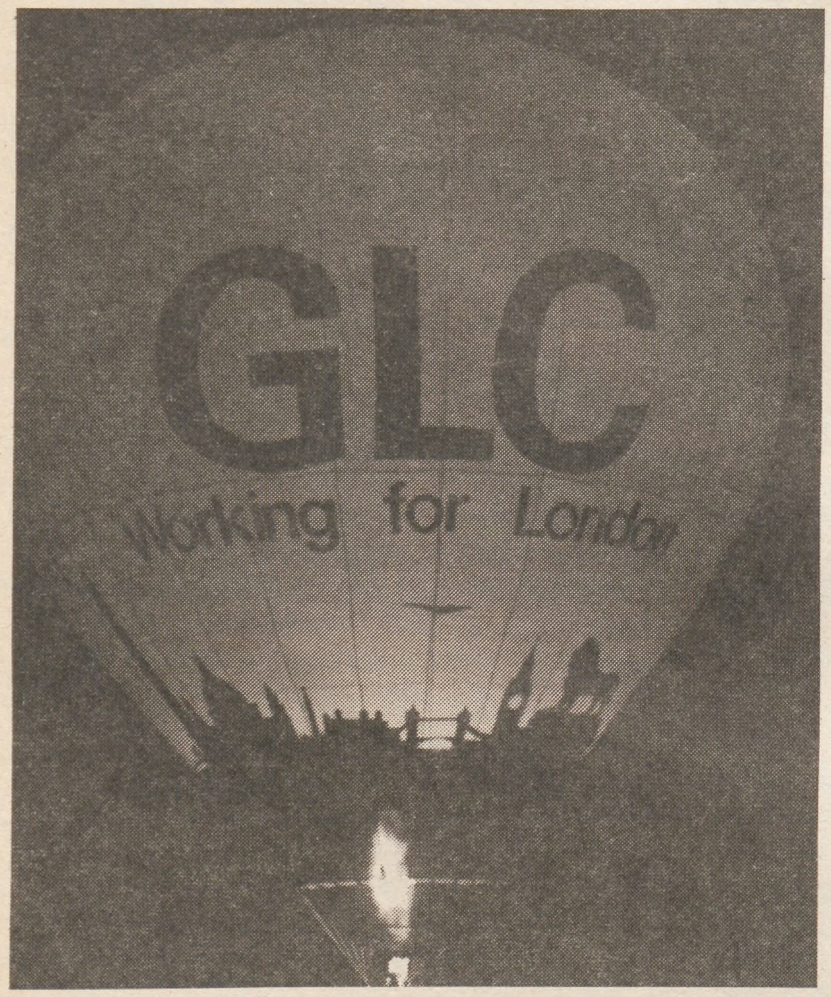
Vergesellschaftung der Staatsknete

Red. Bremen **Seit Anfang 1984 gibt es in Groß-London eine Unternehmensförderungsgesellschaft speziell für Arbeiter-Produktivgenossenschaften. Sie ist Bestandteil der wirtschaftsdemokratischen und produktionsorientierten „London Industrial Council" (GLC). Dieses „London Co-operative Enterprise Board" (LCEB) vergibt aus seinem revolvierenden Fonds Kredite an Selbstverwaltungsunternehmen und macht ihnen eine Vielzahl von Beratungs- und Schulungsangeboten. Die überparitätische Beteiligung der neuen Genossenschaftsbewegung an der Führung des LCEB ist ein Beispiel für die jüngste Labour-Strategie, politische Planung und Verwaltung zu denzentralisieren und zu vergesellschaften. Ein großer Teil der Genossenschaftsbewegung beteiligt sich an diesem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzept.**

Für die Kommunalwahlen im Mai 1981 hat die Labour-Party ein wirtschaftliches Programm entwickelt, das sich als Alternative zum Austeritätskurs der Thatcher-Regierung, aber auch zum überholten Keynesianismus der 70er Jahre versteht. Die neue Strategie setzt bei der Produktion selbst an und versucht, durch gezielte Förderung von Schlüsselbranchen den wirtschaftlichen Niedergang von Groß-London aufzuhalten. Zum Umsetzung der „Industriellen Strategie für London" wurde eine selbständige Wirtschaftsförderungsgesellschaft (m.b.H.) gegründet, das „Greater London Enterprise Board" (GLEB), in dem Management - Berater, Ingenieure, Marketing- und andere Spezialisten arbeiten. Wirtschaftsdemokratisierung ist zentral für diese industrielle Restrukturierungspolitik: Nur solche Firmen werden unterstützt, die sich schriftlich zu einer Beteiligung des GLEB, der Gewerkschaften und einer evtl. bestehenden innerbetrieblichen Arbeitnehmervertretung an der Abwicklung der Fördermaßnahmen verpflichten. Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt des GLEB ist die Unterstützung genossenschaftlicher Unternehmensformen.

Für die neue Genossenschaftsbewegung, die – auf die neutralisierte Eigentumsform abzielend – unter dem Titel „Industrial Common Ownership" läuft, war im GLEB seit Mitte 1983 die „Co-operative Unit" zuständig; sie hat u.a. Kredite an Kleingenossenschaften, an eine große Übernahme-Genossenschaft und an die „Co-operative Development Agencies" (CDA) vergeben, die mit unseren Netzwerken Selbsthilfe in etwa vergleichbar sind. Die Co-operative Unit begann außerdem, Marktforschungsaufträge zu vergeben, Trainingsprogramme für Co-op Mitglieder zu erstellen und Einzelberatungen durchzuführen. Zu den wichtigsten Leistungen dieser Co-operative Unit zählt, daß die den Dialog zwischen Labour, Gewerkschaften und alter Genossenschaftsbewegung auf der einen Seite und den neuen Co-ops auf der anderen Seite organisiert hat, dessen „Geist" aus folgendem Zitat einer Selbstdarstellungsbroschüre spricht:

„Während GLC und GLEB darum bemüht sind, Arbeiter-Produktivgenossenschaften zu unterstützen, erkennen beide an, daß es für die neue Genossenschaftsbewegung unerläßlich ist, die Methoden selbst zu bestimmen, wie diese Unterstützung in die Praxis umgesetzt werden soll."



Das von der Auflösung bedrohte „Greater London Council" – die Bezirksregierung für Groß London – wirbt bei kulturellen, sportlichen und lokalen Veranstaltungen um Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Aufnahme des Heißluftballons entstand im Sommer 1985 nach einem Open-Air-Klassik-Konzert.

Foto: W. Beywl

Aus diesen Beratungen ging Anfang 1984 das „London Co-operative Enterprise Board" (LCEB) hervor. Diese selbständige Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde mit einem repräsentativen Leitungsgremium, Personal und 1 Million Pfund Sterling als Startkapital für den revolvierten Kreditfonds ausgestattet.

Das Leitungsgremium („Board of Directors") besteht aus 14 Personen:

- fünf gewählten Vertreter/inne/n der Londoner „worker-co-ops" (105 der ca. 250 Londoner Co-ops sind Mitglied des LCEB; in Briefwahl bestimmen sie ihre Vertreterinnen (derzeit vier Frauen, ein Mann);
- zwei von den 13 dem LCEB angeschlossenen CDA's gewählte Vertreterinnen.
- ein Vertreter des GLEB
- ein Vertreter des CLC
- ein Vertreter des „Industrial Common Ownership Movement" (eine Beratungs- und Lobbyorganisation, vergleichbar mit der „Aktion Dritter Weg", entstanden aus christlich-sozialistischen Zusammenhängen; heute von den meisten Co-ops als eine Art inoffizielles nationales Sprachrohr anerkannt)
- Eine Vertreterin des „Industrial Common Ownership Finance"; Ableger des ICOM, Ende der 70er Jahre von der Labour Landesregierung mal mit einem Fonds ausgestattet).
- ein Vertreter der alten (Konsum-) Genossenschaftsbewegung
- Zwei Gewerkschaftsvertreter

Beschäftigt sind beim LCEB fünf Personen:

- Zwei Gutachter, die für die Antragsprüfung und die Beobachtung der geförderten Co-ops nach der Kreditvergabe zuständig sind;
- Eine Beraterin für Betriebsorganisation, Buchhaltung usw.
- Ein Betriebswirt, der intern die Geldzu- und Abflüsse überwacht, mittelfristige Planungen erstellt usw.
- Eine Büro- und Kontakt-Mitarbeiterin, die als erste Anlaufstelle auftritt, Öffentlichkeitsarbeit macht u.v.m.

Modellhaft ist das Vergabeverfahren der Kredite durch das LCEB. Vergeben werden Kredite bis zu 25.000 £ (höhere Summen werden weiterhin durch das GLEB ausgegeben). Die Kredite können sowohl für Investitionen als auch für laufende Ausgaben (u.a. Löhne) verwendet werden. Die Zinsen bewegen sich in der Größenordnung der Inflationsrate; ihre Laufzeit beträgt meist 5 Jahre. Von der Gesamtsumme von 1 Mio. £ sind nur 450.000 £ frei verteilbar, die übrigen 550.000 £ sind in Teilsummen gestückelt für folgende vier Prioritätengruppen reserviert:

- ethnische Minderheiten (insbes. Inder und Afrikaner)
- Frauen aus ethnischen Minderheiten
- Frauen
- andere benachteiligte Gruppen (ältere Arbeitnehmer, Schwule, Behinderte...)

Die Kreditgewährung hat mehrere Voraussetzungen: Wichtig ist der Nachweis, daß das Unternehmen ökonomisch lebensfähig ist; von dieser strengen Wirtschaftslichkeitsprüfung erhofft sich das LCEB auch, daß die Co-ops bei anderen Kreditinstituten salonfähig werden. Die Anforderungen an die Praktizierung von Selbstverwaltung in den Unternehmen sind hoch. Die Eintragung als „worker co-op" im zuständigen Register ist Grundlage; darüber hinausgehend muß u.a. gewährleistet sein:

- Mindestens 75 % der Genossenschaftseigentümer müssen im Betrieb arbeiten;
- Probearbeitszeiten für künftige Genossen/innen dürfen nicht zu lang sein;
- Bei Auflösung der Co-op muß das verbleibende Vermögen an den LCEB-Fonds oder an eine andere Genossenschaft übergeben werden.

In einem Kreditantrag muß die Erfüllung all dieser Kriterien, müssen die Bilanzzahlen des vergangenen Jahres sowie die Planungszahlen dargestellt werden. Die Vergabe erfolgt durch das Leitungsgremium, das zu diesem Zweck ca. einmal monatlich zusammenkommt. Die von Kritikern unterstellte Selbstbedienungsmentalität der Projekte-Szene ist nicht aufgekommen, sondern es finden faire Beratungsprozesse statt, und auch bei befreundeten Co-ops wird dann „nein" gesagt, wenn die Zahlen nicht stimmen. Eine vergleichsweise neue Einrichtung des LCEB ist das „Marketing Resource Centre", das speziell auf die Bedürfnisse der kleinen worker co-ops zugeschnittene Marktforschung, Verkaufstrainingsprogramme, Werbestrategien u.v.m. anbietet.

Die Schattenseite des LCEB soll nicht verschwiegen werden. Von den projektierten 3 Mio. Pfund sind lediglich 1 Mio. £ eingezahlt worden; mehr konnten aus dem Haushaltsansatz für das GLEB (ca. 30 Mio. £ jährlich, wovon einiges in stadtteilnahe Alternativprojekte fließt) nicht losgeeist werden. Das GLEB ist wie das gesamte GLC von den kommunalen Steuereinnahmen abhängig, deren Höhe von der konservativen Zentralregierung in den letzten Jahren beschnitten worden ist. Wenn das GLC – wie angekündigt – im März 1986 von den Tories aufgelöst wird, ist mit Zusatzfinanzierungen für das LCEB auf lange Sicht Schluß. Dabei sind schon heute die Wartelisten der Projekte, die Kredite benötigen, sehr lang.

Von London lernen? Das ist nicht so einfach, denn bei den in Frage kommenden sozialdemokratisch regierten Ländern ist (bis auf Hessen) weder bei der Regierung, noch bei den Selbstverwaltungsbetrieben viel Mut zum Risiko der Kooperation vorhanden. Es müßte sich – fast schon ruckartig – sehr viel ändern in den Köpfen und Herzen von Politikern und Kollektivisten, sowohl in den Infrastrukturen der Betriebelandschaft als auch der öffentlichen Mittelbewirtschaftung. Vielleicht kann aber das Londoner Beispiel diejenigen in beiden Lagern wachrütteln, die in ihrer Gartenzwergmentalität nur auf ihr kleines Vorgärtchen schauen und, was eine wirtschaftsdemokratische Zukunft betrifft, „nitt uss de Fööss kumme", wie man hier in Köln über die Ewig-Zuspätkommenden sagt.

Wolfgang Beywl

(Ein weiterführender Beitrag über die neue Genossenschafts-Bewegung im Vereinigten Königreich, in dem auch Adressen und Literatur aufgeführt werden, erscheint als Reisebericht von Hanne Bestvater und Wolfgang Beywl in der ersten Ausgabe 1986 des Rundbriefes Alternative Ökonomie, beim Theoriearbeitskreis der AG SPAK.)

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Iske und Koll.,
Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael
Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg, Jürgen Sosna, Herbert Effinger (Bremen), Michael Makowski (Berlin), Arno Huber (München), Johannes Kühn, Peter Tejkl, Dieter Poschen (Heidelberg), Eckard Holler (Kultur, Tübingen), Jochen Abeling (Seite Aktion Dritter Weg), Jutta Gelbrich (Seite Ökobank-Verein)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147,
6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Homburg/Saarland

Sind Jugendzentrumsbesucher vogelfrei?

Ein Jugendzentrum in Homburg wird von Neonazis systematisch terrorisiert – die Polizei schaut zu

Als am Abend jenes 18. Oktober gegen 22.30 Uhr der Müllcontainer des Jugendzentrums von zwei angetrunkenen Halbstarken umgeworfen wird und die sofort einschreitenden Mitglieder des Jugendzentrums mit einem abgebrochenen Flaschenhals und einer Gaspistole bedroht werden, ahnt noch niemand, daß dies lediglich das Vorspiel sein sollte für einen Vorgang, wie er im Saarland bisher einmalig sein dürfte. Zwar gelingt es, die beiden Randalierer zunächst zum Abzug zu bewegen, doch kehren sie eine halbe Stunde später mit Verstärkung zurück: 30 mit Pistolen, Baseballschlägern und Schleudern bewaffnete Schläger im Alter zwischen 17 und 25 Jahren betreten das Gelände des Jugenszentrums und versuchen, sich gewaltsam Zutritt zu verschaffen. Nachdem die Bemühungen, die Tür aufzubrechen, fehlschlagen, fallen Schüsse aus einer Gaspistole, werden schwere Backsteine nach innen geworfen und mit Schleudern die Scheiben im Obergeschoß zertrümmert. Zwei Steine durchschlagen die Rolläden, einer davon verfehlt nur knapp den Schädel eines Besuchers. Nach einer 3/4 Stunde Randale zieht die Horde ab. Erst nachdem die Schläger verschwunden sind, erscheint ein(!) Streifenwagen der Polizei. Dies ist äußerst verwunderlich, angesichts der Tatsache, daß diese bereits nach 5 Minuten, also kurz nach 23.00 Uhr, von einem Anwohner alarmiert wurde und die Wache nur 200 m vom Juz entfernt ist. Obwohl die Polizei noch zwei weitere Male, u.a. mit dem Hinweis „Dort wird geschossen" verständigt wird, benötigt jener Streifenwagen für die Bewältigung von 200m fast eine ganze Stunde. Einziger Kommentar des uniformierten Helfers: **„Das Haus müßte man abbrennen."**

Doch damit war die Sache noch nicht vorbei: Am folgenden Abend ereignet sich der zweite Akt des Schauerspiels, als die Juzler noch damit beschäftigt sind, die Schäden des nächtlichen Vandalismus zu beseitigen. Nach Ende des Fußballspiels Homburg-Neunkirchen marschieren ca. 35 Fußballfans vom Bahnhof her kommend auf das Jugendzentrum. Dank eines aufgrund der Erfahrungen der letzten Monate aufgebauten „Frühwarnsystems" gelingt es, den Besuchern, wie am Vorabend, gerade noch einmal rechtzeitig, die Eingangstür zu verbarrikadieren. Wieder fliegen Backsteine, die die noch intakten Scheiben über der Eingangstür und im Treppenhaus zerschlagen. Zielscheibe der Werfer ist u.a. die erste Vorsitzende des Vereins Freie Jugendarbeit e.V., Anne Ulrich, die sich zu diesem Zeitpunkt auf der Treppe befunden hatte. Nach fünf Minuten haben sich die „Gremlins", so nennt sich der Fan-Club des FC, der sich nach seiner vorübergehenden Auflösung im Juli inzwischen neu formiert hat, ausgetobt und ziehen weiter. Der FC hat schließlich gewonnen, der Sieg muß gefeiert werden.

„11 zertrümmerte Scheiben, 2 zerstörte Rolläden – das wird ein harter Winter", so lautet ein am Jugendzentrum angebrachtes Transparent, mit dem die Betroffenen auf die ernsthafte Gefährdung ihrer Arbeit durch die massiven Bedrohungen und fortschreitenden Überfälle auf Besucher aufmerksam machen wollen. In der Tat, die Vorgänge der letzen Woche sind äußerst bedenklich und lassen für die Zukunft Düsteres ahnen, bilden sie doch den Höhepunkt einer Entwicklung, die vor einem halben Jahr mit der Eröffnung des selbstverwalteten Jugendzentrums ihren Anfang nahm und seitdem zunehmend eskaliert. Der erste Überfall auf das Jugendzentrum ereignete sich an dessen Eröffnung, am 19. April dieses Jahres. In Anwesenheit des Fördervereins für freie Jugendarbeit e.V. dringen ca. 30 FC-Fans in das Jugendzentrum ein, verprügeln mehrere Besucher und feiern, die erste Strophe des Deutschlandliedes singend, den Geburtstag „unseres Führers", Adolf Hitler.

Danach geht es „Schlag auf Schlag", im wahrsten Sinne des Wortes:

Eine Woche später, am Tag, nachdem Mitglieder des Verein Freie Jugendarbeit e.V. in einer Fernsehsendung zum ersten Mal auf die Gewaltakte gegen das Jugendzentrum und dessen Besucher hinweisen, erfolgte der zweite Angriff. 25-30 Fußballfans stürmen das Juz, zerstören antifaschistische Transparente und schlagen 8 Besucher zusammen; zwei davon, Moses und Stoffel, müssen anschließend ins Krankenhaus.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Ein weiterer Zwischenfall ereignet sich Ende Mai: Dieses Mal warten ca. 15 mit Baseballschlägern und Gummiknüppeln bewaffnete Personen den Besucherinnen und Besuchern des Jugendzentrums vor dem Gebäude auf und verprügeln sechs Jugendliche, die aus dem Jugendzentrum kommend, sich gegen 22.00 Uhr auf den Heimweg begeben wollten. Zahllose Besucher werden belästigt, Fahrräder demoliert und weggeschleift. Danach folgt eine dreimonatige Phase relativer Ruhe: Die Bemühungen des Verein Freie Jugendarbeit mit den randalierenden Gruppen ins Gespräch zu kommen, scheinen Früchte zu tragen. Die „Gremlins" lösen sich auf, einige aus der Gruppe fragen an, im Juz mitzuarbeiten.

Ende August ändert sich die Lage erneut: am 30.08. wird Gerd, ein engagierter Mitarbeiter im Juz, beim Passieren der Imbißbude neben dem Vereinsgebäude zusammengeschlagen. Einen Tag später, nach einem im Juz stattfindenden Konzert, werden drei Jugendliche auf dem Christian-Weber-Platz krankenhausreif geschlagen. Ende September wird ein körperbehinderter Jugendlicher auf dem Weg ins Juz an einer Bushaltestelle in Schwarzenbach am hellichten Tag von 8 Unbekannten so brutal zusammegetreten, daß er anschließend in ärztliche Behandlung muß. Adolph trägt Prellungen im Gesicht und an den Rippen davon.

Anfang Oktober werden Anja und Eddi vor dem Berufsbildungszentrum überfallen und verprügelt.

Jetzt erst kommt es zu den geschilderten Vorfällen des 18./19. Oktober.

24 z.T. auf offener Straße zusammengeschlagene Besucher, 21 zertrümmerte Scheiben und drei Einbrüche, bei denen wertvolle Musikanlagen entwendet und Einrichtungsgegenstände zerstört wurden, das ist die traurige Bilanz des letzten halben Jahres. Alle Versuche, den Gewaltätigkeiten aus eigener Kraft ein Ende zu bereiten, müssen als gescheitert betrachtet werden. Ein geregelter Betrieb ist unter diesen Umständen kaum mehr möglich, weil man stets damit rechnen muß, daß eine Veranstaltung durch Gewalt gesprengt wird bzw. das meiste Geld inzwischen für zerstörtes Mobiliar ausgegeben werden muß. Es ist sogar soweit gekommen, daß sich die meisten Jugendlichen gar nicht erst ins Haus trauen, aus Angst vor den möglichen Folgen eines Besuches im Jugendzentrum.

Keine Hilfe von der Polizei

Auch die Polizei war bisher nicht in der Lage, den bedrohten Jugendlichen zu Hilfe zu kommen, tauchen Uniformierte doch immer erst auf, wenn die Schläger weg sind und „alles" vorbei ist. Worauf wird da eigentlich immer solange gewartet? Wartet man darauf, daß sich nun auch die Besucher des Jugendzentrums mit Baseballschlägern und Pistolen bewaffnen, um damit endlich den Anlaß für eine Schließung zu bieten, quasi als Beweis dafür, daß Selbstverwaltung nicht funktioniert? Oder wartet man einfach ab, bis die Besucher ob solcher Nazimethoden von selbst zu Hause bleiben? Wieweit muß es noch kommen, bis diesen kristallnachtartigen Vorgängen in Homburg endlich ein Ende bereitet wird? Müssen erst Gesichter durch Backsteine zertrümmert werden, muß es erst Tote geben, bis diese gezielte Treibjagd gegen die Juzler aufhört? Diejenigen, die im Stadtrat und in der Öffentlichkeit diesen rohen Gewalttaten durch systematsiche Diffamierungen ideologisch den Boden bereitet haben, tragen doch die Verantwortung für jene progromartigen Ausschreitungen; waren sie es doch, die durch ihre Darstellung des ehemaligen Jugendzentrums Open Haus in der Birkensiedlung als Unruhe- und Seuchenherd, die Betreiber des Juz als Asoziale erscheinen ließen, mit denen man so zimperlich nicht umzuspringen braucht.

Jugendzentrumsbesucher sind in Homburg inzwischen vogelfrei, die Frage ist nur, wer zahlt die Abschußprämien?

Trotz dieser deprimierenden Entwicklung wird der Verein Freie Jugendarbeit so schnell noch nicht aufgeben. Am 6./7./8. Dezember findet im Jugendzentrum ein antifaschistisches Wochenende statt, an dem Filme und Diskussionen zum Thema „Alte und neue Faschisten" laufen werden. Alle, die sich dafür interessieren, insbesondere diejenigen, die bereits selbst Opfer solcher Gewalttaten geworden sind oder ähnliche Erfahrungen gemacht haben, sind dazu herzlich eingeladen.

P.S. Kurz nachdem dieser Bericht fertiggestellt wurde, hat sich die Lage um das neue Juz weiter zugespitzt. Am Abend des 22.10.1985 wurden aus einem weißen Kleinwagen, der mit drei Personen besetzt war und langsam am Juz vorbeifuhr, mehrere Schüsse auf drei sich auf dem Bürgersteig vor dem Haus aufhaltende Juzler abgegeben, darunter auch die erste Vorsitzende des Verein Freie Jugendarbeit e.V., die unverzüglich Anzeige wegen versuchter schwerer Körperverletzung erstattete; zu Schaden kam dieses Mal (noch?) keiner der Juzler – zum Glück.
Kontaktadresse:
Pascale Brancher
Ehrlichstraße 10
6650 Homburg
Tel.: 06841/6 49 09

Jeder kann sich selbst verwalten, wenn er will...

Zu der Fachtagung des paritätischen Bildungswerkes „Betreut werden und sich selbst verwalten" vom 20. bis 22.9.85 in Nohfelden waren etwa 40 Teilnehmer aus den verschiedensten Bereichen gekommen: Jugendliche aus selbstverwalteten Jugendzentren, Sozialarbeiter aus Jugendzentren mit kommunaler oder sonstiger Trägerschaft, Berater, Mitarbeiter aus Dachverbänden und Regionalzusammenschlüssen und einfach Interessierte. Diese bunte Mischung führte dazu, daß die Diskussion zu diesem brisanten Thema oft sehr angeregt geführt wurde.

Die Hauptfragen der Tagung waren: Läßt sich der Widerspruch zwischen betreut werden und sich selbst verwalten auflösen? Ist die Arbeit eines hauptamtlichen Mitarbeiters mit der Selbstorganisation eines Jugendzentrums zu vereinbaren oder zerstört diese zwangsläufig die Selbstorganisation? Unter welchen Bedingungen ist es für Jugendliche in einem selbstverwalteten Jugendzenturm sinnvoll, die Hilfestellung eines Professionellen in Anspruch zu nehmen?

Die Diskussion in den Arbeitsgruppen, die sich in der ersten Hälfte der Tagung je nach Betroffenheit zusammensetzten, in der zweiten Hälfte themenorientiert waren, brachten zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen zu den einzelnen Problemen zutage.

Trotzdem können die Tendenzen der Diskussion wie folgt zusammengefaßt werden:
Es war eigentlich allen Teilnehmern bewußt, daß die Arbeit eines Hauptamtlichen in einem selbstverwalteten Judendzentrum für die Selbstorganisation gefährdend sein kann. Für einige hing diese Gefährdung von den jeweiligen Personen ab, für andere jedoch ergab sich diese Gefährdung bzw. Zerstörung von Selbstorganisation aus der Struktur an sich und war damit völlig personengebunden.

Es stellt sich heraus, daß diese Gefährdung nicht nur von einem Hauptamtlichen, sondern auch von Jugendlichen, die bestimmte Funktionen im Jugendzentrum übernommen haben, ausgehen kann. Um solchen Entwicklungen unter den Jugendlichen zumindest entgegenzuwirken, ist die ständige Auseinandersetzung unter den Jugendlichen absolut notwendig.

Als Alternative zur direkten Arbeit eines Hauptamtlichen in einem Jugendzentrum wurden Berater vorgeschlagen, die nicht in einem Jugendzentrum arbeiten, sondern für alle Jugendzentren in einer Region zuständig sind.

Zwar gibt es auch darüber, wie eine solche Beratertätigkeit konkret aussehen sollte, verschiedene Auffassungen, aber die Tatsache, daß der Berater nur auf Anfrage der Jugendlichen tätig wird, wurde von allen befürwortet.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Fachtagung den Teilnehmern viele Denkanstöße gegeben hat, die den einzelnen in ihrem Jugendzentrumsalltag neue Auseinandersetzung, neue Ideen und neue Energie bringen können.

Petra

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Projekten

Einige grundsätzliche Anschauungen

ABM als ein spitzes und zweischneidiges Unterfangen!

Projekte und Initiativen haben sich auf ABM eingelassen, weil damit

a) die Arbeit in den Projekten überhaupt geleistet und finanziert werden kann, die sonst gar nicht oder bestenfalls ehrenamtlich erfolgen müßte. Oft wird über die AB-Maßnahme unzureichende Leistung des Staates kompensiert bzw. in Selbsthilfe Arbeit geleistet, die der Sozialstaat nicht mehr bereit ist zu regeln.
b) **individuell** für einen begrenzten Zeitraum von 1 – 2 Jahren ein regelmäßiges Einkommen ermöglicht wird und anschließend Ansprüche auf Arbeitslosengeld bzw. -hilfe entstehen.

Die individuelle Situation und das Projektinteresse lassen nur zu leicht vergessen, auf welch tönernen Füßen das Arbeitsbeschaffungsprogramm gebaut ist.

Das arbeitsmarktpolitische Instrumet ABM hat sich im Laufe der Jahre anders entwickelt als es gedacht war. Das Gesetz (AFG) stammt aus dem Jahre 1969. Zur Entwicklung einige Zahlen:

Anzahl von AB-Maßnahmen jeweils im Jahresdurchschnitt für die Bundesrepublik

1969 – 1973	bedeutungslos
1971	1.500
1984	70.000
1985	80.000 = DM 2,3 Mrd.

Das Ziel von AB-Maßnahmen sollte sein, schnell und flexibel auf wirtschaftliche Schwankungen zu reagieren, indem in Zeiten des konjunkturellen Tiefs

- der Arbeits(losen)markt vorübergehend entlastet wird und
- über staatlich finanzierte Beschäftigung Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen intensiviert wird,

damit über Kaufkraft (Konsum) die wirtschaftliche Konjunktur wieder angekurbelt wird.

Damit die Unternehmen, einschließlich des Staates, nicht zu billigen Arbeitskräften kommen, die durch die Allgemeinheit finanziert werden, gab und gibt es Kriterien für die Bewilligung von AB-Maßnahmen. Die wichtigsten sind:

- Es muß öffentliches Interesse an der Tätigkeit bestehen. (Was immer das sein mag.)
- Es muß sich um zusätzliche Aufgaben handeln, also um Tätigkeiten, die nicht zu den bekannten Verpflichtungen des Trägers gehören.
- Die Zweckmäßigkeit der Maßnahme wird geprüft, da ABM je nach Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt werden sollen. Zielgruppen wie Jugendliche, Behinderte, Frauen etc., die besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sollen schwerpunktmäßig bedacht werden.
- Maßnahmen, die zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur beitragen, sollen vorrangig gefördert werden.
- Ziel von AB-Maßnahmen soll es sein, zur dauerhaften und qualifikationsgerechten Wiedereingliederung im Rahmen von Dauerarbeitsplätzen zu führen.

In den 70er Jahren war es in der Tat so, daß AB-Maßnahmen oft zur Festeinstellung führten. Heute dagegen geht man in Bremen zum Beispiel davon aus, daß max. 3% der AB-Maßnahmen zu einem Dauerarbeitsplatz führen. Von dem Instrument, kurzfristig und kontrolliert auf wirtschaftliche Schwankungen zu reagieren, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die AB-Politik folgt in der Zwischenzeit eigenen Gesetzen und ist zum Zankapfel von vor allem staatlichen Interessen geworden. Mit Wissen und Billigung von Politik und Arbeitsverwaltung ist ein sogenannter 2. Arbeitsmarkt entstanden. AB-Maßnahmen sind ein Instrument geworden, auf dem viele spielen – wir übrigens auch!

Längst haben wir uns daran gewöhnt, daß AB-Maßnahmen:

- Dauerarbeitsplätze vernichten,
- dazu dienen, Arbeiten zu finanzieren, die ohnehin ausgeführt worden wären (Mitnahmeeffekt),
- dazu mißbraucht werden, gesellschaftliche Aufgaben nicht durch die zuständigen Institutionen zu finanzieren, sondern auf die Bundesanstalt für Arbeit abzuschieben,
- in der Zwischenzeit zu 80% beim Staat angesiedelt sind und sich die freien Träger um den Rest zu streiten haben,
- billige Arbeitskräfte finanzieren und als Durchlauferhitzer funktionieren, indem die Stelle bleibt, lediglich die Personen wechseln
- nicht zur Weiterqualifizierung eingesetzt werden.

Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte haben sich anfangs geweigert, AB-Maßnahmen zuzustimmen. Heute sind sie sehr viel verhaltener, weil sie offenbar ohnmächtig sind, wirksam gegen die Politik des 2. Arbeitsmarktes aufzutreten und andererseits, im „Interesse" der Betroffenen, JA sagen, damit diese überhaupt eine Chance haben, für eine kurze Zeit erwerbstätig zu sein.

Ähnlich haben auch wir reagiert, ganz nach der Devise: „Du hast keine Chance, nutze sie!" Um Projekte aufzubauen, sie am Leben zu halten und weil staatliche Finanzierung abgelehnt wurde oder unzureichend ist, um etwas Neues auszuprobieren, aber auch, um Leute für eine Weile abzusichern und nicht immer auf unbezahlte Arbeit zurückgreifen zu müssen, haben wir ABM akzeptiert.

Dabei sind wir davon ausgegangen, daß die Stellen/Personen auf zwei Jahre abgesichert sind. Liefen Stellen aus, waren wir einfallsreich und erstritten neue Stellen, oft für dieselben Personen, weil Person und Projektarbeit nicht voneinander zu trennen waren.

Die aktuelle Situation hat uns aufgeschreckt, weil das bisherige, projektindividuelle Verhandlungsgeschick gegenüber dem Arbeitssenator und dem Arbeitsamt offenbar nicht mehr greift. Die fast schon routinemäßige Verlängerung von Stellen durch die Arbeitsverwaltung ist gestoppt worden, weil offenbar in den Verwaltungen neue Prioritäten gesetzt werden sollen.

Selbstkritisch müssen wir eingestehen, daß wir zu wenig gemeinsam über die „Droge ABM" nachgedacht haben. Erste Versuche, in Bremen eine gemeinsame Problemsammlung zu organisieren, blieben ohne Erfolg. Wir sollten die aktuelle Situation nutzen und Versäumtes nachholen und projektübergreifend handeln. Unserer Meinung nach schließt das neben einer Bestandsaufnahme von dem was aktuell Stand ist ein, kurzfristig weiter für die Verlängerung bzw. für die Genehmigung von Neuanträgen zu streiten.

Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, über den weiteren Umgang mit dem Finanzierungsinstrument ABM nachzudenken. Auf Dauer dürfen wir uns nicht auf ABM verlassen!

Das bedeutet auch, über Alternativen zu diskutieren, die uns unabhängig machen vom Wohlwollen staatlicher Bürokratie. Die Betonung liegt wohlgemerkt auf „Wohlwollen", denn der Staat sollte nicht aus Pflichten entlassen werden, die er nur zu gern abgeben würde. Ideen dazu, wir sind uns da ganz sicher, gibt es in unseren Köpfen. Heraus damit!

Jürgen Sosna

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Forderungskatalog

Forderungskatalog an Senator für Arbeit und Arbeitsamt in Bremen
ABM-FORUM Bremen

Während im öffentlichen Dienst und bei anderen Trägern, die gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeiten erledigen, ständig Planstellen abgebaut werden, entwickelt sich gleichzeitig ein zweiter (zweitklassiger) Arbeitsmarkt. Mit Mitteln aus der Arbeitslosenversicherung, der Sozialhaushalte und der Behindertenfonds werden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Arbeitshilfen eingerichtet, deren wesentlichstes Merkmal die zeitliche Befristung der Stellen ist. In Bremen arbeiten so schon etwa 8.000 Personen (4650 ABM, 100 bezahlte und ca. 500 belohnte Stellen nach § 19 BSHG, Einarbeitungszuschüsse nach dem AFG usw.).

Grundsätzlich begrüßen wir den Abbau bürokratischer, bürgerferner Verwaltungsstrukturen. In vielen Bereichen können Selbsthilfegruppen und kleine, überschaubare Projekte pädagogische, kulturelle, soziale und ökologische Aufgaben effektiver lösen als starre, aufgeblähte Verwaltungen. Diese Neustrukturierung kann und soll auch billiger sein, doch darf sie nicht dazu führen:

- *daß Staat und Kommune aus der Verantwortung entlassen werden*
- *daß die Mitarbeiter unter materiell und arbeitsrechtlich schlechteren Bedingungen tätig sind*
- *daß sich die Angebote und Leistungen verschlechtern.*

Praktisch werden die Selbsthilfeprojekte und kleinen, freien Träger zu Lückenbüßern eines Sozialabbaustaates gemacht. Durch die gegenwärtige ABM-Politik der Bundesanstalt für Arbeit und des Bremer Senats wird die Existenz vieler Projekte gefährdet. Die neuen Vergaberichtlinien und der wachsende Zugriff des Senats auf ABM-Mittel verschlechtern die Überlebensbedingungen dieser Projekte nachhaltig. So soll:

- *die Förderung durch ABM i.d.R. auf ein Jahr begrenzt bleiben*
- *nach Verlängerung auf 2 Jahre dann nur noch eine 80%ige Förderung bleiben*
- *aus sozialen, kulturellen und pädagogischen Projekten Mittel in verwaltende und gewerbliche Bereiche verlagert werden.*

Wir akzeptieren, daß mit den Mitteln des Sozialhaushaltes und der Arbeitslosenversicherung kurzfristige arbeitsmarktpolitische Defizite ausgeglichen werden – jedenfalls solange keine anderen, besseren Programme entwickelt sind. Diese Mittel können insoweit eine beschäftigungspolitisch innovatorische Funktion übernehmen, wenn sie gezielt zur Entwicklung und Stützung von Selbsthilfegruppen und neuen Beschäftigungsexperimenten eingesetzt werden. Verlassen solche Beschäftigungsexperimente jedoch das Experimentierstadium und erweisen sich als ein fester und notwendiger Bestandteil kommunaler Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik, so sind sie in eine unbefristete Regelförderung zu überleiten.

Gegenwärtig wird jedoch vielen Projekten, insbesondere auch jenen, die keine anderen nennenswerten Quellen auftun können, der ABM-Hahn zugedreht, ohne daß Finanzierungsalternativen angeboten oder sichtbar wären.

Wir wollen keine Lückenbüßer eines Sozialabbaustaates sein, daher fordern die unterzeichnenden Projekte:

1. *Die Förderung von Arbeitsplätzen bei Selbsthilfegruppen und freien, kleinen Trägern durch ABM für grundsätzlich 3 Jahre. Die Verlängerung um ein weiteres Jahr ist möglich, wenn sich nach Ablauf dieser Fristen herausstellt, daß ein genereller längerfristiger Bedarf an dieser Arbeit von den Nachfragern her besteht. Dann soll die ABM in eine Regelförderung durch das Land oder die Kommune übergeleitet werden.*
2. *ABM im öffentlichen Dienst sollen in feste Planstellen umgewandelt werden, wenn sie schon länger als 2 Jahre bewilligt sind.*
3. *Nichtmarktfähige Projekte erhalten grundsätzlich eine 100% Förderung.*
4. *Kleine, freie Träger und Selbsthilfeinitiativen sollen bei der Vergabe bevorzugt werden. Der Anteil des öffentlichen Dienstes ist auf 10% zu reduzieren.*
5. *Im Falle eines Zusammenschlusses von kleinen und freien Trägern bzw. Initiativen soll die Möglichkeit der Einrichtung eines Stellenpools gegeben werden (Projektförderung).*
6. *Die Vergabe von ABM und ähnlichen Mitteln für Beschäftigungsexperimente, ist transparenter und demokratischer zu gestalten. Als ersten Schritt fordern wir daher die Einrichtung einer ABM-Clearingstelle.*
7. *Langfristig ist für alle Menschen eine neue Form der Grundsicherung (z.B. Mindesteinkommen, Existenzgeld) zu entwickeln, die solch zweifelhafte Krücken wie ABM oder Arbeitshilfe überflüssig machen würde.*
8. *Die Grundsicherung von Selbsthilfegruppen ist auf ein anderes Finanzierungsmodell (leistungsbezogen) umzustellen. Dies könnte etwa so aussehen, daß der Staat zu jeder von einem Projekt aufgebrachten Mark zwei weitere hinzulegen müßte (Umkehrung der Fehlbedarfsfinanzierung).*

*A*rbeitslosen-*B*ewegungs-*M*aschine

Die neue mobile Reservearmee und Selbsthilfeprojekte – Ein Szenario!

Red. Bremen **Jürgen ist seit September 1984 Mitarbeiter einer Arbeitslosenініtiative. Sein Job besteht hauptsächlich in der Beratung und Betreuung von Erwerbslosen, die Schwierigkeiten mit den Ämtern und ihrer sozialen Ausgrenzung haben. Jürgen ist gelernter Dipl. päd. und macht diese Arbeit im Prinzip gern. So richtig Freude will dennoch nicht aufkommen; denn Jürgen wird vom Arbeitsamt bezahlt; er ist einer von ca. 4.600 ABM-Stelleninhabern in Bremen. D.h., seine Stelle war zunächst auf ein Jahr begrenzt.**

Als die Arbeitsloseninitiative nun im Sommer die im letzten Jahr vom Arbeitamt in Aussicht gestellte Verlängerung beantragte, winkte die Arbeitsverwaltung zunächstmal ab. Begründung: Zum einen seien im Augenblick keine Mittel mehr im ABM-Topf und zum anderen hätten sich durch eine neue Dienstanweisung die Förderungsvoraussetzungen verändert. Jürgen mußte sich also Ende August erstmal arbeitslos melden. Sowohl das Arbeitsamt als auch die Initiative erwarten natürlich, daß Jürgen trotzdem weiterarbeitet – auch ohne Gehalt. Ihm wurde gesagt, daß die Stelle wahrscheinlich im Herbst, wenn wieder mehr Gelder vorhanden seien, verlängert werden kann. Allerdings müßte dabei bedacht werden, daß er dann in diesem Jahr kein Weihnachtsgeld erhalten könnte (Stichtag der Beschäftigung ist der 1.10.) und daß die Stelle vom Arbeitsamt nur noch mit 80 statt bisher 100% bezuschußt werden könne. In Bremen war in der Vergangenheit eine 100-prozentige Förderung möglich, weil das Land eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote zu verzeichnen hat. Es gäbe allerdings die Möglichkeit, die restlichen 20% vom Senat bzw. aus weiteren Bundesmitteln zu bekommen. Dafür müsse für seinen Arbeitsplatz jedoch erstmal ein besonderer Bedarf festgestellt werden. Dieses würde inzwischen von verschiedenen senatorischen Dienststellen ausgearbeitet. Hier werden also die Projekte, die dem Senat besonders wichtig erscheinen, aussortiert. Wenn das nun mit der personenbezogenen Verlängerung nicht klappt, kann es sein, daß Jürgens Arbeitgeber aus ökonomischen Gründen gezwungen ist, die Stelle mit jemand anderem zu besetzen. Der Arbeitslosen-Initiative, die zwar öffentliche Beratungen durchführt, aber nicht vom Sozialressort für diese öffentliche Aufgabe mit Personalmitteln finanziert wird, bleibt dadurch die 100% Förderung und Jürgen als potentiellen „Kunden" erhalten. Für Jürgen allerdings verschlechtert sich die finanzielle Situation erheblich! Neben dem Ausbleiben von zusätzlichen Leistungen, wie dem Weihnachtsgeld, würde Jürgen jetzt nur 4 Monate Arbeitslosengeld erhalten und ist erst nach 1 Jahr wieder ABM-anspruchsberechtigt. Was also insbesondere für das Arbeitsamt, aber auch für die Initiative, ein Mittel des Sparens ist, wird wie gehabt auf Kosten der Erwerbslosen durch eine weitere Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen durchgeführt.

In Bremen werden gut 8.000-10.000 Erwerbslose über den sog. 2. Arbeitsmarkt „versorgt", die Hälfte allein über ABM (weiterhin BSHG, Behindertenfonds, Lohnkostenzuschüsse über das AFG u.ä.). Sie stellen sozusagen die „neue mobile Resevearmee" dar. Gemeinsam ist den Stellen auf dem 2. Arbeitsmarkt, daß sie zeitlich befristet sind und die davon Abhängigen in immer schnellere Rotationsbewegungen treibt.

Betroffen sind insbesondere Pädagogen und Sozialwissenschaftler, sie stellen über die Hälfte aller ABMler. Sie arbeiten in Projekten, die vielfach öffentliche Regelaufgaben übernommen haben. Es sind dies z.B. Arbeitslosenberatungsstellen, Eltern/Kinder-Initiativen, Erwachsenenbildungseinrichtungen, Kultur und Nachbarschaftsläden, Jugendinitiativen, Behindertenselbsthilfegruppen, Ausbildungsinitiativen, Frauenprojekte, Gesundheitsinitiativen, Ausländerinitiativen, Literatur- und Künstlerinitiativen usw.. Diese Projekte sind z.T. erst in den letzten Jahren entstanden, zur gleichen Zeit als in Bremen ein allgemeiner Stellenstopp im öffentlichen Dienst eingeführt wurde und in den Behörden und bei den großen freien Trägern der Ruf nach sog. Drittmitteln, d.h. Versicherungsgelder aus der Arbeitslosenversicherung, immer lauter wurde. Viele Projekte konnten ihre Arbeit erst durch ABM beginnen, für viele bedeutet es das Aus, wenn diese Mittel nicht mehr fließen würden. Zwar hat das anfangs keiner so richtig gewollt, aber inzwischen ist die Verstrickung zwischen der Existenz dieser Selbsthilfeprojekte und ABM zu einer existentiellen Abhängigkeit geworden.

Das Grundschema dieses heimlichen Umbaus des Sozialstaates vollzieht sich etwa in folgenden Etappen:

1. Der Staat oder die Kommune verschlechtert oder streicht ein bisheriges Angebot im Bereich Sozial-, Bildungs- und Kulturarbeit.
2. Es bilden sich Selbsthilfeinitiativen, denen dann „angeboten" wird, ihre Selbsthilfearbeit zur Ausfüllung dieses Defizites mit Hilfe von ABM o.ä. zu professionalisieren. Somit werden schnell entbürokratisierte Ersatzeinrichtungen geschaffen.
3. Läuft die Arbeit erstmal, verschlechtern sich die Unterstützungsbedingungen, und die Initiativen sind gezwungen, ihre Arbeit entweder durch Aufbringung weiterer Eigenmittel oder durch Orientierung am Markt abzusichern. So vollzieht sich ein kontinuierlicher Druck von einer sozialpädagogisch/sozialkulturellen Selbsthilfegruppe zu einer marktorientierten Beschäftigungsinitiative oder Ausbildungsinitiative.
4. Sind erstmal genügend Leute an das Projekt gebunden, so sind die ehemals bezahlten Mitarbeiter beim Ausbleiben von ABM-Mitteln wahrscheinlich auch gewillt, unbezahlt weiterzuarbeiten. Die Entprofessionalisierung und Entstaatlichung ist gelungen, Ehrenamtlichkeit und Subsidiarität wird zu neuen Ehren verholfen.

Der 2. Arbeitsmarkt erhält sich stellenweise von selbst, bzw. beschäftigt die in ihm Tätigen mit umfangreichen Selbsterhaltungsaufgaben. Viele Beschäftigte bringen über 50% ihrer Arbeitszeit damit zu, nach neuen Quellen Ausschau zu halten, Anträge zu stellen, abzuwickeln und Gespräche mit etwaigen Gönnern zu führen.

Nach Ansicht vieler Projekte wird ABM immer mehr zu einem Mittel, das die Einrichtung von Dauerarbeitsplätzen eher behindert als fördert, weil mit den Stelleninhabern auch die Erfahrungen, Qualifikationen, Bezugspersonen, Arbeits- und Kooperationszusammenhänge ins Rotieren kommen, also alle wichtigen Voraussetzungen zur Einrichtung dauerhafter Arbeitsstellen kontinuierlich entzogen werden.

In Bremen hat sich Ende September ein sog. ABM-Forum gebildet. Dieses Forum versucht nun, langsam Auswege aus dem o.g. Dilemma zu finden. Als erster Schritt wurden gemeinsam Fragestellungen gegenüber dem Arbeitsamt und dem Senat formuliert. Der hier begonnene Diskussionsprozeß kann helfen:

a) mit der eigenen Widersprüchlichkeit offener und letztlich produktiver umzugehen, einen Weg zwischen Wut, Hilflosigkeit und Anpassung auf der einen und Utopie auf der anderen Seite zu finden,
b) die Formulierung von alternativen Inhalten einer auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung basierenden Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik vorzunehmen, die basisnah organisiert, aber gesellschaftlich abgesichert und finanziert ist, also den Staat nicht aus seiner Verantwortung entläßt,
c) die Kluft zwischen den Utopien einer anderen Gesellschaft oder anderen Verteilungsstrukturen (z.B. garantiertes Mindesteinkommen bzw. Existenzgeld) und dem widersprüchlichen Alltagspragmatismus etwas zu schließen, d.h. auch neue Finanzierungsmodelle vorzuschlagen und sich für ihre Erprobung stark zu machen. Hierbei sind insbesondere eine verstärkte Projektförderung und die Bündelung von Transfergeldern (AFG, BSHG u.ä.) zu nennen.

Dieser Klärungsprozeß wird sicherlich auch mit einer schärferen Auseinandersetzung und Abgrenzung zwischen den Trägern von ABM verbunden sein (müssen). Nicht alles was sich Selbsthilfe nennt, ist auch Selbsthilfe und nicht alles was selbstverwaltet wird, ist auch gesellschaftlich nützlich und sinnvoll.

Herbert Effinger

Selbsthilfeprojekte und Arbeitsmarkt ~schwieriger denn je!

Olaf Sund (früher Leiter einer Heimvolkshochschule, Landtagsabgeordneter der SPD in Hannover, Senator für Arbeit in Westberlin und heute Präsident des Landesarbeitsamtes NRW) hat zwar keine ABM-Karriere hinter sich, weiß jedoch im Vergleich zu so manch anderem Behördenvertreter etwas genauer Bescheid und vertritt Positionen, die auf lokaler Ebene bei Verhandlungen mit der Arbeitsverwaltung durchaus bei der Begründung für eine Stelle erwähnenswert sein könnten. Immerhin ist er einer der ihren! Eigentlich hatten wir vor, eigene Interviews in den Bericht zu bringen, doch fanden wir kein offenes Ohr (offenen Mund) in der Arbeitsverwaltung. Darum erlauben wir uns ohne Rücksprache mit der Arbeitsverwaltung in NRW, den Beitrag von Olaf Sund zu veröffentlichen. Wir werden dies nachholen.

Olaf Sund, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen

Politiker entdecken die Selbsthilfeprojekte als Träger einer „neuen Subsidiarität", andere sehen neue Formen genossenschaftlicher Ansätze, Selbstbestimmungsideen, verlorengegangene oder unerfüllte Träume von der Aufhebung der Entfremdung. Aber viel häufiger mutmaßen sie Verdächtiges, Unkontrolliertes, Chaotisches. Dann ist die Folge Ablehnung und Unverständnis.

Andererseits ist man um neue Wege und Anregungen verlegen: Wie soll eigentlich der Sozialstaat weiterentwickelt werden, wenn sich bloße Fortschreibungen von einmal entwickelten Institutionen als nicht möglich und auch als nicht ausreichend erweisen? Da muß zunächst ein Mißverständnis aus der Diskussion: Selbsthilfe heißt nicht Selbstbeteiligung im Sinne von individueller Kostenbeteiligung. Aber Selbsthilfe und Selbstverwaltung sind immer Leitideen der Sozialstaatsvorstellungen gewesen. Wenn in der Sozialpolitik die Krankheitskosten explodieren, wenn die Pflegesicherung nicht bezahlbar erscheint, wenn die Großsysteme nicht nur teuer und unübersichtlich geworden sind, sondern auch als inhuman empfunden werden, lohnt dann nicht der Versuch, mit Selbsthilfeprojekten die Probleme besser zu meistern? Gibt es nicht eine lange und gründliche Diskussion über neue und zeitgemäße Formen von Selbstverwaltung, von Betroffenenbeteiligung, von Mitbestimmung in kleinen Gruppen, die immer wieder steckengeblieben ist und die schier mutlos weitergeführt wurde angesichts gleichsam naturwüchsiger Gigantonomie und befestigter Sozialbürokratie? Hier werden nun tatsächlich neue Lebens - und Arbeitsformen erprobt, allen Widerständen zum Trotz, im Angesicht zahlloser Bedenklichkeiten. Und was ist, wenn man massenhafte Arbeitslosigkeit registriert, bisher nicht gekannte Dauerarbeitslosigkeit, wenn es immer mehr Menschen dämmert, daß Wachstum in Größenordnungen, in denen ein zufriedenstellend hoher Beschäftigungsstand erreicht werden kann, nicht in Aussicht steht? Wenn die Einsicht zunimmt, daß Wachstum in den alten Bahnen, selbst wenn man es zuwegebrächte, nicht mehr unkritisch angestrebt werden darf, wenn die Natur dabei nicht vollends verdorben werden soll? Wenn man jeden vertretbaren Weg gehen muß, um den Arbeitsmarkt zu verbessern, können dann nicht Selbsthilfeprojekte Entlastung bringen, neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen, vielleicht sogar wichtige Innovationen auslösen? Kann man dann nicht mit den knappen Mitteln der Haushalte Projekte unterstützen, die vielleicht einen höheren Entlastungseffekt bringen als herkömmliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen?

Den Frauen und Männern in den Selbsthilfeprojekten wird bei soviel Interesse unheimlich. Sie haben ihre eigenen Vorstellungen und sie wollen sich weder instrumentalisieren noch verstümmeln und beschneiden lassen, damit sie in ein öffentliches Förderungssystem passen, das sie quasi enteignet und ihre Autonomie zerstört oder zumindest beschädigt. Die lange Diskussion um die „Staatsknete" hat das deutlich gemacht.

Natürlich ist es verständlich, wenn von seiten der Projekte deshalb Skepsis angemeldet wird. Bisherige Erfahrungen mit Versuchen zur Instrumentalisierung und Vereinnahmung sprechen dafür. Aber es ist ebenso verständlich, wenn Hilfen für Selbsthilfeprojekte mobilisiert werden sollen und Hilfen von den Beteiligten mit guten Gründen gefordert werden, daß dann über die

Fortsetzung auf Seite 6

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Guter Rat ist teuer – oder: Nicht gutgläubig auf die Ratschläge des Arbeitsamtes vertrauen!

Red. Bremen Dieser Fall ist für alle interessant, die bereits Leistungen vom Arbeitsamt beziehen (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe) und nun in eine Aus- oder Weiterbildung gehen, die **nicht** vom Arbeitsamt finanziert wird und wo **keine** Sozialverischerung gezahlt wird (z.B. Schule).

– Ein Beispiel, wie man es nicht machen darf!

Als Leistungsempfängerin von Arbeitslosengeld und nach einem halben Jahr von Arbeitslosenhilfe, entschloß sich Frau Sabine S. zu einer zweijährigen schulischen Berufsausbildung. Ab August 1983 wurde deshalb die ursprünglich bis März 1984 bewilligte Arbeitslosenhilfe aufgehoben, da Frau Sabine S. nun Schülerin war und „dem Grunde nach" Anspruch auf BAFöG hatte. Auf dem Arbeitsamt wurde Frau Sabine S. mündlich zugesichert, daß sie ihren Restanspruch auf Arbeitslosenhilfe nach der Schulzeit wieder geltend machen könnte. Zwei Jahre später wird sie hingegen beim Arbeitsamt auf § 135 Abs. 2 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) verwiesen:

„Der Anspruch auf Arbeitslosenhilfe erlischt, wenn seit dem letzten Tag des Bezuges von Arbeitslosenhilfe ein Jahr vergangen ist."

... „Sie haben Ihren Anspruch verwirkt", wurde Frau Sabine S. beim Arbeitsamt mitgeteilt! – Oder: „Unwissenheit schützt vor Schaden nicht!"

Wer also seinen Leistungsbezug unterbricht, die Gründe spielen dabei keine Rolle, Hauptsache das Arbeitsamt ist nicht mehr finanziell dabei beteiligt (d.h. alle Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen, die nicht vom Arbeitsamt finanziert werden), der muß bei Arbeitslosenhilfe spätestens vor Ablauf eines Jahres und bei Arbeitslosengeld vor Ablauf von drei Jahren mindestens einen Tag Leistung empfangen haben. Sonst bleibt nur noch das Sozialamt. M.G.

Fortsetzung von S. 5

Form der Hilfe, über Ziele, Verwendung und Wirksamkeit gesprochen werden muß, daß Regelwerke aufgestellt werden müssen und keine übertriebenen Berührungsängste an den Tag gelegt werden sollten. Wenn man die eigenen Ansätze für richtig hält und Grundsatztreue gegenüber seinen Zielen, Inhalten und Formen bewahrt, dann stabilisiert und immunisiert sich die Position der Projekte. Und aus dieser Position ist die Aufstellung und Einhaltung von Regeln möglich, die plausibel sind und die notwendige Rücksicht auf bewährte und geschriebene Förderungsgrundsätze nehmen.

Es ist im übrigen nicht einzusehen, wenn die arbeitsmarktliche Betrachtung und Einschätzung von Projekten mit sozialen Zielsetzungen oder alternativen Dienstleistungs- und Produktionsinhalten und -formen als eine unzulässige Instrumentalisierung angesehen wird. Jedes Projekt, in dem Menschen tätig werden, hat arbeitsmarktliche Relevanz. Das gilt sogar für solche Projekte, die gewissermaßen nur alternativ zu den herkömmlichen ehrenamtlichen Tätigkeiten, beispielsweise in den sozialen Diensten initiiert und ausgefüllt werden. Ehrenamtliche Hilfen sind prinzipiell auch immer in einer Beziehung zu professionalisierten Tätigkeiten zu betrachten. (...)

Die Kenntnisse über die Verbreitung selbstorganisierter Projekte sind nicht sicher genug, Schätzungen weichen wegen der unterschiedlichen Betrachtungsweisen und Ausgangspositionen stark voneinander ab. Sie reichen von bundesweit 100.000 bis 600.000 aktiven Mitgliedern, Zahlen in diesen Größenordnungen sind hinsichtlich der Bedeutung für den Arbeitsmarkt allemal interessant, ob sie an der Untergrenze oder an der Obergrenze solcher Schätzungen liegen. Sie gewinnen ihr eigenes Gesicht nicht nur angesichts einer Zahl von weit über zwei Millionen registrierten Arbeitslosen. Die Tatsache, daß ein so wichtiges und wirksames Mittel der Arbeitsmarktpolitik wie die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jährlich derzeit 80.000 Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, zeigt die Bedeutung dieser geschätzten Größenordnungen von Selbsthilfeaktivitäten für den Arbeitsmarkt. (...)

Dabei spielen Beratungshilfen für die Projekte, Zugang zu Förderungsmöglichkeiten, Erschließung von Finanzierungsquellen, Beseitigung von Wettbewerbsnachteilen oder Umgestaltung von Rechtsvorschriften beispielsweise zur Erleichterung der Gründung von Genossenschaften eine wichtige Rolle. Um Selbsthilfeprojekten mit ihren Beschäftigungswirkungen besser entsprechen zu können, wird auch eine offenere Ausgestaltung der rechtlichen Bestimmungen für die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu prüfen sein. Erfahrungen aus diesbezüglichen Änderungen des österreichischen Arbeitsmarktförderungsgesetzes können dabei eine brauchbare Orientierung geben. Wichtig bleibt bei solchen Überlegungen aber immer, daß Übergänge von der Tätigkeit in Selbsthilfeprojekten in den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich bleiben müssen. Wo solche Übergangsmöglichkeiten noch nicht entsprechend ausgestaltet sind, müssen die Voraussetzungen hergestellt werden. Damit würde tendenziell auch die Diskussion um die Selbstausbeutung zurücktreten und an Schärfe verlieren. Der Gedanke gesellschaftlicher Solidarität würde wieder stärker gegen häufig genug aus der Not geborene Segmentierungen am Arbeitsmarkt stehen. Auch dies berührt Fragen der Identität der Projekte, Autonomieverständnis und Sorge vor Enteignung.

Besonders schwierig ist die Beziehung von Selbsthilfeprojekten zu Vorhaben und Märkten, zu denen sie ganz allgemein als Konkurrenz empfunden werden. Zwar erbringen die meisten Selbsthilfeprojekte bisher Dienstleistungen oder Produktionsleistungen, die traditionell von den öffentlichen Händen oder von ihnen beauftragten Organisationen erstellt werden. Aber es gibt immer mehr Projekte, die Dienste und Produkte auf dem privatwirtschaftlichen Sektor am Markt anbieten, im Wettbewerb mit anderen. Hier wird mit scharfem Widerstand aller bisher am Markt beteiligten Mitbewerber zu rechnen sein, wenn durch Projekte Angebote gemacht werden, die eine spezielle öffentliche Unterstützung, z.B. durch eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM), erfahren würden. Hier geht es zunächst um Wettbewerbsbedingungen. Aber es geht auch um ordnungspolitische Positionen und Zuständigkeiten. Diese Frage kommt schon jetzt im Zusammenhang mit ABM immer wieder auf, wenn Aufträge der privaten Anbieter angeblich verloren gehen oder nicht erteilt werden, weil Aufgaben im Rahmen von ABM in öffentlicher Trägerschaft ausgeführt werden. Dies würde im gleichen Umfang auch gegen Selbsthilfeprojekte geltend gemacht werden.

Natürlich gilt dabei nicht nur das Merkmal, daß die Arbeiten im öffentlichen Interesse liegen, sondern daß sie auch zusätzlich sein müssen. Gleichwohl ist es schwierig zu entscheiden, ob die Zusätzlichkeit vielleicht nur ein zeitliches Vorziehen von Arbeiten bedeutet, die sonst zu einem späteren Zeitpunkt als Nachfrage am Markt erscheinen. Es ist kein einfacher und auch ein systematisch umstrittener Vorgang, neue und zusätzliche Aufgaben zu definieren. Die Meinung darüber geht auch in der Praxis auseinander. Ökologische Projekte etwa können durch herkömmliche Anbieter unter gegebenen Bedingungen ebenso erfüllt und erstellt werden wie durch Selbsthilfegruppen. Aber auch soziale Dienste, die zusätzlich entwickelt und angeboten werden und auf einen nachweislichen Bedarf stoßen, müssen danach befragt werden, ob diese Aufgaben nicht auch von den traditionellen Trägern im Rahmen von deren Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge hätten wahrgenommen und als Pflichtleistung angeboten werden müssen. Folglich wird stets die Frage zu beantworten sein, ob hier zusätzliche Arbeit entsteht oder ob eine Förderung eines solchen Projektes lediglich zu einer Umverlagerung von Arbeit aus dem Bereich des herkömmlich verfaßten Arbeitsmarktes zu Selbsthilfegruppen führt. Dann tritt das arbeitsmarktliche Interesse zurück, weil sich in Arbeitsmarkt- und Beschäftigungswirkung per Saldo nichts ändert.

In dem Maße, in dem Selbshilfeprojekte wie selbständige Unternehmer am Markt auftreten und das öffentliche Interesse aus dem Unternehmenszweck nicht zweifelsfrei hervorgeht, ist daher auch eine Förderung als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme nicht möglich. Je deutlicher ein Selbsthilfeprojekt mit anderen Akteuren am Markt in Wettbewerb tritt, um so härter wird dann auch gegen eine Verbindung mit ABM die Einrede der Wettbewerbsverzerrung durch Lohnsubvention geltend gemacht. Es ist allerdings vorstellbar, daß ABM eine andere Prägung erfährt und auch als Instrument zur Förderung neuer Selbständigkeit allgemeine Anwendung findet. Das könnte dann auch für entsprechende Selbsthilfeprojekte gelten. Allerdings wären dazu gesetzliche Änderungen erforderlich. So kennt das österreichische Arbeitsmarktförderungsgesetz eine Arbeitsplatzbeschaffung im Rahmen von gemeinnützigen Einrichtungen, ohne Festlegung auf eine bestimmte Rechtsform; ihnen muß aber das Element des Entstehens auf Selbsthilfegrundlage gegeben sein.

Deutlich wird jedenfalls, daß Selbsthilfeprojekte und arbeitsmarktliche Instrumentarien nicht beliebig zusammenzuführen sind. Die arbeitsmarktlichen Instrumente können nicht ausschließlich für die Projekte neu erfunden oder umgebaut werden, sie sollten aber nicht so beschaffen sein und hantiert werden, daß sie für die Projekte keine Anwendung finden können. Prinzipielles Mißtrauen macht bewegungsunfähig und versperrt Chancen der gesellschaftlichen Entwicklung, die in den Werkstätten und Labors der Selbsthilfeprojekte ausprobiert werden müssen.

Quelle: Klaus Novy u.a. (Hrsg.): Anders leben, Bonn 1985

Oswald von Nell-Breuning (hat) darauf hingewiesen, daß es nicht nur darauf ankommt, Beschäftigung zustande zu bringen, sondern den Menschen Arbeit zu geben, die auch Sinn hat, die auch Sinn gibt. Das bloße Vermitteln einer Beschäftigung im Sinne einer sozialen Verwahrung ist etwas, was gegen die Menschenwürde steht. Das muß man sagen, weil wir uns angewöhnt haben, mit den Instrumenten so zu hantieren und auch mit den Benennungen der Instrumente so umzugehen, daß man manchmal das Gefühl hat, sie haben mit sinnvoller Arbeit nur wenig zu tun. Ich meine auch das Wort Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, das von uns, vielleicht nicht zufällig, immer in der Abkürzung ABM gebraucht wird, weil wir beim vollen Aussprechen der Bezeichnung darauf kommen müssen, daß es nicht nur um eine der vielen Schludrigkeiten und Unzulänglichkeiten in unserer Sprache geht, sondern auch darum, unsere Hilflosigkeit auszudrücken, wie wir denn genügend sinnvolle Arbeit mobilisieren können.
Olaf Sund am 14.12.84 auf einem Hearing zur neuen Armut in Bonn (Anm. d. Red.)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die politische Aufgabenstellung des Ökobankvereins

Der Ökobankverein tritt in eine neue Phase. Diesen Schluß läßt der Verlauf der Delegiertenkonferenz zu, die am 16.11. in Nürnberg zum erstenmal zusammentrat. Die Delegierten zeigten sich in der Lage, die durchaus berechtigten finanziellen Forderungen ihrer Regionen vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation des Vereins so zu diskutieren und zu relativieren, daß am Ende ein Ergebnis stand, das beiden, den regionalen- wie den zentralen Arbeitsbereichen die ihnen zukommende Bedeutung zuerkennt. Einzige Ausnahme der Landesverband Schleswig Holstein, dessen Vorsitzender (wieder einmal) nicht in der Lage war, über Landesgrenzen hinauszublicken.

Es hat den Anschein, daß die Diskussionen und Auseinandersetzungen um Organisations- und Entscheidungsstrukturen in einem regionalisierten Verband erst einmal zu einer Plattform geführt haben, auf der jetzt die inhaltliche und politische Definition der Vereinsaufgaben beginnen kann.

Mit den folgenden Aufsätzen soll ein Einstieg in diese Thematik versucht werden. In der Zuschrift des Aachener Architekten Helmut Creutz wird noch einmal deutlich, wie gering die rein wirtschaftliche Bedeutung der zukünftigen Ökobank sein wird und um wieviel bedeutungsvoller die politische Aufgabenstellung des Vereins also sein muß, um der Bank die Bedeutung zu geben, für die sie vorgesehen ist. Der Bericht von Torsten Martin auf Seite 8 über das Brüssler Treffen von CECOP unterstützt diese Einschätzung und macht die Notwendigkeit internationaler Diskussions- und Arbeitszusammenhänge deutlich.

Liebe Ökobankfreunde,

als Mitunterstützer und alter Kooperativler freue ich mich über Euren zähen Einsatz und das Gedeihen Eures Projektes, wenngleich mich das langsame Anwachsen der 6 Mio Eigenkapitalmittel etwas enttäuscht, vor allem wenn ich daran denke, daß hinterher noch rund 100 Mio Einlagen erforderlich sind, wenn die Sache richtig ins Laufen kommen soll.

Als jemand, der sich seit nun sieben Jahren mit den geldordnungsbedingten Größen und Entwicklungen sowie den Auswirkungen der Währung auf Wirtschaft und Wachstum beschäftigt, hoffe ich, daß Ihr über Eure Aktivitäten die größenbezogenen Realitäten nicht aus dem Auge verliert, z.B.:

- daß die rund 100 Mio an möglichen Krediten gerade ein Zwanzigtausendstel (bzw. 0,00005%!) des derzeitigen gesamten Bankkreditvolumens ausmachen
- daß Einlagen in Höhe von 20 Mrd (= 1.200 Mio!) erforderlich wären, wenn man wenigstens 1% des gesamten Bankkreditvolumens erreichen wollte, was immer noch viel zu wenig sein würde, um das Geschehen in der Wirtschaft merklich zu beeinflussen
- daß die Geldvermögen in der Bundesrepublik jedes Jahr um rund 200 Mrd (= 200.000 Mio!) zunehmen und nur 14 Mrd zusammenkommen, wenn sämtliche Arbeitnehmer nach dem 624-Mark-Gesetz „vermögenswirksam" sparen würden.

Noch erschreckender werden die Zustände, wenn wir die Gesamtverschuldung unserer Volkswirtschaft und deren Folgen einmal unter die Lupe nehmen, z.B.:

- daß die Gesamtverschuldung von Unternehmen, Staat und Privathaushalten seit 1950 fast dreimal schneller angestiegen ist als die volkswirtschaftliche Leistung und in wenigen Jahren das Doppelte des Bruttosozialprodukts erreicht,
- daß die öffentlichen Haushalte an jedem Arbeitstag rund 220 Mio Schuldenzinsen aufzubringen haben und daß alleine die des Bundes (inzwischen drittgrößter Haushaltsposten!) größer sind als alle Ausgaben für BAFÖG, Kinder-, Wohn- und Mutterschaftsgeld zusammengenommen,
- daß jeder bundesdeutsche Durchschnittshaushalt schon 1982 etwa 16.000 DM ges. Zinslasten zu tragen hatte, davon ca. 800 DM direkt (für Konsumentenkredite) und mehr als 15.000 DM versteckt in Preisen, Steuern und Gebühren,
- daß mindestens jede dritte ausgegebene Mark eine Zinsmark ist, für die wir keine Gegenleistung erhalten und daß jeder Beschäftigte schon 1982 etwa 12 Wochen im Jahr nur für die Schuldenzinsen arbeiten mußte (ca. DM 9.500), während es 1970 noch 7 und 1950 noch 3 Wochen waren.

Die bedrohliche Entwicklung der Verschuldung und der Schuldenzinsen (also ohne die Zinsen für das unverschuldete Dachkapital!) wird besonders deutlich, wenn man diese Größen mit denjenigen der Haushaltseinkommen vergleicht, wie in der Graphik links unten.

In welchem Maße die Probleme gerade in den letzten Jahren angestiegen sind, zeigt die links angeführte Tabelle (alle Ausgangszahlen: Bundesbank)

In einem gesunden und stabilen Organismus können alle Teile problemlos mit dem Ganzen wachsen. Maßstab für dieses Wachstum ist in einer Wirtschaft die Leistung. Wie die prozentualen Wachstumsraten zeigen, ist der Anstieg der Nettolöhne gegenüber dem BSP um ein Drittel und derjenige der Steuereinnahmen um ein Sechstel zurückgefallen. Die Gesamtverschuldung (der ein entsprechender Anstieg der Geldvermögen gegenübersteht) ist dagegen fast doppelt so stark wie die Leistung angestiegen. Die Bankzinserträge (als herangezogene Schlüsselgröße für die Schuldenlasten) sind sogar fast dreimal stärker als die Leistung angestiegen. Dabei ist noch zu beachten, daß die überproportional gestiegenen Schuldenzinsen weitgehend aus den unterproportional angestiegenen Nettolöhnen bezahlt werden müssen!

Verlängert man die Zahlen in der Tabelle oder in der Grafik in die Zukunft, dann kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis alle Arbeitseinkommen für die Schuldenzinsen beansprucht werden, was natürlich schon lange vorher zu unhaltbaren Sozialproblemen und wirtschaftlichen Zusammenbrüchen führen muß. Daß auch die Probleme unserer Tage mit diesem Auseinanderdriften der volkswirtschaftlichen Einzelgrößen zu tun haben (einschl. Wachstumsdruck), bedarf sicher keiner Erklärung. Ebenso der Tatbestand, daß man die hier aufgezeigte Problematik auch mit einer noch so erfolgreichen Ökobank nicht abbauen kann, so wünschenswert und notwendig eine solche alternative Bank auch ist.

Nachhaltig kann man alle Probleme immer nur bei ihren auslösenden Ursachen bekämpfen, nicht durch Behandlung der Symptome. Dies gilt für die wirtschaftsbezogenen Probleme ebenso wie für die umweltbezogenen.

Gerade weil uns die Erfahrung gezeigt hat, daß – trotz aller Aktivitäten und Massendemonstrationen – die Miseren immer größer werden, im Umwelt-, Friedens- und Sozialbereich wie in der Dritten Welt, müssen wir wohl auf der Ursachenleiter noch einige Stufen tiefer steigen, wenn wir Erfolg haben wollen.

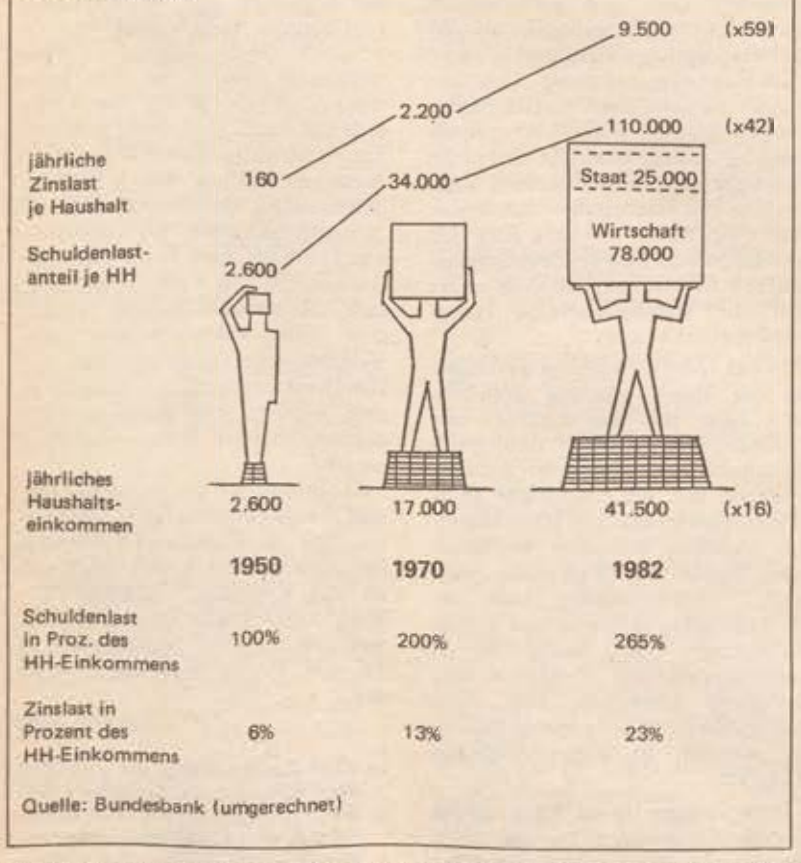
In diesem Sinne gute Wünsche

Helmut Creutz

Wer sich dafür interessiert: Für DM 1,50 in Briefmarken kann von mir eine ausführliche Schrift über die Gesamtverschuldung in der BRD mit mehreren Grafiken bestellt werden, einschl. Liste weiterer leicht verständlicher Schriften über Währungs-, Wachstums- und Wirtschaftsfragen: Helmut Creutz, Monheimsallee 99, 5100 Aachen, Tel.: 0241/34280

	1978 Mrd DM	1984 Mrd DM	Anstieg 1978–84 Mrd DM	%
Nettolöhne und -gehälter :	441	546	105	24%
Steuereinnahmen :	319	415	96	30%
Bruttosozialprodukt :	1.291	1.750	459	36%
Gesamtverschuldung :	1.905	3.131	1.226	64%
Bankzinserträge :	112	226	114	102%

ENTWICKLUNG UND GRÖSSE DER DURCHSCHNITTLICHEN PRIVATEN HAUSHALTSEINKOMMEN SOWIE DER SCHULDEN- UND ZINSLASTANTEILE JE HAUSHALT / 1950–82



Quelle: Bundesbank (umgerechnet)

Aus den Regionen

Landesmitgliederversammlung Niedersachsen/Bremen
am 14.12.85 in Hannover. Auskunft: Tel.: 0511/8437076 (Uwe Brockmann)

Baden-Württemberg

Landesmitgliederversammlung und Aktivenkreise
Einladung zur Landesmitgliederversammlung am Samstag, 14. Dezember 1985, um 14 Uhr, im Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 7000 Stuttgart. Die Tagesordnung ist erhältlich über den Arbeitskreis Ökobank in Stuttgart c/o Korngarbe e.V., Augsburger Str. 660, 7000 Stuttgart 61.

Regionaltreffen der Aktivenkreise Baden-Württembergs
Diese Aktivenkreise treffen sich monatlich im Ortswechsel. Das nächste Regionaltreffen findet unmittelbar vor der Landesmitgliederversammlung des Vereins ebenfalls im Forum 3, um 10 Uhr, statt.

Nächster Termin für das Regionaltreffen ist dann Samstag, der 11. Januar, um 10 Uhr in Heidelberg.

Treffen der Regionalgruppe Süd-Hessen
Am Sonntag, den 15.12., um 16 Uhr, treffen sich im Jugendhof Bessunger Forst (liegt zwischen Darmstadt und Roßdorf) die hessischen Mitglieder der Ökobank, die südlich von Frankfurt wohnen. Wer Fragen hat, soll bitte Klaus Arons anrufen.
(Tel.: 06103/28974)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Treugeld per 26.11.85:	2.950.985,74 DM
Treugeldgeber:	7.036
Vereinsmitglieder:	ca. 1.800

LANDESVERBAND: Baden-Württemberg

Aktivenkreise

Freiburg: Michael Berger, c/o Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 17, 7800 Freiburg (0761/2 68 77)
Stuttgart: Arbeitskreis Ökobank Stuttgart, c/o Korngarbe e.V., Ausburger Str. 660, 7000 Stuttgart 61
Heidelberg: Andreas Kopp, Uhlandstr. 28, 6904 Eppelheim (06221/76 04 04)
Heidenheim: Norbert Ortlieb, Hobestr. 54, 7920 Heidenheim
Burladingen: WIR-Gemeinschaft, Richard-Biener-Str. 13, 7453 Burladingen (07475/68 37)
Ulm: Johannes Schöllkopf, Bertholdstr. 19, 7900 Ulm-Gögglingen
Tübingen: Gunther Reinhard, Paulinenstr. 11, 7400 Tübingen (07071/3 35 48 oder 07071/3 59 07)
Nagold: Ralph-Guido Günther, Panoramastr. 7, 7270 Nagold-Gündringen (07459/26 36)
Karlsruhe: Christine Allgaier, Brühlstr. 33, 7500 Karlsruhe 41 (0721/49 27 66)

Zur Übersicht hier die sich an dem Aufbau dieses Fonds beteiligenden Institute:

Financial institutions with an interest in the creation of a warranty fund

Belgium
Société financière des cadres et travailleurs (SOFICATRA-FIMIKA)
Denmark
Regnbuebanken
Federal Republic of Germany
Ökobank
France
Institut de Développement de l'Economie Sociale (IDES),
Caisse Centrale de Crédit Coopératif (CCCC)
Holland
Triodos Bank
Italy
Istituto Centrale delle Cassa Rurali ed Artigiane (ICCREA).
FINCOOPER (LEGA)
United Kingdom
Londoner Co-operative Entreprise Board / Greater Londoner Entreprise Board (LCEB/GLEB).
Industrial Common Ownership Finance (ICOF)
Europe
Group of Cooperative Banks of the European Community.

Zweites Treffen europäischer Alternativbanken in Brüssel

Europäischer Garantiefonds

Wie Plato sinngemäß sagte, kommt das große Staunen bzw. Philosophieren erst durch die „Sprengung der eigenen (Ich-) Grenzen", erst durch den Hinaustritt aus den Gleisbahnen des Lebens und mithin des Denkens ist man imstande, neue Wege zu beschreiben.

Zum zweitenmal führte uns unser Weg zu einem von CECOP – European Committee of Workers Cooperative Produktive Societies, kurz: Europäischer Dachverband der Produktivgenossenschaften – veranstalteten Treffen Europäischer „Alternativbanken"; diesmal nach Brüssel. Ziel der Zusammenkunft war die Weiterentwicklung der etwa vor einem Jahr begonnenen Überlegungen bezüglich eines Europäischen Garantiefonds für Produktivgenossenschaften. Jeder der Teilnehmer gab zunächst eine kurze Beschreibung der nationalen Situation, um dann in einer zweiten Runde die eigenen Ansprüche an einen derartigen Garantiefonds zu formulieren. Als nächstes wird von CECOP aufgrund dieser Angaben ein Arbeitspapier erstellt und an alle Teilnehmer versandt. Diese müssen dann etwaige Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche an diesem Papier der CECOP bis Ende Dezember mitteilen. Im Februar nächsten Jahres treffen wir uns dann in Straßburg wieder, um das überarbeitete Papier als Konzept eines Europäischen Garantiefonds zu verabschieden. Gleichzeitig soll dieses Konzept Mitgliedern des Europaparlamentes vorgelegt und mit ihnen im Rahmen der Frage „Die Rolle der Finanzierungsinstrumente der EEC" diskutiert werden. Aufgrund der bereits stattgefundenen Treffen können wir in Straßburg gegenüber dem Europaparlament gemeinsam auftreten, unsere Projekte und die Idee dieses gemeinsamen Garantiefonds vorstellen.

Die Möglichkeit einer derartigen Arbeitsgemeinsschaft auf europäischer Ebene ist für alle Beteiligten die große Chance voneinander zu lernen, über die Grenzen hinauszudenken. Vor dem Hintergrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung (siehe den Aufsatz von Helmut Creutz auf Seite 7) einer Ökobank im besonderen und der alternativen Wirtschaft im allgemeinen, ist die entscheidende Bedeutung unserer Arbeit in der permanenten Diskussion und Verbreitung unserer politischen Vorstellungen zu sehen. Die Bedeutung des Ökobank-Projektes ist, da es die Bank noch nicht gibt, im Moment eine rein politische.

Auch nach der Bankgründung ist davon auszugehen, daß die Ökobank nur dann „im Gespräch" und damit in der politischen Diskussion bleibt, wenn sie weiterhin politisch aktiv ist, wenn sie sich weiterhin als ein Sprachrohr einer bestimmten Bewegung versteht, die etwas zu sagen hat zur herrschenden Ökonomie und die andere Ansätze aufzeigen kann. Die Tatsache von vielleicht 20 Mio DM ja sogar 100 Mio DM Bilanzsumme sorgt allein bestimmt nicht für Schlagzeilen. Darum ist diese von CECOP ins Leben gerufene europäische Initiative ein weiterer wichtiger Bestandteil einer Ökonomie, die ihre wesentliche Bedeutung aus der politischen Diskussion zieht. Darum ist eine Beteiligung der Ökobank an diesem Projekt für die Ökobank sehr wichtig, darum ist es für dieses Projekt sehr wichtig, daß sich Initiativen wie die Ökobank daran beteiligen. „Der Erfolg eines derartigen Projektes", so Rainer Schlüter von CECOP, „hängt von den einzelnen Finanzinstituten und deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit ab. Denn", so Rainer Schlüter weiter, „diese sind am besten plaziert und strukturell eingebunden, um die speziellen Probleme der alternativen Betriebe zu erkennen. Besser als jeder andere."

„Und darum", ergänzt Rainer Schlüter, „brauchen wir Euch!" Wir sind bereit, unseren Beitrag zu diesem wichtigen Projekt zu leisten.

Zum Schluß noch eine „Kleinigkeit", die zwar nur indirekt mit der Errichtung dieses Garantiefonds zu tun hat, für unser Treffen in Brüssel aber von unschätzbarer Bedeutung war. Ohne die unermüdliche Übersetzungshilfen unseres Begleiters, Andreas K., hätten wir uns im Gewirr der vielen Sprachen gänzlich verloren und sowohl das Ökobank-Projekt, als auch unsere Vorstellungen bezüglich eines derartigen Garantiefonds auf europäischer Ebene nicht annähernd so gut darstellen können. Ohne ihn wären unsere „Grenzen" enger gewesen.

Torsten Martin

ZUM HANDWERKSRECHT

Red. Bremen **„Handwerksrecht? Da gibts nix zu diskutieren, da muß man nur wissen, wie man durchkommt!" (Spruch auf der Beraterfortbildung in Göttingen). Mit dem Durchkommen ist es als selbstverwalteter Betrieb aber so eine Sache, daß nämlich z.B. der handwerkliche Nebenbetrieb des Kollektivs unerheblich bleibt, wenn der Fahrradladen ein Handelsbetrieb ist und keine Reparaturwerkstatt ist usw. Wenn dann auch noch dem Meister eines Kollektivs anläßlich der Eintragung in die Handwerksrolle ein „Mahnblatt" mit dem Inhalt in die Hand gedrückt wird, er mache sich strafbar, wenn er nicht alle Pflichten eines Betriebsleiters wahrnehmen könne, so kann das auch weniger schreckbaren Naturen jeglichen Mut und die Lust zur Gründung eines Handwerkskollektivs töten.**

Selbstverwaltete Handwerksbetriebe werden sowohl durch das Handwerksrecht selbst als auch durch dessen Handhabung insgesamt strukturell benachteiligt. Eine kollektive Betriebsleitung ist formal nicht realisierbar – ganz zu schweigen von den mitunter amüsanten Streitigkeiten über die Namensgebung des Kollektivs.

Die Handwerksordnung, ehrendes Recht des rechtschaffenden Meisters und des ehrbaren Handwerksstandes ist eine Nuß, an der sich jeder Nußknacker die Zähne ausbeißen kann. Die Nuß darf nicht auf ewig unknackbar sein! Deshalb will ich im Ansatz mit diesem Artikel einige Positionen der Handwerksverbände genauer ausleuchten und einige Vorschläge zur Veränderung des Handwerksrechts bzw. von dessen Anwendung in die Diskussion werfen.

Von der Existenz selbstverwalteter Betriebe haben die regionalen Handwerkskammern und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) inzwischen erfahren. Ihr Kenntnisstand ist dann wie folgt dokumentiert: „Überlegungen über mögliche alternative Beschäftigungsformen, wie sie z.B. im Bereich der europäischen Gemeinschaften anzutreffen sind, werden vom ZDH aufmerksam verfolgt. Es darf keinesfalls zu einer Legalisierung der Schwarzarbeit kommen, weil dadurch die Wettbewerbsbedingungen für die legal arbeitenden Betriebe verfälscht werden!"[1] In öffentlichen Hearings, Tagungen über die Selbstverwaltungswirtschaft glänzen sie – wenn nicht durch Abwesenheit – mit Klagen über Wettbewerbsverzerrungen durch Arbeitsloseninitiativen, Beschäftigungsinitiativen und anderen ähnlichen „alternativen Experimenten".

In jüngster Zeit blasen sie zunehmend kräftiger ins Horn. So hat der Rheinisch-Westfälische Handwerkerbund Anfang 1985 eine Argumentationsschrift „Arbeitsloseninitiativen – eine Konkurrenz für das Handwerk?" herausgegeben, die davor warnt, daß über ABM traditionelle handwerkliche Leistung erbracht wird, die ein „zukünftiges handwerkliches Marktpotential vernichtet." Nun mag eine Kritik an der Entwicklung des zweiten Arbeitsmarktes durchaus gerechtfertigt sein, doch der Handwerkerbund holt weiter aus und verdammt die Förderung selbstverwalteter Betriebe in Hessen – hierzu zitiert er die Erkenntnisse des Instituts der Deutschen Wirtschaft: „Es ist unsinnig, Wirtschaftsformen als Alternativen anzubieten, die auf Leistungsfähigkeit und wirtschaftlich sinnvolle Tätigkeiten keinen Wert legen, andererseits aber die finanzielle Hilfe der Allgemeinheit zum Überleben benötigen."[2] Putzigerweise klagt der Handwerkerbund in der gleichen Schrift ABM-Mittel für Handwerksbetriebe ein ...

Gesamtwirtschaftlich ist die Entwicklung des Handwerks durch sinkende Beschäftigungszahlen und stagnierenden Umsatz seit 1980 gekennzeichnet. Gleichzeitig verschieben sich die Marktanteile von Mittelstandsunternehmen hin zu großen Betrieben. Hinsichtlich der Produktionsweise werden die Abgrenzungen zwischen Handwerksarbeit und Industriearbeit immer verschwommener: Arbeitsintensive Fertigungsweisen verlieren ihre Bedeutung, der Kapitaleinsatz steigt überproportional im Verhältnis zur Beschäftigtenzahl. Die räumlichen Produktionsschwerpunkte verschieben sich eindeutig zugunsten der Ballungsräume.

Um die handwerklichen Standesinteressen auch unter dieser Entwicklung zu wahren, wird für die Frage, was „Handwerk" ist und ob dementsprechend die Handwerksordnung angewandt wird, ein „dynamischer Handwerksbegriff" zugrundegelegt. Er soll „einen am jeweiligen Stand der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des technischen Fortschritts orientierten Gesetzesvollzug"[3] ermöglichen.

Gleichwohl wird ideologisch am jahrhundertealten Bild des Handwerks festgehalten, das „sich als eine einheitliche soziale Gruppe darstellt, die durch geschichtliche Entwicklung, Tradition, typische Besonderheiten ihrer Tätigkeiten, Lebensstil und Standesbewußtsein der Berufsangehörigen von anderen Berufszweigen deutlich abgegrenzt ist."[4]

Die zugegebenermaßen auch für das Handwerk schwer gewordenen ökonomischen Bedingungen scheinen aber durch sein Engagement in Sachen Ausbildung kompensierbar.

Ausbildung – eine gesellschaftliche Leistung, mit der sich das Handwerk in Zeiten der Jugendarbeitslosigkeit brüstet! An dem Denkmal, das es sich in dieser Hinsicht setzt – O-Ton ZDH: „Beispielsweise läßt bereits der Nachweis, wie viele Lehrlinge ihre Abschlußprüfung abgelegt und bestanden haben, eine für die gesamte Volkswirtschaft bedeutungsvolle handwerkliche Leistung erkennen."[5] – läßt sich knabbern: Einmal ist das Handwerk nicht der alleinige Träger von Ausbildung. Von den 1,7 Miol Auszubildenden im Jahr 1983 wurden ca. 670.000 im Handwerk ausgebildet. Weitaus schwerer wiegt jedoch, daß seine Ausbildungspolitik fehlgeht. So fallen von den 10 „beliebtesten" Ausbildungsberufen 6 in die Gruppe der Handwerksberufe, deren Entwicklung hinsichtlich Beschäftigtenzahl, Umsatz und Unternehmensbestand stagniert bzw. eindeutig zurückgeht (Friseure, Tischler, Maurer, Maler, Bäcker, Schlosser). Davon abgesehen geht die Beschäftigtenzahl im handwerklichen Bereich ingesamt zurück. Unter solchen Vorzeichen beschränken sich die Verdienste um die Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit darauf, Jugendliche für die Dauer der Ausbildung vor Arbeitslosigkeit bewahrt zu haben.

Wenn sich aber Gesellinnen und Gesellen erdreisten, nach der Ausbildung einen selbstverwalteten Betrieb zu gründen, werden Schrauben für den handwerklichen Marktsektor festgedreht – die Handwerksordnung schlägt durch.

Machtpolitik, die mit derlei ideologischen Klimmzügen arbeitet und selbstverwaltete Betriebe offenbar in das Abseits von Schwarzarbeit stellen kann, fordert schlicht und endlich eine offensivere Politik gegenüber den Handwerksverbänden heraus.

Zwar ist es nach wie vor unvermeidlich, daß die selbstverwalteten Betriebe die gesetzlichen Voraussetzungen für das Betreiben eines Handwerks erfüllen müssen (das ist nicht zuletzt auch eine Sache qualifizierter Betriebs- und Projektberater), doch auf der anderen Seite wäre zu überlegen, ob die Selbstverwaltungswirtschaft nicht dem Handwerk den Rang „Deutschlands vielseitigster Wirtschaftsbereich" ablaufen sollte!? Aber Spaß beiseite – Ungleiches läßt sich nicht mit dem gleichen Maß messen. Vielmehr gilt es klarzustellen, daß weder das romantisch verklärte Bild des Handwerkers, noch das des leistungsstarken Elektroinstallationsmeisters auf die selbstverwalteten Handwerksbetriebe paßt.

In den selbstverwalteten Betrieben ist die Betriebsführung kollektiv und nicht die Angelegenheit des Meisters. Der Anspruch, ökologisch zu arbeiten, erfordert einen anderen Umgang mit der Ökonomie (z.B. Wiederverwertung alter Materialien). In manchen Branchen entstehen neue Berufsbilder (Fahrradmechaniker). Selbstverwaltung baut auf ökonomische, fachliche und soziale Erfahrungen auf. Ausbildung in selbstorganisierten Projekten und Betrieben beschränkt sich nicht auf fachliche Qualifizierungsprozesse, sondern ist zugleich soziales Lernfeld.

Freie Bahnen für die Entwicklung und Stabilisierung selbstverwalteter Betriebe im Handwerk zu schaffen, heißt, politisch auf die Öffnung und Lockerung der Zulassungsschranken der Handwerksordnung hinzuarbeiten. So sollten im ersten Schritt die Handwerkskammern z.B. die Unerheblichkeitsgrenzen von Nebenbetrieben offenlegen. Könnten diese Unerheblichkeitsgrenzen nicht auch allgemein für reine Handwerksbetriebe gelten, d.h. kein Meisterzwang für Kleinstbetriebe? Sollte die für die Zulassung zur Meisterprüfung erforderliche Gesellenzeit verkürzt werden? Unter welchen Voraussetzungen könnte die Eintragung eines *Kollektivs* in die Handwerksrolle erfolgen? Sind nicht in diesem Zusammenhang Veränderungen der Ausnahmeregelung des § 8 HWO dahingehend realisierbar, daß der „Qualifikationsmix" der verschiedenen Leute in einem Betrieb in seiner Gesamtheit alle Anforderungen an eine Meisterqualifikation erfüllt? Oder sollen selbstverwaltete Handwerksbetriebe gänzlich von der Handwerksrollenpflicht ausgenommen werden, weil sie nicht unter den bestehenden Handwerksbegriff passen?

Wer interessiert ist, solchen Fragen und Überlegungen tiefer nachzugehen bzw. dazu konkrete Vorschläge hat oder erarbeiten will, kann sich an das PROJEKT SELBSTVERWALTUNG & RECHT, ZERP, Universitätsallee GW 1, 2800 Bremen 33 Tel. (0421) 218-28 28, -28 29, wenden.

Annegret Bötel

1) ZDH (Zentralverband des Deutschen Handwerks Bonn): Handwerk 1983
2) Rheinisch-Westfälischer Handwerkerbund e.V. Dialog Handwerk 2/85: Arbeitsloseninitiativen – eine Konkurrenz für das Handwerk?, S. 20
3) Hagebölling: Handwerksbegriff und struktureller Wandel, in Gewerbe-Archiv 1984, S. 209
4) BVerfG v. 17.7.1961, BVerfGE Band 13, S. 110
5) Kehr: Über 220.000 Gesellen- und Abschlußprüfungen, in Deutsches Handwerksblatt 15/85, S. 500

Beratung -Ansatz zur Lösung kollektiver Krisen

Immer wieder geraten Projekte und alternative Betriebe in Krisen, die nur bedingt durch wirtschaftliche oder äußere Faktoren ausgelöst worden sind.

Oft sind für die Probleme die inneren Strukturen des Projektes und der Mangel an gut funktionierender Kommunikation verantwortlich.

Jeder kennt die nie enden wollenden Diskussionen, bei denen heftig die Beziehungskiste bemüht wird und „Frühkindliche Fehlleistungen" zur Erklärung der Krise herhalten müssen.

Eine für alle befriedigende Lösung wird jedoch oft nicht erreicht, mit der Folge, daß einzelne Gruppenmitglieder das Projekt frustriert verlassen oder aber dessen Bestand gänzlich auf dem Spiel steht.

In dieser Situation ist das Projekt auf Unterstützung angewiesen, die in der Regel von außen kommen muß. Manchmal bringt die Anwesenheit einer neutralen Person erstaunlich viel Sachlichkeit und Konstruktivität in einen Diskussionsprozeß.

Diese Erfahrung haben wir von ibek – einem 10 Personen Ingenieur- und Beratungskollektiv – sozusagen am eigenen Leib erfahren.

Mit wenigen Überlegungen zur Kommunikation und simplen Techniken zur Problemstrukturierung sind bei uns Themen wieder „diskutierbar" und lösbar geworden, die wir aus schlechten Erfahrungen heraus schon lange nicht mehr angegangen sind.

Diese Erfahrungen wollen wir gerne in unserer Beratungsarbeit weitergeben.

Kurz zu uns:
Die ibek – Ingenieur- und Beratungsgesellschaft existiert im 6. Jahr in Karlsruhe. Seit dieser Zeit beraten wir insbesondere Selbsthilfeprojekte, alternative, ökonomische Betriebe und Belegschaftsfirmen in Fragen der Organisation, betriebswirtschaftlichen und finanziellen Problemen, sowie rechtlichen und steuerlichen Angelegenheiten.

Neben diesem üblichen Beratungsangebot möchten wir zwei weitere Schwerpunkte für Betriebe in Selbstverwaltung aber auch Initiativen, die vor der Gründung eines Projektes stehen, anbieten:

I Gründungsworkshop für den Selbstverwaltungssektor
II Krisenworkshop

Im Gründungsworkshop bieten wir die Vermittlung der rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundkenntnisse an, diskutieren ideelle und politische Ziele des Projektes und geben Hilfestellung bei der Produktpalette, die das Projekt einmal anbieten soll.

Die Organisation und die internen Regelungen untereinander bis hin zum Schiedsvertrag bieten einen weiteren Schwerpunkt der Beratung. In der Krisenberatung geht es zunächst um die sinnvolle Problemerfassung und Problemstrukturierung. Weiterhin sollen Problemlösungen oder zumindest Ansätze dazu diskutiert und verabschiedet werden. Ziel dieser Beratung soll die Erstellung eines Schrittplanes sein, der zur Beilegung der Krise führt.

Voraussetzung für dieses Beratungsangebot ist vor allem die Bereitschaft der Kollektivmitglieder, die Probleme wirklich angehen zu wollen.

Wir verstehen unsere Rolle nicht als Vermittler von Patentrezepten. Was wir erreichen können und wollen ist, konstruktive Anregung zur Selbsthilfe zu geben.

Dabei sind unser Sachwissen aus mehrjähriger Beraterarbeit und nicht zuletzt eigene kollektive Erfahrungen unser fachlicher Hintergrund.

Über die jeweilige Problemstellung und über die Euch entstehenden Kosten möchten wir jeweils vorab mit den interessierten Kollektiven verhandeln.

Wenn Ihr Interesse an dem einen oder anderen Beratungsangebot habt, so wendet Euch bitte an Birgit, Hubert oder Joachim von ibek, Zähringerstraße 41, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721-374022.

Münster

Projektwerkstatt gegründet

Die Idee zu einer umfassenden Beratung und Begleitung – auch in politischer Hinsicht – von alternativen Projekten und alternativer Ökonomie wurde im Sozialpädagogischen Bildungswerk (Sobi) und im Netzwerk etwa Mitte 1984 geboren. Der räumliche und personelle Zusammenhang gab den Anstoß. Das Sobi hatte eine AB-Stelle zur Beratung und Betreuung Arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Personen bewilligt bekommen und wollte sie in Richtung Projektberatung ausfüllen. Das Sobi arbeitet seit 1980 als selbstorganisiertes Bildungswerk, bietet hauptsächlich Kurse zu Selbsterfahrung an und hat sein politisches Zuhause in selbstorganisierten Zusammenhängen. Das führte dazu, daß immer mal wieder Leute nach Ende ihres Studiums vorbeikamen und sich erkundigten, wie mache ich einen Verein, wie beantrage ich AB's, wie mache ich mich ABfähig, wie finde ich Leute für meine Projektidee.

Parallel dazu arbeitete das Netzwerk daran, eine Unternehmensberatung zu initiieren, die für die Geldvergabe des Netzwerkes immer wichtiger wurde und im Zusammenhang mit einer Direktkreditvermittlung ausgebaut werden sollte. Gleichzeitig war klar, daß reine Unternehmensberatung nicht die gesamten Anfangsschwierigkeiten von Projekten auffangen kann. Viele Projekte scheitern eher im Vorfeld an gruppendynamischen Problemen, an der Angst vor Verantwortung und Risiko und der Hilflosigkeit, wie denn nun anzufangen sei.

Wir haben dann die Projektwerkstatt als Wochenendreihe entwickelt, um diese Problembereiche aufzunehmen. Sie ist von der Vorstellung einer Beratung auf Gegenseitigkeit getragen, die auf der Grundlage von Erfahrungswissen beruht. Gleichzeitig haben wir versucht, Arbeits- und Umgangsformen, die wir aus Selbsterfahrungsprozessen kennen, mit in die Projektwerkstätten hineinzutragen. Die erste Projektwerkstatt, die wir durchgeführt haben, richtete sich eher an Leute, die sich orientieren wollten. Die Leute aus bestehenden Projektinitiativen mit konkreten Detailfragen kamen ein wenig zu kurz. Im Vordergrund standen Themen wie: was bedeutet Arbeit für mein Selbstwertgefühl, wie bringe ich mich mit meinen Fähigkeiten und Unfähigkeiten in Gruppenstrukturen ein, stimmen meine perspektivischen Vorstellungen mit denen eines selbstorganisierten Projekts überein?

Seither wurde unsere Beratungs- und Betreuungsarbeit weiter ausgebaut:

- Aufgrund unserer Erfahrungen bieten wir jetzt zwei verschiedene Wochenendreihen an: für **Suchende**, die sich orientieren wollen und sich über selbstorganisierte Arbeit noch keine konkreten Gedanken gemacht haben und für **Projektinitiativen** in ihren Anfangsschwierigkeiten und Fragen.
- Daneben organisieren wir Einzelveranstatungen wie: „Chancen selbstorganisierter Projekte"; Informationsabend zur Direktkreditvermittlung ...
- Wir haben eine Kontakt- und Beratungsstelle für Projekte und Gründungen, für existierende Projekte und für Arbeitslose eingerichtet, die sich regen Zulaufs erfreut. Hier werden vor allen Dingen Kultur- und Sozialinitiativen, viele arbeitslose Lehrer und Sozialpädagogen beraten (Münster ist eine Uni-Stadt). Außerdem führen wir hier Vorgespräche für eine detaillierte Unternehmensberatung. Wie auch sonst in Projekten zeigt sich, daß die vielen Ideen sowie auch konzeptionelle Arbeit nicht langfristig ehrenamtlich verwirklicht und gemacht werden können, vieles an Aufarbeitung usw. liegenbleibt.

Projektwerkstatt
Friedrich-Ebert-Str. 125
4400 Münster

Selbstverwaltete Jugendzentren

Regionalberatermodell

Sozialarbeiter im selbstverwalteten Jugendzentrum? Da gibt es schon lange zwei Lager. Die Befürworter erhoffen sich von ihm eine inhaltliche Belebung des Jugendzentrums. Kritiker befürchten das Ende der Selbstverwaltung. In der Tat zeigten Erfahrungen in selbstverwalteten Jugendzentren, daß der Sozialarbeiter durch seinen Informationsvorsprung und seine 40-Stunden-Woche mit der Zeit eine Vormachtstellung erhält. Die Argumente sind bekannt.

Eine Lösung des Problems lief darauf hinaus, einen Sozialarbeiter nicht **in einem** Jugendzentrum, sondern **für mehrere** Jugendzentren anzustellen. Dieses Modell eines „Berater für Jugendzentren" war zwischen August '83 und Juli '85 im Landkreis Merzig Wadern (Saarland) Wirklichkeit. Joachim Selzer war Berater für die Jugendzentren dieses Landkreises. Anstellungsträger war der Dachverband der saarländischen Jugendzentren (VSJS), Dienst- und Fachaufsicht lag auch bei den Jugendzentren. Die Gelder stellte zu 75% der Landkreis zur Verfügung, 25% übernahmen die einzelnen Gemeinden.

Die Arbeiten des Beraters waren vielfältig. Ein Bestandteil war die Informationsarbeit nach innen und außen. Der Berater verfaßte Presseberichte und verschickte Materialien, Termine, Broschüren usw. in die Jugendzentren. Hinzu kam, daß die Beraterstelle nach kurzer Zeit zu einer festen Anlauf- und Verteilerbörse für alle geworden war, die etwas suchten oder benötigten zu Bereichen wie offene Jugendarbeit, Juz-Arbeit, Theater, Video, Kabarett, Film, Musik, KDV, Umweltschutz, Arbeitslosenberatung, Schulabgängerfragen, Sexualität, Geschichte der Juz-Bewegung, Friedensbewegung usw..

Joachim Selzer besuchte regelmäßig die Jugendzentren des Landkreises, sei es zu Vollversammlungen, wegen Einzelgesprächen oder weil er in bestimmten Arbeitsgruppen mitarbeitete. Beispiele für seine Beratertätigkeit schildert Joachim Selzer in einem Zwischenbericht so: „Trouble mit dem Hausmeister, der Gemeindeverwaltung oder den Nachbarn; bei einer VV hats geknallt – mehrere Juzler haben sich in die Haare gekriegt; Schwierigkeiten bei der Kassenführung sind aufgetreten; ein Juz will einen Informationsabend zu KDV-Sachen machen und sucht Referenten, Filme, Materialien, ne Ausstellung oder so. Juz – Beraterarbeit besteht aus vielem Kleinkram, der aber für die Jugendzentren äußerst wichtig ist."

Neben dieser Beratungstätigkeit für einzelne Jugendzentren förderte der Berater auch die Zusammenarbeit der Juzen. Er organisierte die Kreistreffen und gab auch mal inhaltliche Anregungen.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wie AWO, Verwaltungen, Selbsthilfegruppen usw. wurde ein gegenseitiger Informationsfluß aufgebaut und gegenseitige Unterstützung gewährleistet. Der Sozialarbeiter hat sich auch um die Organisation von kreisübergreifenden Veranstaltungen gekümmert, wie Konzert und Theater, eine Berlinfahrt, Filmring, Podiumsdiskussion.

In Einzelfallhilfen kümmerte sich der Berater um Arbeitslosenfragen, Sozialhilfe, Finanzschwierigkeiten, Suchtfragen und anderes.

Die Arbeit von Joachim Selzer hatte die Jugendzentren des Landkreises maßgeblich belebt. Wegen der Anstellung bei den Jugendzentren sahen ihn die Jugendlichen als ihren Sozialarbeiter und akzeptierten seine Arbeit. Im Landkreis Merzig Wadern wurde ein beispielhaftes Konzept der Verbindung von selbstorganisierten Jugendzentren mit professioneller Unterstützung verwirklicht.

Seit Juli '85 gibt es keinen Berater mehr. Das Modell ist vorerst gescheitert. Gescheitert an einer bornierten CDU-Kreistagsmehrheit, die die Finanzierung der Stelle gestoppt hat. Der Stelleninhaber Joachim Selzer war der CDU-Rechten im Landkreis immer schon ein Dorn im Auge. Er arbeitete bei den GRÜNEN und in der Friedensbewegung mit und war politisch stark engagiert. Die CDU befürchtete, er könne die Jugendlichen in den Juzen indoktrinieren. Außerdem konnte sie nie ertragen, daß sie keine Einflußmöglichkeit auf die Arbeit des Sozialarbeiters hatte. Sie forderte eine Weisungsbefugnis der Verwaltung über den Sozialarbeiter. Als das Modell durch die CDU gekippt worden war, gab es massive Proteste von Seiten der Jugendzentren. Eine Kreistagssitzung mußte wegen eines Pfeifkonzerts auf der Zuschauertribüne abgebrochen werden, es fand eine spontane Demo statt, Unterschriften wurden gesammelt u.v.a. Viele andere Gruppen und Organisationen im Saarland solidarisierten sich mit dem VSJS und den Jugendzentren. Sogar das Innenministerium intervenierte. Bis jetzt deutet nichts darauf hin, daß von der CDU ein Einlenken zu erwarten ist, im Gegenteil, sie lehnt jedes Gespräch mit dem VSJS ab.

Joachim

Anzeige

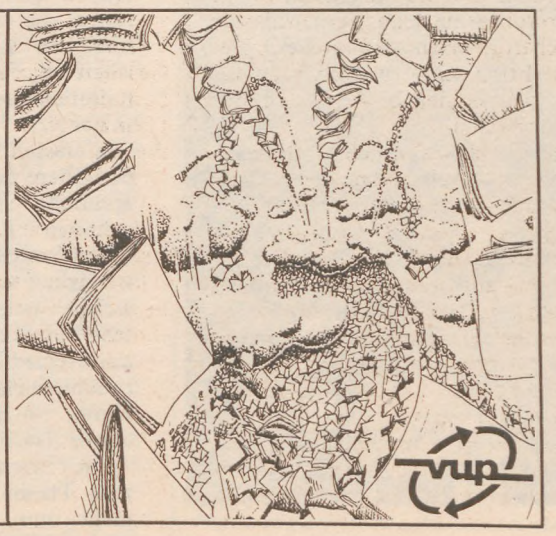
KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR
ALFRED & KLAUS

Sondertarife
Unfall-Versicherung
für genossenschaftliche
Betriebe

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe,
Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211-281091 (10-15 Uhr)

Anzeige

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier
Briefumschläge
Versandtaschen
Briefpapier
Selbstklebende Etiketten
Cartoon-Kalender 86
Jahresplaner 86
Computerpapier
Schreibunterlage 60 × 42
...und vieles mehr
Katalog anfordern
(3 DM in Briefmarken)
blätterwald eG
Postfach 5129,
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171 / 78011



STADTBUCH TÜBINGEN

Tübingen – Vergangenheit und Gegenwart
Initiativen, Tips, Kneipen, Adressen
200 Seiten, Preis 12,- DM
gültig für 1986

Ab 16.12.85

TÜTE
Tübinger Termine Verlags GmbH

zu bestellen bei:
Stadtmagazin TÜTE
– Stadtbuch –
7400 Tübingen
Rümelinstr. 8
Einzelbestellungen gegen Vorabüberweisung von 12,- DM + 4,- DM Porto auf KSK Tübingen 223193 BLZ 641 500 20

50 Berater folgten der Einladung des ZERP

BERATERFORTBILDUNG

Das „Projekt Selbstverwaltung und Recht" am Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP) hatte am vorletzten Oktoberwochenende nach Göttingen zu einer Tagung für alternative Betriebsberater und solche, die sowas vorhaben, eingeladen.

Obwohl nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern nur in einem Rundbrief an Netzwerke, Berater usw. in geringer Auflage verschickt, war das Echo umwerfend: nach kurzer Zeit mußte die Teilnehmerliste geschlossen werden, da der Andrang zu groß war.

Qualifizierung

Es ging natürlich nicht *nur* um Wissensvermittlung, obwohl der Titel „Beraterfortbildung" schon sehr danach klingt. Im Bereich „Handwerksordnung" allerdings gibt's wenig zu diskutieren; hier muß jeder Berater gewisse Grundlagen einfach parat haben, sonst scheitern Projekte an einfachsten Problemen. Eine andere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit den Möglichkeiten der Direktkreditvermittlung; hier muß man/frau schon wissen, was das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen von derartigen Aktivitäten hält. Ein paar technische Qualifikationen, wie das Abwickeln von Beratungszuschüssen sind für die Praxis schon hilfreich. Je eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich dazu in Bezug auf Hessen- und Bundeszuschüsse.

Obwohl nicht ganz das Thema, kam bei der AG „Wirtschaftlichkeitskonzepte" auch die Frage nach der Gruppendynamik als Arbeitsgebiet für Berater auf. Ausgehend von der Erfahrung, daß viele Projekte nicht wegen ökonomischer Probleme kaputt gehen, sondern weil sie „nicht mehr miteinander können" ist die Forderung nach Supervision als Tätigkeitsfeld für Berater durchaus legitim. Allerdings geht das auch daneben, wenn das „nicht mehr miteinander können" aus anderen Grundlagen herrührt, wie z.B. verschiedene lebenshistorische Entwürfe oder andere politische Zielsetzung. Damit ist ein zentraler Punkt unseres Beraterselbstverständnisses angesprochen, was auch laufend auf der Tagung thematisiert worden ist.

Politisches Selbstverständnis

Daß alternative Berater nicht die Funktion haben, „lokale Beschäftigungsinitiativen" zu sponsern – (sowas versteht die SPD gerne unter „alternativ"), sondern die Ziele Selbstverwaltung, naturverträgliche Produktion und Sinngehalt bei der Arbeit zu verfolgen, war jedem klar. Fraglich war lediglich, ob die Gefahr, zum Dienstleister für die „neuen Selbständigen" zu verkommen als eigenes Arbeitsgruppenthema zu behandeln sei, oder ob diese schleichende Tendenz letztlich bei jedem Thema mit einzubeziehen sei. Neben der politischen Grundsatzfrage, *für wen* wir unsere Arbeit zur Verfügung stellen, ist natürlich zu hinterfragen, *für was* wir überhaupt tätig sind. Geht es um die Aufrechterhaltung des Lebens- und Arbeitsraumes für eine „Minderheitenkultur", für Absicherung von Existenzen der sog. Szene, soll lediglich der Verelendung einiger Gesellschaftsbereiche entgegengearbeitet werden oder sollen modellhaft neue Formen von Arbeit und Leben entwickelt werden, die geeignet sind eine Transformation des kapitalistischen Industriesystems in die Wege zu leiten. Daß durch Ausweitung der „Szene" der Kapitalismus nicht usurpiert werden kann, ist jedem klar, aber trotzdem ist das Verhältnis zwischen Lobbyarbeit und „politischem Kampf" nicht eindeutig.

Es gibt noch eine Position dazwischen, die die Lobbyarbeit unter dem Gesichtspunkt der Absicherung politischer Arbeit durch Gewährleistung der ökonomischen Basis von Aktivisten sieht. Dabei ist das Kriteritum, möglichst viel Kohle aus einem Projekt mit möglichst wenig Zeit- und Arbeitsaufwand zu erzielen, um einerseits genug Zeit für Politik zu haben und auch für Repressalien weniger anfällig zu sein, als beispielsweise ein Lehrer im öffentlichen Dienst.

Daß letztlich allen Beratern vorgeworfen werden kann, sie würden durch ihre Arbeit den Ablauf von Randbereichen in der Gesellschaft organisieren, die ansonsten ihren kapitalistischen Gang geht, kann nicht bestritten werden. Es ist nur einzuwenden, daß es zum einen schon immer leicht war, das Fernziel (Sozialismus) gegen das Nahziel (sinnvolle Arbeit, menschlich befriedigende Strukturen) auszuspielen. Zum anderen läßt sich hinter derartigen Vorwürfen auch leicht die „hilflose Kapitalismuskritik" (Wagner) der Verelendungstheorie erblicken, nach dem Motto: jetzt hätten wir endlich mal bald genug Leute, denen es so dreckig geht, daß sie eine Revolte vom Zaun brechen und Ihr schickt sie in Projekte... Ich denke, mit „Kaputtheit" ist keine Politik zu machen. Daß die bürgerliche Gesellschaft Ort von beidem, Emanzipation und Entzweiung ist, hat schon J. Ritter in seiner Interpretation von Hegels politischen Schriften bemerkt. Andererseits ist in der Selbstverwaltungswirtschaft der Mensch nicht auf den Status der Produktion und Konsumption beschränkt, wie in der modernen Wirtschaftsgesellschaft. Das war mehr tragender Konsens als expliziter Punkt der Diskussion auf der Tagung. Es geht auch nicht darum, diese Dinge in schlauen Papieren abzuhandeln, oder gar auf einer Tagung „auszudiskutieren". Wichtig ist vielmehr, daß Fragen der politischen Orientierung vorrangig bei Qualifizierungs, Vernetzungs- und Alltagsprozessen der Beratungstätigkeit mit behandelt werden.

Der Rahmen von Fortbildungstagungen für Berater, wie ihn ZERP organisiert hat, ist dafür sicher geeignet und es ist erfreulich zu hören, daß für die Vorbereitung einer weiteren Tagung im Frühjahr bereits jetzt Konzepte und Vorbereitungspapiere gesammelt werden.

Ebenso erfreulich ist, daß die Frage nach Beratungsstrukturen für Alternativ-Projekte auch von halb-staatlichen Trägern wie dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) Am Stockborn 5–7 in 6000 Frankfurt 50 aufgegriffen wird. Das Referat Fortbildung veranstaltet dort vom 3.3.–5.3.86 eine Tagung dazu, die auch auf Anregungen der Netzwerker (Bremen, Franken, Bonn u.a.) zurückgeht, als dort mit Behördenvertretern über Finanzierung selbstverwalteter Betriebe diskutiert wurde (CONTRASTE berichtete).

Arno

PROJEKT SELBSTVERWALTUNG & RECHT

Vom 25. bis 27.10 fand die erste durch uns organisierte „Fortbildung von Beraterinnen und Beratern selbstverwalteter Betriebe und Projekte" statt. Anlaß genug, über Ziele und Aktivitäten des „PROJEKTS SELBSTVERWALTUNG & RECHT" (PSR) in der CONTRASTE zu berichten:

PSR – das sind wir: drei Frauen, eine Sekretärin und zwei Juristinnen – die seit Anfang Januar 85 am ZERP (Zentrum für Europäische Rechtspolitik) in Bremen arbeiten. Finanziert durch den Europäischen Sozialfonds, ist unsere Aufgabe, zur Weiterqualifizierung von Beratern beizutragen – im EG-Jargon heißt das: „Aufbau eines Unterstützungsprojekts für Entwicklungsberater örtlicher Beschäftigungsinitiativen".

Was der EG in diesem Fall teuer ist, kann uns nur recht sein... Beraterfortbildung beinhaltet für uns nicht allein, juristisches Wissen zu vermitteln und Informations- und Beratungsstelle für juristische Fragen zu sein, sondern ebenso einen Rahmen für Informations- und Erfahrungsaustausch zu bieten, mit anderen Beratern und Beraterinnen neue Ideen auszuhecken. Uns geht es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte – dabei setzen wir auf der Ebene des „Beratungswesens" an.

Drei Arbeitsschwerpunkte haben sich bei uns herausgebildet.

1. Informations- und Dokumentationsstelle

Wir sammeln nicht nur Verwaltungs-, Gerichtsentscheidungen und Literatur, die für die Selbstverwaltung relevant sind, sondern recherchieren auch bei den entscheidenden Instanzen und den Meinungsmachern (Handwerkskammer, Behörden, Verbänden, Parteien, Forschungseinrichtungen etc.). Als Juristinnen verfolgen wir insbesondere auch Rechtsentwicklungen.

Auf Anfrage können wir zu bestimmten Themen aus dem Sozial-, Gewerbe-, Gesellschafts-, Vereinsrecht usw. Literatur angeben bzw. dient uns die Materialsammlung für unsere weiteren Schwerpunkte.

2. Beratung

Rechtsberatung in Einzelfällen können und dürfen wir nicht leisten. Wir betreuen keine einzelnen Betriebe oder Projekte, sondern erarbeiten Gutachten, Stellungnahmen und Entwürfe für einzelne Berater und Beraterinnen zu eher übergeordneten rechtlichen Themen aus der Selbstverwaltung. So beschäftigen wir uns z.B. mit Grenzen und Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung von Vereinen, Eignung des Vereins als kapitalneutralisierender Instanz, den rechtlichen Anforderungen, um ein Handwerk zu betreiben, der Stillen Gesellschaft als Finanzierungsinstrument, Alternativen zur Sozialversicherung...ABM, den Gemeinnützigkeitsvoraussetzungen etc.

Nur – die eigentlichen Fragen der Selbstverwaltung können nicht rechtlich beantwortet werden. Zum einen sind die Probleme hauptsächlich sozialer, wirtschaftlicher und politischer Natur. Zum anderen stellt sich gerade die Rechtsordnung besonders sperrig gegen kollektive Entscheidungs- und Eigentumsstrukturen. Entsprechend fantasievoll, doch gleichermaßen juristisch-solide, müssen wir mit ihr umgehen. Es bleibt nicht aus, daß wir auch als „Meinungsmacherinnen" für rechtspolitische Schritte auftreten (z.B. Vorschläge für Gesetzesinitiativen zu entwickeln). Eine solche Rolle bringt zwar Spaß, aber sie ist nur dadurch produktiv, daß wir die gewisse" Rückkopplung in der „Szene" (Netzwerk, BiS in Bremen) funktioniert und weil wir auch zu diesen Fragen mit anderen Beratern zusammenarbeiten.

3. Forum für Weiterbildung und Austausch

Die Beraterfortbildungen sind der „Umschlagsplatz" von Wissen, Erfahrungen und Informationen. Zugleich sind sie schlicht Treffen, an denen frau und man sich mal wiedersieht – und auf denen Diskussionen geführt werden: Von der Finanzierung über Fachthemen bis hin zum politischen Selbstverständnis von Beratung. Beide Seiten der Medaille, die professionelle und politische, sind auf dem ersten Seminar zum Zuge gekommen – und das ist gut so. Wir haben nicht vor, zum Trainingsinstitut für Berater der NEUen Selbständigen zu werden! Das nächste Beraterseminar wird übrigens im Februar oder März stattfinden.

Wir bereiten die Fortbildungen inhaltlich durch die Herausgabe von Rundbriefen vor und nach. Gleichzeitig dokumentieren wir in ihnen unsere Beratungsarbeit, d.h. wir veröffentlichen Stellungnahmen zu den Themen, die als Anfragen seitens der Berater an uns herangetragen werden. Wir wollen darüber auch verstärkt aktuelle Informationen bereitstellen (Finanzierungstöpfe, wichtige Gerichtsentscheidungen u.v.a.m.). Zudem hoffen wir, daß wir den Rundbrief auch mit Beiträgen aus der Beraterszene füllen können. Langfristig könnte er sich so zu einer Art Fachzeitschrift für die Beratungsarbeit in selbstverwalteten Betrieben und Projekten entwickeln.

Im Juli ist die erste Ausgabe erschienen, die wir an alle uns bekannte Berater und Beraterinnen, den Netzwerken und an die Wissenschaftsläden verschickt haben. Im Dezember wird die Nr. 2 mit der Aufarbeitung des Seminars in Göttingen herauskommen.

Wer Interesse daran hat, möge sich an uns wenden: PROJEKT SELBSTVERWALTUNG & RECHT, ZERP, Universitätsallee GW 1, 2800 Bremen 33 Telefon (0421) 218-28 28, 28 29.

Annegret Bötel, Gertrud Janzer-Bertzbach, Helga Zeug

BiS-Treffen in Drübberholz

in Drübberholz

BiS-TREFFEN

Red. Bremen **Vom 15. - 17.11. traf sich zum zweiten Mal in diesem Jahr die Arbeitsgemeinschaft Bremer Betriebe in Selbstverwaltung (BiS), um in Arbeitsgruppen über gemeinsame Probleme und Zielsetzungen zu diskutieren. Rund 35 Selbstverwalter/innen machten sich Gedanken über das Selbstverständnis von selbstverwalteten Betrieben, Staatsknete, Hierarchiestrukturen, Ausbildung und Altersversorgung.**

Allerdings selbst nach zwei Wochen fehlt so mancher/em Teilnehmer/in noch so die richtige Einschätzung über den Erfolg. Vielleicht waren auch die Motivationen für dieses Treffen zu unterschiedlich. Ging es einigen darum, sich nur mal in Ruhe austauschen zu können, fanden sich andererseits Vertreter/innen, die einen festeren, organisatorischen Zusammenschluß befürworteten, als auch eine engere Kriterienauswahl für die Mitarbeit in der BiS.

Interessant war es allemal, insbesondere die Diskussion über hierarchische Strukturen in selbstverwalteten Betrieben. Trotz aller Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit von Kollektivmitgliedern weisen viele Betriebe „hierarchische" Strukturen auf, bedingt durch unterschiedliche Sozialisation, unterschiedliches Einbringen im Kollektiv, unterschiedliche Arbeitsbereiche (informelle „Hierarchie"*).

Auch wichtig war die Diskussion zum Thema Staatsknete, worunter nicht nur irgendwelche Ländergelder, sondern genauso ABM, Arbeitslosengeld, BaföG usw. gefaßt wurden. Was selbstverwalteten Betrieben einerseits vorenthalten wird, holt man sich andererseits auf anderem Wege. Von daher war das Thema Staatsknete kaum als Problem anzusehen. Jedoch unterschiedlichste Firmenkonstruktionen führen zu verschiedenen Möglichkeiten, „Staatsknete" zu bekommen. Deutlich wurde an diesem Punkt, daß dieses zu unterschiedlichen Betriebskalkulationen führen kann. Auf dem Markt bedeutet das: verschärfte Konkurrenz, es sei denn, man findet Wege und Möglichkeiten, diese Konkurrenz durch Kooperation aufzuheben. Das ist allerdings nicht immer einfach und führte bereits vor einigen Wochen zu einer Schlichtungssitzung innerhalb der BiS.

Mit Spannung erwartet, doch nervig lang die Diskussion zum Selbstverständnis der Betriebe. Was ist „Selbstverwaltung", stellen selbstverwaltete Betriebe Jobber ein? In Ausnahmefällen ja, war die Antwort, jedoch mit Regelmäßigkeit nein. Nach stundenlanger Diskussion, die immerhin eine Mehrheit durchhielt, gab es dann ein paar Kriterien. Was die Arbeitsgruppen Frauen, Altersversorgung und Ausbildung gebracht haben, wird im nächsten BiS-Rundbrief zu lesen sein. Eine Auswertung gab es noch nicht.

Zusammenfassend war es ein nettes Treffen, aber es fehlten Power und Ideen. Es bleibt zu hoffen, daß der Jahreswechsel beides noch bringt. Auch wenn die Erwartungshaltungen manches/er Teilnehmers/in vielleicht nicht erfüllt wurden, die BiS hat bestimmt noch Biß!?

Harald Deerberg

* unter Hierarchie möchte ich hier informelle und durch Persönlichkeit geprägte Rangordnungen verstanden wissen, nicht Machtstrukturen, auch wenn es hier in der AG andere Auffassungen geben mag.

Wer den Rundbrief 15 der BiS haben möchte (zugleich Tagungsreader), kann diesen bestellen beim Lagerhaus-Cafe, AG Öffentlichkeit, Schildstr. 12-19, 2800 Bremen 1. Bitte 5 DM in Briefmarken beifügen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Grüne Initiative „zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft"

»Ein Haufen Arbeit«

Ende Oktober trafen sich auf Einladung der GRÜNEN in Bonn etwa 15 „Experten" und „Expertinnen" aus dem Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft. Die Arbeitsgruppe „Selbstverwaltungswirtschaft/Alternative Ökonomie der GRÜNEN Bundestagsfraktion hatte hierzu einen „Rohentwurf", d.h. Vorschläge für parlamentarische Initiativen „zur Förderung der Selbstverwaltungswirtschaft" vorgelegt. Der bestand aus zwei Teilen:

– Einem Vorschlag für eine **eigene Rechtsform** für selbstverwaltete Betriebe, d.h. eine „alternative Betriebsverfassung", genannt Gemeinschaftsbetriebsgesetz".

– Vorschlägen für Veränderungen der **Rahmenbedingungen**, d.h. Änderungen im Steuer- und Subventionsrecht und im Arbeitsförderungsgesetz; Errichtung von Beratungsstellen, u.a.m..

Die Stellungnahmen der „Fachleute" lassen sich etwa so zusammenfassen:

1. Ein neues Gesetz für eine alternative Betriebsverfassung („**Gemeinschaftsbetriebsgesetz**") ist zur Zeit nicht angesagt: die existierenden Rechtsformen (v.a. GmbH, Verein, GBR) reichen beim derzeitigen Stand der politischen Diskussion und der Vernetzung der Betriebe sowie für die derzeitigen Betriebsgrößen aus.

Aktuell angebrachter sind Korrekturen im Genossenschaftsgesetz, damit diese Rechtsform attraktiver und aktzeptabel gemacht wird.

Daneben ist allerdings eine längerfristige politische Diskussion nötig über Ansprüche und Strukturen (auch Rechtsstrukturen) selbstverwalteter Betriebe, über Regelungsmöglichkeiten der Kapitalneutralisierung und der Sozialbindung des Betriebsvermögens, über den Charakter (und die Abschaffung?) der Lohnarbeit in selbstverwalteten Betrieben, über arbeits- und sozialrechtliche Bedingungen u.a.m. – dies alles eventuell mit dem Ziel einer „Mustersatzung" oder einer späteren gesetzlichen Normierung.

2. Die Verbesserung der **Rahmenbedingungen** wird allgemein für vordringlicher gehalten. Mehrere Vorschläge wurden konkretisiert: Änderung der ERP-Richtlinien; Ausdehnung der Mittelstandsprogramme auf selbstverwaltete Betriebe; Änderung der Handwerksordnung; u.a.m..

Einige der bei der Anhörung erörterten Vorschläge wurden bereits vor längerer Zeit – zum Teil mehrfach – von den GRÜNEN im Bundestag eingebracht: so die Erhöhung der ERP-Mittel für Betriebsgründungsberatung und die Ausdehnung auf kooperative Betriebe; Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes auf Fortzahlung von Arbeitslosenunterstützung bei Gründung eines selbstverwalteten Betriebes.

Hiernach stellen sich für die GRÜNEN jetzt zwei Aufgaben:

– Aus dem bisherigen Diskussionsstand werden **kurzfristig** parlamentarische Anträge entwickelt, die auf unmittelbare, kleine Verbesserungen und Erleichterungen für die selbstverwalteten Betriebe abzielen und die gewisse Chancen zur Realisierung, zumindest aber Signalfunktion und Mobilisierungseffekte haben: Änderungen im Genossenschaftsgesetz, in der Handwerksordnung und in den ERP-Richtlinien.

– Daneben aber – und damit – muß **langfristig** eine politische Debatte über Ansprüche und Struktur, über Stellenwert und Perspektive der Selbstverwaltungswirtschaft entfacht werden, um Antworten auf die zur Zeit noch offenen oder kontroversen Fragen zu bekommen.

Zielen muß diese Debatte gleichermaßen auf die sog. **Öffentlichkeit** (und damit auch auf jenen Teil der Linken, der durch die augenblickliche Reform-Propaganda-Offensive der SPD „re-integriert" werden soll), auf die GRÜNE Partei (wo vor der Bundestagswahl im Januar 1987 wichtige Klärungsprozesse – gerade in wirtschaftspolitischen Fragen – stattgefunden haben müssen) wie auf die **selbstverwalteten Betriebe**, auf Netzwerke, Ökobanker, alternative Betriebsberater/innen und Fachleute (wo es insgesamt noch nicht gelungen ist, eine qualitative Konsolidierung auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene zu erreichen: den Umarmungs- und Vereinnahmungsversuchen der Staatsparteien sowie den Gefahren der „Betriebs-Transformation" (zu herkömmlichen Betrieben) lassen sich eigene, verbindliche Kriterien und Strukturen einer „Selbstverwaltungswirtschaft" noch nicht entgegensetzen.

Ein Haufen Arbeit!

Aber für alle, meine ich. Denn ich gehe doch richtig in der Annahme, daß es 1986/87 nicht nur um die Wiederwahl einer kleinen Partei geht, sondern um die Chance, bestimmte **Inhalte** nicht rabiat und für längere Zeit von der politischen Bildfläche verschwinden zu sehen – es sei denn mensch gibt sich mit Reform-Surrogaten wie „Arbeit und Umwelt", „ökologische Modernisierung", „Selbsthilfe statt staatlicher Bevormundung" u.ä. Neuschöpfungen zufrieden.

Wer Informationen über die GRÜNEN Initiativen haben oder wer sich gar aktiv an der Arbeit beteiligen will, wende sich an

DIE GRÜNEN IM BUNDESTAG
Arbeitsgruppe „Selbstverwaltungswirtschaft/Alternative Ökonomie"
Bundeshaus
53 Bonn 1
Tel. 0228-16 74 62, -35 29 27, -16 92 55

M.R.

Ende Oktober '85 in Bonn:
Treffen des „Forums Selbsthilfegruppen" mit den GRÜNEN

Statt Zugeständnissen nur »Hausaufgaben«

Begonnen hatte es damit, daß die Stiftung Mitarbeit sich als Forum für Selbsthilfegruppen anbot. Ein Forum, auf dem Selbsthilfegruppen und Parteien miteinander in Kontakt treten können und das den Gruppen die Möglichkeit bietet, ihre Forderungen, ihre Wünsche den Politikern direkt vorzutragen.

Das erste Treffen dieser Art fand Februar mit der SPD in Bonn statt. Eingeladen waren dieselben Gruppen wie auf dem Forum im Oktober mit den GRÜNEN, da die Stiftung Mitarbeit der Meinung ist, daß eine Kontinuität gegeben sein müsse.

Teilnehmer dieses Forums waren: Aktion junger Mensch in Not, Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren, BAG der freien Gruppen in der Straffälligenarbeit, IAG sozialer Brennpunkte Hessen e.V., DAG, Interessenverband für Unfallgeschädigte und Sozialleistungsempfänger, Graue Panther und AG Spak.

Das Treffen mit den GRÜNEN fand am Abend in der Parlamentarischen Gesellschaft statt. Es wurde darüber diskutiert, welche Funktionen, welche Wirkungen Selbsthilfegruppen für die Politik haben sollen und können und welche Forderungen sich daraus ableiten. Einigkeit bestand darin, daß die Gruppen sich nicht als Entlastung für den Staat begreifen wollen, sondern sich als Modell für eine andere, selbstbestimmte Sozialpolitik verstehen. Sie gehen davon aus, daß sie als Selbsthilfegruppen die „Ganzheitlichkeit" des Einzelnen in den Vordergrund rücken und nicht, wie es in den vorherrschenden, institutionalisierten Einrichtungen geschieht, die Bedürfnisse des Einzelnen den Strukturen anpassen. Weiter verstehen sie Selbsthilfe als Kritik an der gegenwärtigen Sozialpolitik, da sie Mängel aufzeigt, auf jene die Politik nicht in ausreichendem Maße reagiert. Daraus leiten sie die Forderung ab, daß der Staat seine eigenen Kritiker finanzieren muß, da nur durch Gegenpole und unterschiedliche Positionen Entwicklungen möglich sind. Diese Finanzierung sollte so erfolgen, daß der Staat einen festen Etat in Form eines Pools einrichtet, aus dem dann die Gruppen finanziert werden. Dieser Pool soll autonom von den Gruppen verwaltet sein. Ferner forderten die sozio-kulturellen Zentren die Anerkennung als Kulturträger und eine sich daraus ergebende gleichberechtigte Förderung. IfUS und IAG betonten die Notwendigkeit, das sozio-kulturelle Existenzminimum politisch durchzusetzen und damit verbunden der Wegfall der Unterhaltsverpflichtung und die Streichung der §§ 18,19 im BSHG (Pflichtarbeit). Dieses Mindesteinkommen soll dem Einzelnen die finanzielle Grundlage bieten, sein Leben selbst zu bestimmen, das heißt für den Behinderten, selbst zu entscheiden wie und wo er leben will und welche Form der Pflege er für sich wählt. Weiter sollen unabhängige Beratungsstellen eingerichtet werden, das meint, weg vom Träger (Sozialamt, Krankenkasse ...), um damit die volle Ausschöpfung der bestehenden Sozialgesetze zu gewährleisten. Damit verbunden sollen Schiedsstellen eingerichtet werden (Beispiel Holland), da gegenwärtig Verfahren jahrelang laufen bis sich daraus ein Rechtsanspruch ergibt. Gemeinsam wurde erarbeitet, daß in der gegenwärtigen Situation darauf gedrängt werden muß, daß die bestehenden Gesetze, gemeint BSHG, konkret durchgesetzt werden, das meint, daß nicht aufgrund von Sparmaßnahmen mangelhaft beraten wird, der Einzelne somit Sozialleistungen nicht in vollem Umfange erhält und dadurch Subsidiarität unterlaufen wird. Ferner sollen Initiativen/Modelle in politischen Entscheidungen mitberücksichtigt und die Selbstbeteiligung von Betroffenen soll in den bestehenden Einrichtungen erweitert werden.

Die GRÜNEN stellten zu Beginn des Treffens ihre Position gegenüber Selbsthilfegruppen vor. Für sie sichern Selbsthilfegruppen emanzipatorische Ansätze, sie bieten dem/der Bürger/in die Möglichkeit, selbstbestimmt, autonom auf dezentraler Ebene zu arbeiten. Das heißt für die GRÜNEN weniger Staat. Die Aufgabe der Politik besteht ihrer Meinung nach darin, daß sie Strukturen schafft, die Selbsthilfe möglich und durchführbar macht. Also Bereitstellung von Geldern, Änderung des BHSG's, Einführung des sozio-kulturellen Existenzminimums. ... Diese Position bestimmt auch die Reaktion der GRÜNEN auf die vorgetragenen Forderungen. Sie forderten die Gruppen auf, ihre Punkte konkret zu formulieren und sie gemeinsam mit ihnen „parlamentsreif" auszuarbeiten. Diese Antwort der GRÜNEN war für einige enttäuschend, da keine Zugeständnisse, Versprechungen gemacht, sondern „Hausaufgaben" verteilt wurden.

April '86 will die Stiftung Mitarbeit ein Forum mit der CDU vorbereiten, dem anschließend eines mit der Gewerkschaft folgen soll.

Ich möchte noch anmerken, daß unter den anwesenden Gruppen überwiegend Zusammenschlüsse von sozialpolitischen Initiativen/Gruppen waren, die nach meinem Verständnis keine Selbsthilfegruppen sind. Es wäre zu überlegen, inwieweit dieses Forum „etablierten Verbänden" überlassen wird und ob sich nicht mehr interessierte Selbsthilfegruppen an diesem beteiligen wollen.

Zu fragen ist auch, inwieweit Selbsthilfegruppen eine Stiftung Mitarbeit benötigen und ob sie nicht aufgrund ihres Selbstverständnisses aufgefordert sind, solche Foren selbst einzurichten, da auch die Gefahr besteht, daß Parteien nur die an den Treffen beteiligten Gruppen in ihren „Entscheidungsprozeß" miteinbeziehen.

Weiter ist zu bedenken, inwiefern die Stiftung Mitarbeit sich durch ihr Angebot an die Gruppen das Recht erwirbt, als Sprachrohr aufzutreten und sich dadurch etabliert.

Elisabeth Kraft

Jetzt abonnieren – bevor es zu spät ist!

Der Szene größtes Sorgenkind: die taz

Genauso sicher, wie das jährliche Weihnachtsfest ist in den letzen Jahren auch das winterliche Finanzloch in der TAZ, der linken, radikalen Tageszeitung. Doch dieses Jahr bahnt sich eine Wende an. Entweder es gelingt eine nachhaltige Konsolidierung – über einen Abo-Schub – oder die TAZ geht unter – in ihrer Finanzmisere. Ich will mir gar keine Mühe geben, Verständnis für die schwierige Lage der TAZ zu wecken oder gar das Bild der TAZ zu beschönigen. Es gibt sicher hundert Gründe, die gegen die Zeitung sprechen. Aber wollen wir ernsthaft per „Abstimmung am Kiosk bzw. durch Abonnenment" die TAZ aus der Medienlandschaft kippen? Etwa in gleicher Weise, wie die Bild-Zeitung aus der hohen Auflage ihre Legitimation für ihren Sensationsjournalismus zieht? Die TAZ ist ein notwendiges, wenn nicht unverzichtbares Medium für die Diskussion in der Linken und für den alltäglichen Informationsfluß. Wenn die TAZ so schlecht ist, dann liegt das auch daran, daß wir, die zahlreichen Kritiker, unserer Kritik nicht genügend Nachdruck verleihen. Und diese Kritik nicht ausreichend in die Zeitung hineintragen.

Also: Jetzt abonnieren – denn nächstes Jahr ist es (vielleicht) zu spät – und keiner soll sagen, er/sie habe das nicht gewollt. Diejenigen, die schon abonniert haben, sollten sich mal überlegen, ob sie nicht eines der zahlreichen Knastabos übernehmen wollen. Und schließlich ist der Trend zum Zweit-Abo in Betrieben, Projekten und Wohngemeinschaften unbedingt angesagt. Oder vielleicht auch öfter mal eine Anzeige schalten. Kurzum: nicht länger nur rumärgern, sondern abonnieren und mitmischen.

An: taz-Abo, Wattstr.11-12, 1000 Berlin 65

Ich abonniere die tageszeitung

zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.
Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Zahlungszeitraum:

zutreffendes bitte ankreuzen!

○ monatlich: DM 27.- **nur** über Einzugsermächtigung oder Scheck
○ vierteljährlich: DM 81.-
○ halbjährlich: DM 162.-
○ jährlich: DM 324.-

Bei Verschickung ins Ausland berechnen wir zusätzlich Mehrporto.

Name / Adresse (des Empfängers):

ZAHLUNGSWEISE
zutreffendes bitte ankreuzen

○ **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden. Dafür erhalte ich folgende Ermäßigung:

Vierteljahresabo	2,50 DM
Halbjahresabo	5,00 DM
Jahresabo	10,00 DM

Kontoinhaber:
Geldinst.:
Konto-Nr.:
BLZ.:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Unterschrift:

○ **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
○ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

BERLIN: 9./10. NOVEMBER

BUNDESTREFFEN DER NETZWERKE

Red. Bremen **„Die Alternativen gründen ihre erste Bank" – schreibt die Frankfurter Rundschau vom 11.11.1985, und die taz fragt am selben Tag: „Wohin galoppiert die Wildsau?" Eine Standortbestimmung der Netzwerke war angesagt, und hierfür trafen sich Vertreterinnen und Vertreter von 14 der insgesamt 32 Netzwerke aus Westberlin und der Bundesrepublik. Es gab ein widersprüchliches Bild über Entwicklungen und Schwerpunkte in den einzelnen Städten und Regionen; aber trotz mancherorts stagnierender oder zurückgehender Mitgliederzahlen und der Erschließung anderer Finanzquellen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte waren sich alle einig: Die Netzwerke braucht's weiterhin, wenn auch mit einer Aufgabenverschiebung weg von der reinen Geldvergabestelle.**

Die ca. 40 Anwesenden teilten sich in vier Arbeitsgruppen auf, deren Ergebnisse nachstehnd kurz zusammengefaßt sind.

In der **AG Kreditvermittlung** berichteten die Profis von den Berliner „STATTwerken" über den am weitesten fortgeschrittenen Stand ihrer Kreditvermittlung, wobei die schon bekannten Informationen (s. November CONTRASTE, S. 10) um zahlreiche finanzwirtschaftlich-technische Details ergänzt wurden. Einmal mehr wurde dabei deutlich, daß zumindest dieser Teil der Netzwerk-Arbeit eine deutliche Professionalisierung erfordert. Dementsprechend wurde angeregt, häufiger Treffen zum Erfahrungsaustausch unter den Kreditvermittlern durchzuführen. Die Netzwerke wurden gebeten, hierfür die organisatorische Arbeit zu übernehmen. Im Frühjahr soll es nach dem Finanzierungskongreß vom 21.-23. November das nächste Treffen geben. Ebenso wurden Fortbildungsmaßnahmen für die Betriebsberater für notwenig gehalten, wobei die Fortführung entsprechender Angebote durch das ZERP (Zentrum für Europäische Rechtspolitik) in Bremen gewünscht wurde.

Die **AG Netzwerk-Arbeit in der Provinz** diskutierte vor allem den Mangel an Erfahrungs- und Informationsaustausch innerhalb der „Provinz-Netzwerke" sowie zwischen ihnen und denen aus den „Metropolen". Es geht darum, den Wissensvorsprung in den Metropolen aufzuholen. Mittel hierfür wären viel mehr Berichte in CONTRASTE, z.B. über Erfahrungen mit der Direktkreditvermittlung, sowie häufigere problemgebundene Fortbildungsmaßnahmen in den einzelnen Regionen. Es wurde angeregt – das soll über das ZERP geschehen – eine Liste von Fachleuten in CONTRASTE zu veröffentlichen, die bei Bedarf eingeladen werden könnten. Allerdings soll es nicht bei einer Fortbildung durch Fachleute alleine bleiben; es wird angestrebt, die Weitergabe von fachlichen Informationen von Projekten an Projekte zu ermöglichen.

Gerade in der Provinz fehlt häufig der richtige Überblick über die Betriebs- und Projekteszene. Wenn bei den Netzwerken an entsprechenden Untersuchungen gearbeitet wird (wie z.B. für Bremen geplant), sollte darüber in CONTRASTE berichtet werden; auch wird die Weitergabe von schon entwickelten Fragebögen für sinnvoll gehalten, damit Doppelarbeit vermieden werden kann, wenn andere Netzwerke gleichartige Untersuchungen betreiben wollen. Die Gründe für z.T. sehr unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Provinz-Netzwerke konnten nicht eindeutig geklärt werden. Das Netzwerk Landsberg z.B. hat in seinem Umfeld relativ wenig Projekte, aber ein paar zentrale Kommunikationsorte und Treffpunkte, wogegen im Bereich des Netzwerks Holstein und Schleswig zahlreiche Projekte arbeiten, die untereinander jedoch viel weniger in Kontakt stehen. Im Norden stagniert die Mitgliederzahl, wogegen die Landsberger einen fulminanten Wachstumsprozeß durchmachten: Vom Sommer 1984 (30 Mitglieder) über Dezember 1984 (80) bis heute (ca. 150 Mitglieder). Es blieb noch offen und darf weiter diskutiert werden, ob's an den Aktiven liegt, an einem Nord-Süd-Mentalitätsgefälle oder am politisch-kulturellen Umfeld.

Mehr Internas wurden in der **Arbeitsgruppe „Netzwerk-Alltag"** besprochen. Ein Schwerpunkt war die Problematik der (meist über ABM) bezahlten Netzwerker/innen. Die Einrichtung solcher Stellen war fast durchgängig aus dem Interesse an größerer Kontinuität und Professionalisierung der Netzwerk-Arbeit entstanden. Beides wurde in der Regel auch erreicht, dafür wurden jedoch auch einige Probleme eingekauft: Wie halten wir's mit dem (Netzwerk-Einheits-?) Lohn?; Was geschieht bei Konflikten zwischen Ehrenamtlichen und Bezahlten? (Extreme: Bei den einen muß der ehrenamtliche Vorstand bezahlte Netzwerker ständig anhalten, gemeinsam gefaßte Beschlüsse umzusetzen; bei anderen schafft es der Vorstand kaum, einen Bezahlten von nicht diskutierten Alleingängen abzuhalten.) Durchgängig war zu beobachten, daß an die Bezahlten höhere Erwartungen gestellt wurden, was die Gefahr heraufbeschwört, daß die Ehrenamtlichen sich langsam zurückziehen und dann die gesamte Netzwerk-Arbeit in Frage gestellt wird, wenn die Stellen auslaufen. Allerdings wurde auch deutlich, daß viele Konflikte ganz schlicht in den konkreten Personen begründet liegen; und wenn sich manche einfach nicht leiden können oder eine merkwürdige Satzung wie in Köln den Ausschluß der Bezahlten aus Entscheidungen bedeutet, können Konflikte nicht ausbleiben.

Die Anwesenden einigten sich auf die generelle Empfehlung, auf eine angemessene Arbeits(ver)teilung zu achten, vor der Einrichtung bezahlter Stellen klare Zuständigkeiten zu überlegen und vor allem genügend Raum und auch Routinearbeiten für die Ehrenamtlichen zu bewahren. Auf dem nächsten Bundestreffen (beim Netzwerk Bodensee/Oberschwaben oder in Düsseldorf) wird diese Problematik erneut diskutiert.

Ein zweiter Schwerpunkt dieser AG war die Öffentlichkeitsarbeit, die durchgängig verstärkt werden muß. Dabei ging's um zweierlei: Werbung von Mitgliedern und Gewinnung neuer Aktiver. Trotz der Erschließung neuer Finanzquellen werden Netzwerk-Gelder weiterhin für viele Projekte wichtig sein, vor allem für die (z.B. politische Projekte), die keine Chancen auf andere Fremdmittel haben. Auch wenn die Ausweitung von Netzwerk-Aktivitäten (in Beratungen, Politikkontakte, Bildungsveranstaltungen etc.) auch ohne zusätzliche Zahl-Mitglieder möglich ist, soll daher die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit verstärkt werden. Bundesweit ist dabei an ein Artikel-serie in der taz gedacht sowie an eine Netzwerk-Theater-Tournee im nächsten Jahr, quer durch die Republik, wofür sich zwei Leute aus Berlin bzw. Frankfurt die notwendigen Gedanken machen wollen.

Fast größer ist jedoch das Problem, neue Aktive zu gewinnen. Inzwischen erfordert die Netzwerk-Arbeit häufig viel Fachwissen und Durchblick durch die örtliche/regionale Szene, sodaß ein Einstieg in die laufende Arbeit für Neue sehr schwierig wird. Es wurde angeregt, diese Einarbeitungsprobleme dadruch anzugehen, daß neue Aktive zunächst an konkreten, **überschaubaren** Projekten wie die Organisation von Festen/Benefiz-Konzerten, Bildungsveranstaltungen, Wanderausstellungen usw. interessiert werden sollten.

Die größte **Arbeitsgruppe** war die zur **Staatsknete**, in der im wesentlichen ein Austausch der Erfahrungen über die verschiedenen Stadttöpfe (Nürnberg, München, Heidelberg und Düsseldorf) sowie die Länderprogramme (Berlin, Bremen, Hessen) erfolgte. Als zentrale Schlußfolgerungen aus der Diskussion, die noch viele Fragen offengelassen hat, sind zu nennen:

Die Netzwerke werden sich insgesamt stärker in die Verhandlungen um Staatsknete einschalten, um deutlicher ihre Funktion als politische Vernetzungsinstanz herauszustellen. Die Staatsknete-Thematik wird zum festen Bestandteil der weiteren Bundestreffen, da nur hier systematische Zusammenfassungen der Erfahrungen möglich sind. Zwar geht sehr viel Zeit weg für die Diskussionen um das Ob und Wie der Gestaltung der Töpfe, und es werden auch Probleme hinsichtlich der Solidarität, der demokratischen Struktur und des Zusammenhangs der Betriebe und Projekte gesehen, dennoch gibt es bei den Netzwerken kaum grundsätzliche Ablehnung gegenüber diesen Fördermaßnahmen. Jedoch besteht weiterer Diskussionsbedarf zu einer deutlicheren Formulierung der „Schmerzgrenze", die in den Verhandlungen mit den staatlichen Stellen nicht unterschritten werden dürfte und ab der die Netzwerke für weitere Verhandlungen nicht mehr zur Verfügung stehen. (Das Problem, daß manche Projekte jedoch „jedes Geld" nehmen würden, bleibt damit aber unbewältigt.)

Es ist notwendig, deutlich zwischen den verschiedenen Töpfen (Bund, Länder, Kommunen) zu unterscheiden, da damit verschiedene Reichweiten und Kompetenzen verknüpft sind. Ebenso muß zwischen der Förderung von sozialen und kulturellen Projekten, die sie grundsätzlich nötig haben, und der für die wirtschaftlichen Projekte unterschieden werden; für diese haben die Töpfe vor allem die Funktion einer vorläufigen Maßnahme gegen Diskriminierungen, mittelfristig muß ihnen der Zugang zu herkömmlichen Fördermitteln eröffnet werden.

Trotz dieser Unterschiede sollen weiterhin Verhandlungspakete für eine Verbundförderung angestrebt werden, um den Alternativbereich nicht auseinanderdividieren zu lassen. Dies muß jedoch noch besser als bisher begründet werden. Was den Vergabemodus angeht, ist weiterhin das Ziel, die Töpfe selbst zu verwalten; jedoch werden dabei auch Gefahren gesehen, daß zu große Konflikte unter den Projekten entstehen könnten. Positive Erfolge mit der Selbstverwaltung gibt es bei der Förderung sozialer Projekte, schwieriger ist es bei den wirtschaftlichen Projekten. Denkbar wäre auch ein Gremium aus Projekt- und Netzwerk-Vertreter/innen, Leuten aus Behörden, Gewerkschaften sowie neutralen Moderator/inn/en.

Zusammenfassung: Gedämpfter Optimismus bei den Netzwerken. Von Frust und Abgesang braucht nicht geredet zu werden, es gibt viel zu viel zu tun!

Günther Dey
(Netzwerk Bremen/Nord-Niedersachsen)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

MELDUNGEN

Düsseldorf: „Feuerwehrtopf" eingerichtet

Aus dem Wirtschaftsförderungs-Topf der Stadt Düsseldorf kann das Netzwerk zum ersten Mal überhaupt nennenswerte Beträge – in diesem Jahr DM 60.000 – an Betriebe verteilen. Dieser Betrag reicht bei weitem nicht aus, um den gestellten Förderungsanträgen gerecht zu werden. Schon seit etlichen Jahren gibt es Menschen, die bereit sind, einen Teil ihres Sparvermögens alternativen Betrieben zu leihen. Dieser Kreis soll nun kurzfristig größer werden, damit die zu verteilenden „öffentlichen Mittel" nicht erheblich an Effektivität verlieren.

Wir suchen Beträge zwischen DM 1.000,– und DM 5.000,– für eine Laufzeit von mindestens 6 Monaten – besser länger. Kündigungsfrist beträgt 2 Monate. Wer das Geld aber plötzlich sofort zurückhaben muß, für den übernimmt Netzwerk Düsseldorf die Zinsen der 2-monatigen Kündigung. Selbstverwaltete Betriebe erhalten keine Kredite bei der Bank. Das liegt daran, daß die wirtschaftlichen Ergebnisse gewollt von den Betrieben über 50% unter den Erwartungen einer Bank liegen. Trotzdem arbeiten diese Betriebe wirtschaftlich. D.h., sie ernähren Frau und Mann ausreichend genug.

Netzwerk Düsseldorf eV, Kronprinzenstr. 113, 4000 Düsseldorf

Beim Netzwerk Bremen/Nord-Niedersachsen kann jetzt die zweite und erweiterte Auflage der NETZWERK-LANDSCHAFT bezogen werden, die Selbstdarstellungen von 21 der 32 Netzwerke enthält. Umfang 64 Seiten, Preis DM 4,– zuzüglich Porto. Bestellungen an:
Netzwerk Bremen/Nord-Niedersachsen
Fehrfeld 60
2800 Bremen 1
Tel. 0421/704581

Sie ist da - die Haftungsassoziation

Haftungsassoziation eG – Bürgschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe gegründet

Nach fast zwei Jahren Vorlauf (auf der Verhandlungsebene) gelang am 20. November 1985 der große Durchbruch. Mit der offiziellen Gründung der Bürgschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe, Haftungsassoziation eG, wurde ein weiterer Meilenstein im Netz autonomer und solidarischer Finanzierungsinstrumente gelegt. Nach dem Spendenkonzept von Netzwerk Selbsthilfe, dem Zuschuß- und Darlehenskonzept der Ökofonds und dem Modell der Direktkreditvermittlung wurde nun – mit Hilfe der evangelischen Kirche und der öffentlichen Hand ein Kreditinstitut für die Vergabe von Bürgschaften eingerichtet.

Diese Spezialbank wird selbstverwalteten Betrieben – oder im EG-Jargon: „unkonventionellen Beschäftigungsinitiativen" – bei Finanzierungsproblemen mit den notwendigen Sicherheiten zur Seite stehen.

Doch bis dahin war es ein weiter Weg. Seit Anfang 1984 wurde mit Vertretern der evangelischen Kirche über die Umsetzung des Konzeptes Haftungsassoziation verhandelt. Im Juni 84 gab es dann den entscheidenden Vorstoß. Die Synode der evangelischen Landeskirche beschloß, die notwendigen finanziellen Voraussetzungen zur Gründung einer solchen Bürgschaftsbank zu schaffen – sofern auch die öffentliche Hand ihren Beitrag dazu leistet, sprich: Rückbürgschaften gewährt. Dann ging es in den Verhandlungen hin und her. Wenn die Kirche in einer Sache überzeugt worden war, warf der Senat ein neues Problem auf und umgekehrt. Im Frühjahr schließlich – wir schrieben bereits 1985 – beschloß der Senat (die Wirtschaftsverwaltung) die Gewährung von Rückbürgschaften, woraufhin die 85er Synode ihren Beschluß bestätigte und mit der Hingabe von 1 Mio. DM Startkapital konkrerisierte. Allerdings mußte aus haushaltstechnischen Gründen die Geschäftsaufnahme auf Anfang 1986 verschoben werden. Da es diese Form der Rückbürgschaftsgewährung bisher in Berlin nicht gibt, mußte ein Vorschaltgesetz zum Haushalt 1986 eingebracht werden.

Seitdem läuft der Count-Down. Es mußten Gespräche mit der Kreditaufsicht und dem Berliner Genossenschaftsverband geführt werden und schließlich war notwendig, noch zwei qualifizierte Bankleiter zu finden. Qualifiziert heißt: mit einschlägiger Leitungserfahrung.

Die Kreditaufsicht hat immerhin zugebilligt, daß nur einer der beiden Vorständler hauptamtlich tätig sein muß.

Schließlich konnten nun zu unserem Finanzierungskongreß die notwendigen Voraussetzungen erfüllt werden, um die Haftungsassoziation zu gründen. Ein Termin für die erste Bürgschaftssitzung kann bislang noch nicht genannt werden.

Die vielen Details dieser Bürgschaftseinrichtung – Funktionsweise, Gremien, Satzung, Bürgschaftsrichtlinien – haben wir in einer Broschüre zusammengestellt, die bei STATTwerke – gegen eine Schutzgebühr von 2,– DM – angefordert werden kann.

MiM

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tagung Alternative Finanzierungskonzepte

Nachbetrachtung

Vom 21.11. bis zum 23.11. fand in Berlin aus Anlaß der Gründung der „Haftungsassoziation" eine Tagung statt mit dem vielversprechenden Namen: „Alternative Finanzierungskonzepte". Zusammengeströmt waren Banker, Politiker, Gewerkschaftler, Wissenschaftler, Berater und vereinzelt Kollektivisten. Was als Begegnung 'zweier Finanzkulturen' angekündigt war, offenbarte bald seine wahre Struktur.

So wurde in der Arbeitsgruppe 1. (staatliche Finanzierung) das Auditorium (von ca. 60-70 Leuten) gebeten, sich zu erkennen zu geben, und siehe, es waren tatsächlich 4 (in Worten vier) Kollektivisten anwesend. So kann es kaum verwundern, daß das harmonische oberflächliche Tagungspalaver nur selten durch kritische Mißtöne gefärbt wurde, die jedoch in geradezu konspirativer Zusammenarbeit zwischen Moderator/in und geladenen Referenten glattgebügelt wurden.

Ein Höhepunkt, der mir im 'Bankenforum' zuteil wurde, waren die tiefeschürfenden Erkenntnisse, daß Banken bei der Vergabe von Krediten in erster Linie ihrer hohen Verantwortung gerecht werden müßten, da sie ja mit dem Geld anderer Leute arbeiten (3. Welt Kredite), und daß daher ein hohes Bewertungskriterium „die Professionalität des alternativen Managements" sei! Ähnlich wegweisend waren die Schlußfolgerungen zweier Berliner Wirtschaftsprofessoren, die Platitüden und Binsenweisheiten („Einnahmen sind nicht der Gewinn") in eine verwissentschaftliche Sprache gossen, es läge alles an mangelnder gegenseitiger Information, so daß man sich eben nur richtig verkaufen müsse, um überzeugen zu können nach dem Motto: Mach' aus vier Kollektivisten einen Chef und drei Mitarbeiter, vergiß auch den alten Konfirmationsanzug als Argument nicht. Daß die Überlegungen der Wirtschaftsprofessoren nur geringfügig von denen der Banker abwichen, konnte den staatskritischen Selbstverwalter natürlich kaum verwundern. Um so überraschender dann die Ausführungen des Vertreters des alternativen Beratungskollektivs Wirtschaftswunder Frankfurt, die ihren Niederschlag fanden in der Aussage: „Unter den genannten Bedingungen (Eigenkapitalknappheit) und dem gegebenen ökonomischen Druck, müssen die Kollektive lernen, sich einiges der Inhalte abzuschminken."

So steuert die Tagung einen Kurs, der aus der Zusammensetzung der Teilnehmer wohl auch vorbestimmt war, nämlich auf verschiedensten Ebenen, den alternativen und selbstverwalteten Projekten das Gebot der Stunde vor Augen zu führen und einen Trend einzuleiten, der nur wohlwollend mit „Anpassung" zu umschreiben ist.

Andererseits hat diese Tagung ganz deutlich gezeigt, weshalb es den 'Überfliegern' so leicht fällt, zu verwinden und zu verdrehen, zu interpretieren und zu programmieren. Es fehlt die eigene Überzeugungskraft, die kämpferische Identität, die Selbstvertrauen schafft. An ihrer Stelle steht ein nebulöses Gebilde von Ansprüchen und Inhalten verschiedenster Ausprägung, gepaart mit Widersprüchen selbst im eigenen Projekt.

Die permanente eigene Nabelschau ist jedoch nicht geeignet, politische und ökonomische Programme und Strategien zu entwerfen. So befindet sich die Selbstverwaltungswirtschaft m.E. im Augenblick vor einer schweren Entscheidung. Wir haben eine wirtschaftliche Größenordnung erreicht, die über die Hinterhofbastelstubenmentalität hinausgewachsen ist. Das haben auch die 'Anderen' bemerkt und aus Furcht vor dem Potential, das da entstehen könnte, gibt man sich integrativ, wohlwissend, wo unsere Schwächen liegen, womit man uns ködern kann! Wir werden unseren Weg nur durchhalten können, wenn „ihre Professionalität" nicht die unsere wird! Sollte es noch unserer Überzeugung entsprechen, daß unsere Inhalte die Besseren sind, daß unsere Waren die Besseren sind, daß unsere Motivation höher ist, dann fehlt uns nur das Instrumentarium, um es an den Mann/die Frau zu bringen. Und genau hier liegen meiner Meinung nach die Defizite, wo wir professioneller werden müssen – aber auf unsere Art.

Hucky Heck
Radschlag Bremen

Selbstverwaltungsforum

Anknüpfend an den Artikel „Utopie der vernetzten Alternativszene" in der September-Nummer von CONTRASTE folgt nun der praktische Einstieg.

Dort hatten wir vorgeschlagen, einen Diskussions- und Lernprozeß über regionale und branchenspezifische Zusammenschlüsse hinaus zu organisieren.

Unter dem Stichwort Selbstverwaltungsforum richten wir nun eine Informationsstelle für Regional- und Branchenzusammenschlüsse bei STATTwerke ein. Zunächst wollen wir erstmal eine Bestandsaufnahme dessen machen, was es so gibt. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um formale Zusammenschlüsse handelt – wie der Hessische Verband der selbstverwalteten Betriebe – oder um lockere Diskussionszirkel, wie in Berlin. Auch die Organisationsdichte spielt keine Rolle, gemeint ist, ob es z.B. ein Informationsmedium gibt (wie bei den Druckern) oder jährliche Treffen (Beispiel: Schreiner).

Wir bitten alle Zusammenschlüsse, sich bei uns zu melden, eine Kontaktadresse und ggf. -person mitzuteilen. Es sollen Mitgliedslisten durchgegeben werden und den Rundbrief wollen wir auch zugeschickt bekommen. Überhaupt sollte zuerst mal eine Selbstdarstellung gegeben werden, um mal zu sehen, was wo läuft. Wir werden dann alle Infos zusammenstellen und sie an die interessierten Kreise versenden.

Im nächsten Schritt wird es darum gehen, das Bedürfnis nach Zusammenarbeit und Informationsaustausch zu klären, ggf. Treffen und Seminare zu organisieren. Eine ausführliche Berichterstattung über CONTRASTE ist selbstverständlich.

Infos an die STATTwerke-Adresse Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36, Tel.: 030/6115904

Kreditgeber gesucht!

STROEMFELD/ROTER STERN
Kreditbedarf: DM 50.000,–

Der Verlag Stroemfeld/Roter Stern wird im September 1985 fünfzehn Jahre alt, dem Verlagskollektiv gehören jetzt 7 Leute (3 Frauen, 4 Männer) an.

Zur Frankfuter-Hölderlin-Ausgabe (die seit 1975 im Verlag erscheint) soll ein Faksimilie von Hölderlin-Handschriften erscheinen. Für Farbfotos, Rasterungen der Farbauszüge und Druck werden Kredite zur Vorfinanzierung gesucht (können durch unsere Auslieferung verbürgt werden).

Jugendhof im Bessunger Forst e.V.
Kreditbedarf: 10.000,– DM
bis zu 100.000,– DM

Der Jugendhof Bessunger Forst e.V. ist eine selbstverwaltete Jugend- und Erwachsenenbüdungsstätte im Rahmen eines gemeinnützigen Vereins. Das Haus und der Verein finanzieren sich hauptsächlich über die Einnahmen aus den Belegungen.

Um die Arbeit langfristig zu sichern müssen die Gebäude an der Substanz renoviert und erweitert werden. Die Bauweise ist mit Fachwerk und Leichtlehmausfachung selbsthilfefreundlich und landschaftlich wie ökologisch angepaßt gewählt worden. Alle notwendigen Genehmigungen sind vorhanden. Neben dem Block der nun bewilligten Zuschüsse von öffentlichen Zuwendern (Land Hessen, Stiftung Jugendmarke und Zivildienstamt) muß ein Drittel der Bausumme von 1,5 Millionen Mark in Form von Eigenleistung durch den Verein in Form von Selbsthilfe oder Geld aufgebracht werden. Der Kredit soll als Zwischenfinanzierungshilfe in entstehende Lücken einspringen, und uns hohe Zinsbelastungen ersparen.

Laufzeiten 3 Jahre, besser länger. Sicherheiten: Privatbürgschaften des Vorstandes, oder Grundschuld (es gibt bereits bestehende Gebäude in Vereinsbesitz).

Kontakt: **Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/738 18 74**

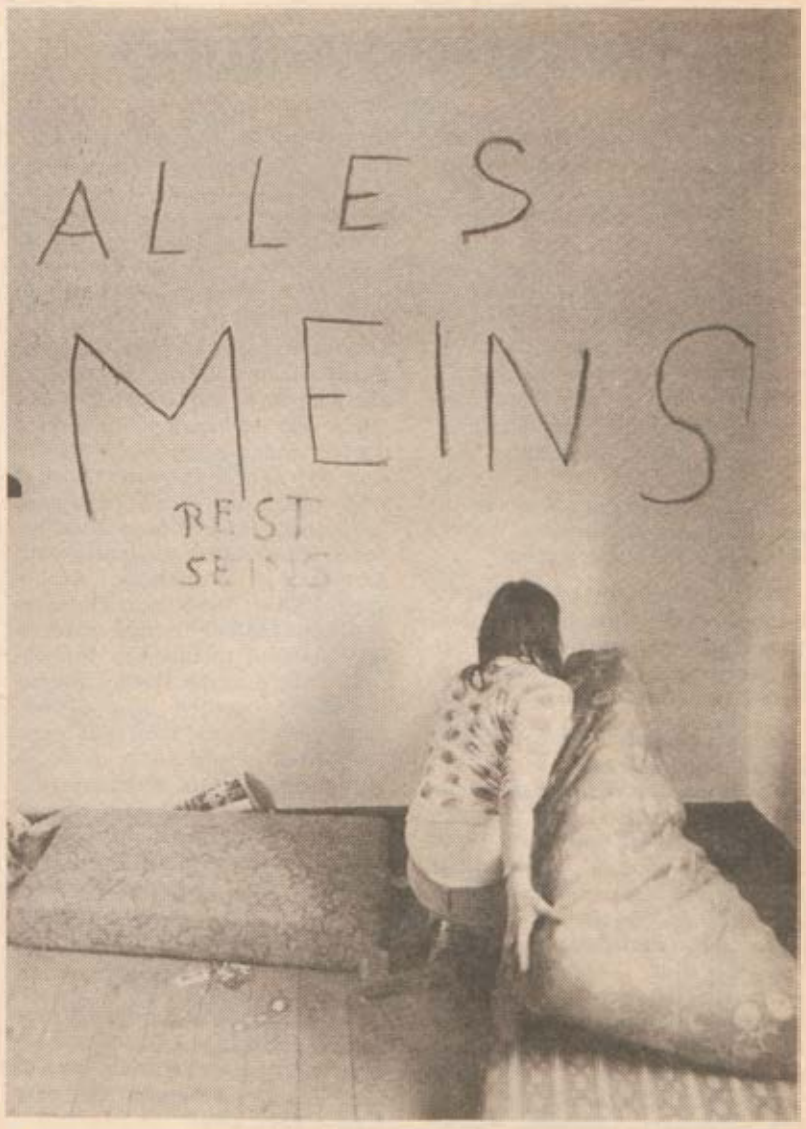


Foto: Friedhelm Fett

Für eine neue Produktgeneration

Über die Grundlagen eines Seminares auf den Aktionstagen 85

THESE: Sowohl den Mitgliedsunternehmen der Aktion Dritter Weg, als auch anderen selbstverwalteten Betrieben ist es bislang – wenn überhaupt, dann – nur in einem sehr bescheidenen Umfang gelungen, Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die in ihrer ökologischen Qualität eine *neue* Produktgeneration darstellen. Das hat gute Gründe!

Eine notwendige Voraussetzung ist der Aufbau neuer Forschungs- und Ausbildungsstätten, die – und das ist meine eigentliche These – von vernetzten selbstverwalteten Betrieben initiiert und getragen sein müßten.

Warum?
Auch diese – die entscheidende – Frage soll hier nur thesenartig beantwortet werden, damit eine – gerne auch kontroverse – Debatte daran anknüpfen möge.

Was heißt zukunftsorientiert?
- ökologisch
- in Selbstverwaltung arbeitend

Welche Hindernisse stehen der Erfindung solcher Produktionsweisen und Produktideen im Wege?
- Das allgemeine Profitprinzip unserer heutigen Wirtschaft (Erfindungen werden aufgekauft und zurückgehalten).
- Die an Staat und Wirtschaft gebundene – also unfreie – Forschung.
- Die materialistische Weltanschauung (die Verleugnung des Geistes).

Die Biografien genialer Erfinder, die sich mit Zukunftstechnologien befassen, sind immer wieder durch tragische Schicksalsschläge gekennzeichnet *(z.B. Victor Schauberger, Tessla, Paul Schatz)*. Lassen sich allgemeingültige Ursachen für das „Scheitern" solcher Menschen angeben?

Ein paar Überlegungen hierzu seien mir gestattet.

1. Die Bildung sozialer nicht profitorientierter Gemeinschaften dürfte die Grundvoraussetzung für das Zustandekommen zukunftsorientierter Erfindungen sein. Denn nur in einem sozialen Klima, in dem der Erfinder nicht unter der ständigen Furcht steht, daß man ihm seine Entdeckungen und Erfindungen entreißen könnte, kann er ungestört seine Forschungen und Entwicklungen betreiben.

   Fazit: Die Notwendigkeit einer selbstverwalteten, nicht profitorientierten Wirtschaft, wie sie in den ersten Ansätzen im Entstehen begriffen ist.

2. Ist der Boden für ein kooperatives Miteinander – auch in der Wirtschaft – bereitet, dann werden sich die Grundlagen aller Technik – wie sie bis heute durch die klassisch-materialistische Naturwissenschaft gelegt wurden und werden – durch eine spirituelle, auf das Leben gerichtete Wissenschaft verändern, so daß wir zu ganz anderen, eben lebensfreundlichen, Techniken kommen werden.

   Fazit: Die Notwendigkeit der Überwindung der Vorurteile gegenüber einer Wissenschaft der *geistigen* Zusammenhänge.

   Zur Verdeutlichung dessen, was gemeint ist, sei der Versuch unternommen, an einem Beispiel zu erläutern, in welche Richtung eine solche spirituelle Technik gehen könnte.

Die Homöopathie
(Samuel Ch. F. Hahnemanns)
Der Begriff der Homöopathie stammt vom griechischen homoios (ähnlich und pathos (Leiden oder Krankheit). Das Grundgesetz, auf dem die Homöopathie beruht, ist das Ähnlichkeitsgesetz oder „Ähnliches wird mit Ähnlichem geheilt" – auf Lateinisch similia similibus curentur. Das Ähnlichkeitsgesetz besagt, daß ein Heilmittel eine Krankheit heilen kann, wenn es bei einem Gesunden Symptome hervorruft, die denen der Krankheit ähneln.

Hahnemann behauptet nicht, den Begriff entdeckt zu haben. Im 10. Jahrhundert v. Chr. beschrieben indische Weise das Gesetz, wie auch Hippokrates, der 400 v. Chr. lebte, schrieb: „Durch das Ähnliche wird eine Krankheit erzeugt, und durch die Anwendung des Ähnlichen wird sie geheilt."

Als Grundsubstanz dienen Stoffe aus dem Mineral-, dem Pflanzen- und dem Tierreich. Die Stoffe werden mit Milchzucker oder Alkohol im Verhältnis 1:99 verrieben oder verschüttelt, wodurch die erste Centesimalpotenz (C 1) entsteht. Danach wird ein Teil der C 1 wiederum mit Milchzucker oder Alkohol im selben Verhältnis gemischt und verrieben oder verschüttelt, wodurch man die C 2 erhält usw., ... Außer den C-Potenzen verwendet man auch D-Potenzen, die im Verhältnis 1:9, sowie die LM-Potenzen, die im Verhältnis 1:50.000 potenziert werden.

Homöopathische Mittel werden meist in sehr hohen Potenzen angewendet, Potenzen bis C 100 und höher. Rein physikalisch gesehen sagt uns z.B. die sog. Loschmidtsche Zahl, daß ab der 20. Potenz von der potenzierten stofflichen Substanz kein Atom mehr zurückgeblieben ist. So hat die materialistische Naturwissenschaft auch keine Erklärung für die Wirksamkeit „der kleinsten Entitäten" und sie bestreitet eine solche Wirksamkeit dann auch energisch.

Die Tatsache der Wirkung kleinster Entitäten ist jedoch in vielen Forschungen untermauert worden. Im Jahre 1923 legte L. Kolisko ihre Untersuchungsergebnisse unter dem Titel „Physiologischer Nachweis kleinster Entitäten" vor. Sie stellte darin fest, daß Potenzen, also rhythmisch dynamisierte Substanzen – einen von gewöhnlichen Verdünnungen völlig verschiedenen Wert haben, obwohl sie in Bezug auf die Substanz gleichwertig sind. Ihre späteren Untersuchungen erstreckten sich auf die Verdünnungen bis zur 600. Potenz, die sie an dieser Stelle lediglich aus Gründen des nicht mehr zu bewältigenden Aufwandes abbrach.

Heute findet man in Deutschland in nahezu jeder Apotheke auch eine homoöpathische Abteilung und tausende von Ärzten und Heilpraktikern arbeiten mit offensichtlich großem Erfolg mit diesen homöopathisch verdünnten Substanzen. Und *trotzdem* ist die Homöopathie als anerkannte naturwissenschaftliche Disziplin an den Universitäten nicht zu finden.

Hier liegt das Problem. Materialistische Naturwissenschaft sieht nur Substanzen. Und wo keine Substanz mehr physikalisch nachweisbar ist, da kann sie auch keine Wirkung haben.

Die Methoden der Geisteswissenschaft macht bei den physischen Substanzen nicht halt. Sie untersucht das Leben, das ja die Pflanze von dem Mineral unterscheidet, sie untersucht das Seelische, das Gefühlsleben, das das Tier von der Planze unterscheidet, und sie untersucht schließlich auch den Bereich des eigentlich Geistigen, der im Menschen durch das Selbstbewußtsein zum Ausdruck kommt.

Die Geisteswissenschaft steht erst am Anfang. Und mancher Dilettantismus macht sich auf diesem Felde breit, wenn man nur an die heutige verkommene Astrologie und dergleichen denkt. Und doch – davon bin ich überzeugt – gehört der ehrlich betriebenen Geisteswissenschaft die Zukunft. Erste und durchaus respektable Ergebnisse solcher Geisteswissenschaften wurden z.B. von Rudolf Steiner erbracht. Sie schlagen sich auf vielen Feldern merkbar nieder, z.B. auf dem Gebiet der Erziehung (Waldorf-Pädagogik), auf dem Gebiet der Therapie (Heilpädagigik, Heileurhythmie, Medizin), auf dem Gebiet der Heilmittel (Weleda, Wala, Helixor etc.), auf dem Gebiet der Landwirtschaft (biologisch-dynamische Landwirtschaft).

Die Geisteswissenschaft wird auch auf dem Gebiet der lebensfreundlichen Technik befruchtend wirken, wenn man auf diesem Feld erst einmal energisch zu arbeiten beginnen wollte. Aber die Widerstände seitens der konventionellen Wissenschaft sind enorm und so müssen diese Arbeiten in der Regel abseits und mit sehr beschränkten Mitteln betrieben werden. Hier Abhilfe zu schaffen, wird eine der großen Aufgaben der alternativen, der selbstverwalteten Wirtschaft sein.

Rolf Saacke

Kostendeckungsprinzip contra Selbstverwaltung

Immer wieder schwirrt der Begriff Kostendeckungsprinzip als Merkmal selbstverwalteter Betriebe durch Szene und Literatur. So als ökologisches (??) Kriterium in der neuen Ökobank-Broschüre. Auch in den jüngst erschienenen Büchern von Marlene Kück und Matthias Neuling. Wobei man bei den beiden letzteren allerdings den Eindruck hat, es handle sich um das „wissenschafts"-übliche Zitieren aus dem Fundus der umfangreichen Literaturverzeichnisse. Eine kritische Betrachtung wird zwar im Hinblick auf die Eigenkapitalausstattung der Betriebe angestellt, nicht jedoch unter Selbstverwaltungs-Gesichtspunkten.

Welche Auswirkungen aber hat es, wenn in erwerbswirtschaftlich orientierten Szene*betrieben* nach der Kostendeckungsmaxime gewirtschaftet wird?

Es wird einfach die Ideologie des Kapitalismus übernommen, ein Betrieb könne als autonom-egoistische Einheit selbst über seine Gewinne entscheiden; der Entschluß, keine Überschüsse erzielen zu wollen, ist hier gleichbedeutend. Dabei haben aufgrund der faktischen hochgradigen Arbeitseinteilung der gesamten Wirtschaft – einschließlich alternativer Ökonomie, Autarkiedenken ist Illusion – viele andere am Betriebsergebnis mitgewirkt, neben Vorlieferanten etc. auch diejenigen, deren Leistungen nicht bezahlt werden: Schulen, Ausbildung, Wissenschaft, Kultur...

Auch in diesen Arbeitsstätten muß Selbstverwaltung möglich sein. In einer Abhängigkeit von willkürlichem Mäzenatentum, von staatlichen Richtlinien oder staatlichen Förderungsbedingungen ist dies jedoch nicht gegeben. Die „freie Lernwerkstatt"/100prozentig staatlich subventioniert, das kann zwar derzeit unter pragmatischen Gesichtspunkten sinnvoll sein. Es leuchtet mir aber nicht ein, diesen Zustand durch eine unüberlegte Anwendung des Kostendeckungsprinzips auf *den einzelnen Betrieb* zu zementieren.

Sinn erhält dies aber in vernetzten Zusammenhängen: Unterschüsse bei heute gemeinnützig genannten Aufgabenfeldern (Forschung, Ausbildung, Kultur, ökologische Projekte) und Überschüsse bei den erwerbswirtschaftlich orientierten Einrichtungen (Produktion, Handel, Dienstleistungen) werden ausgeglichen, ohne individuellen und auch ohne kollektiven Profit. Wenn solche Strukturen frei von Mäzenatentum sind, d.h. wenn die beiden charakterisierten Unternehmenstypen auf der Grundlage gleichen Rechts einbezogen sind, werden in einer solchen Selbstverwaltungswirtschaft durch gemeinsame Beratungen die Entscheidungen in gesellschaftlicher Verantwortung getroffen.

Und wenn Überschuß und Unterschuß ausgeglichen werden soll, muß doch bei vielen Überschuß da sein, und wahrscheinlich ein möglichst großer, oder?

Jochen Abeling

Fortsetzung aus CONTRASTE Nr. 14/85

Steiner rechnete also offenbar noch mit der Möglichkeit, durch eine *starke spirituelle Aktivität* einer größeren Anzahl von Menschen über viele Länder hin ein Gegengewicht zu schaffen gegen die Entwicklungen, die nun auf äußerem Felde sich durchsetzten. Aber auch dieser Versuch blieb im Keim stecken. Steiner konnte den neuen Ansatz nur noch wenig mehr als ein halbes Jahr intensiv verfolgen. Denn ab Oktober 1924 bis zu seinem Tod am 30. März 1925 war er – in seinen Lebenskräften aus jahrelanger Überlastung geschwächt – ans Krankenlager gebunden. An seinem letzten Geburtstag, dem 27. Februar, wird in München, wo ursprünglich das Goetheanum entstehen sollte, die NSDAP wiedergegründet. Acht Jahre danach, am 27. Februar 1933, steht in Berlin der Reichstag in Flammen. Damit verschaffen sich die Nazis das Argument für das Ermächtigungsgesetz, die endgültige Alleinherrschaft des „Führers". Die gegen Steiners Vision eines Mitteleuropa als Brücke zwischen Ost und West gerichteten Mächte hatten gesiegt. –

III.

Wir weisen auf diese Zusammenhänge, die man ja kaum für einen Zufall halten kann, deshalb hin, weil sie zum Geschichtsverlauf gehören, aber – warum wohl? – allenthalben verschwiegen werden.

Mit ganzer Bestimmtheit aber möchten wir doch betonen, daß das Schicksal des 20. Jahrhunderts sich wesentlich anders, nämlich ohne III. Reich, wahrscheinlich auch ohne Stalinismus und ohne einen II. Weltkrieg mit all seinen Folgen bis auf den heutigen Tag gestaltet hätte, wenn die von Rudolf Steiner ins Spiel gebrachte Idee der Dreigliederung des sozialen Organismus sich hätte durchsetzen können. Denn diese Alternative hat in sich die Sicherung gegen Fehlentwicklungen nach dieser oder jener Seite. Und das gilt heute noch genau so wie vor sechzig und mehr Jahren. Nach 1919 kam, was nach der Logik der Kräfte, die sich damals durchsetzten, kommen mußte. Auch heute kann man erkennen, ohne Prophet zu sein, wohin die „Logik" der dominierenden Kräfte und herrschenden Verhältnisse drängt; *zum atomaren Holocaust, zum ökologischen Zusammenbruch, zur sozialen Chaotisierung.*

Weil das so ist und weil uns angesichts von Wettrüsten, Waldsterben und Massenarbeitslosigkeit wenig Zeit bleibt, den Kurs durchgreifend zu korrigieren, scheint es uns an der Zeit, zu entdecken oder zu erinnern, daß es *eine mitteleuropäische Alternative* gibt, eine Alternative, die uns einen Weg weist aus den verhängnisvollen Zwängen der Ost-West-Konfrontation. Wir sehen diese Alternative in Steiners Idee von der Dreigliederung des sozialen Organismus. Wer sie ernsthaft prüft, kann erkennen, daß die Vision dieser Idee alle Probleme umfaßt, die uns heute bedrängen.

Wilfried Heidt

Die Perspektiven einer anderen Republik

Einleitung: Der geschichtliche Hintergrund der gegenwärtigen Aufgaben

Wilfried Heidt — Foto: Jochen Abeling

Dieser Weg ist – so hat es sich uns ergeben im Vergleich mit anderen Konzeptionen – der fundamentalste, der umfassendste, der offenste und der sicherste und dabei *der menschengemäße Weg zu einer Welt in Frieden und Freiheit, zu einer Welt der Brüderlichkeit und gleicher demokratischer Rechte für alle und zu einer Welt, die wieder in Einklang lebt mit den natürlichen und kosmischen Gesetzen.* Dies ist kein Weg zum „Paradies auf Erden", aber es ist ein Weg, der es uns erlaubt, Fehler rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren, es ist *ein Weg der gemeinschaftlichen Entwicklung durch gemeinschaftliches Lernen aus den Kräften und Impulsen freier und gleichberechtigter Menschen.*

Zwar werden wir bei der Schilderung der Grundlinien dieser Alternative die bundesdeutsche Situation im Auge haben und dabei nur von den politischen Bedingungen und Konstellationen dieses Staatswesens sprechen, weil wir eben Bürger dieses Landes sind und hier unsere demokratischen Rechte wahrnehmen. Aber die ideelle Grundlage der Vorschläge ist – so meinen wir – schlechthin *zeitgemäß und zeitnotwendig* und kann in jedem anderen Land gleichermaßen ins Spiel kommen und fruchtbar werden.

Die Menschheit ist in so bedrohliche Verhältnisse hineingeraten, daß es geboten erscheint, Vorschläge zur Veränderung gewissenhaft zu prüfen. Nichts vorschnell gutheißen, aber auch nichts Bedenkenswertes eilfertig beiseite schieben, weil man meint, Gutes und Brauchbares würde nur „auf dem eigenen Mist" wachsen können. Für falschen Ehrgeiz solcher Art scheint uns die Lage, in der wir (noch) leben, viel zu ernst. Müßten wir nicht vielmehr dankbar sein darüber, daß wir mit der Dreigliederungsidee eine zeitgemäße Perspektive für eine *alternative Republik* schon kennen? Dringlicher denn je sehen wir in der Verwirklichung dieser Idee den entscheidenden Beitrag zu einer *umfassenden Friedensordnung* in dieser Zeit: Frieden im sozialen Leben, Frieden mit der Natur und Frieden zwischen den Völkern.

Diese Idee steht ganz offensichtlich in engster Verbindung mit den gegenwärtigen Arbeits- und Diskussionsfeldern insbesondere der Selbstverwaltungsbewegung. Wir meinen, daß sie für die Intentionen dieser Bewegung einen ganz wesentlichen Dienst leisten kann sowohl hinsichtlich ihrer gesamtpolitischen Aufgaben als auch für die Lebenspraxis der einzelnen Arbeitskollektive und ihrer Vernetzung.

In der kommenden CONTRASTE folgt „I. Die Ausgangslage".

Notizen aus der Kulturszene

Hearing über Alternativkultur im Stuttgarter Landtag – Kulturpreis für „Club Voltaire" und „Goldender Anker"

Was unterscheidet die alternative von der etablierten Kultur, verliert „widerständige Kunst" ihren Anspruch auf staatliche Subventionen, wenn sie zugleich „wiederständige Politik" sein will? Mit so diffizilen Problemen befaßte sich der Kulturausschuß des Stuttgarter Landtags in einer ganztätigen öffentlichen Anhörung zum Thema: „Förderung kultureller Vielfalt in Baden-Württemberg" in der vergangenen Woche. Geladen waren neben einigen Repräsentanten traditioneller Kultureinrichtungen, die Vertreter soziokultureller Zentren und Initiativen aus allen Regionen des Südweststaats.

Baden-Württembergs Kulturinitiativen fordern 15 Mo. Staatsknete

Der Hintergrund für diese ungewöhnliche Bereitschaft der Stuttgarter Volksvertreter, sich über Inhalte und Zielsetzungen, aber auch die finanziellen Engpässe alternativer Kulturmacher zu informieren, ist – natürlich – ein finanzieller: 24 in der „LAKS" („Landesarbeitsgemeinschaft der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren") zusammengeschlossene alternative Kulturzentren fordern vom Land Ba-Wü 15 Millionen DM für neue oder ausgebaute Räumlichkeiten, Festivals, Projekte etc. Bisher mußte die „andere", „zweite", Sozio- oder Alternativkultur im Ländle ganz ohne die Segnungen staatlicher Kultursubvention auskommen. Nun befürworten die Oppositionsfraktionen von SPD und Grünen die Einrichtung eines eigenen Etats für die Soziokultur.

Selbstbewußte Selbstdarstellung

Zumindest *ein* Unterschied zwischen alternativer und traditioneller Kultur wurde schon bei der Anhörung deutlich: Während Vertreter der seit jeher subventionierten Einrichtungen unerträglich devote Lobhudeleien auf die großzügige Kulturförderung des Landes anstimmten oder nur Platitüden zu bieten hatten („Jede Kultur ist an sich schon alternativ"), verlangten die Vertreter der LAKS selbstbewußt, daß ihre – z.T. seit 10, 15 oder mehr Jahren betriebene – Soziokulturarbeit endlich auch öffentlich anerkannt werden müsse. Heinz Oeben von der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren verwies auf die ca. 6 Millionen Besucher, die jährlich die alternativen Kulturzentren in der BRD aufsuchen, Werner Schretzmeier, künstlerischer Leiter des Stuttgarter Theaterhauses, auf die Abhängigkeit der etablierten Kunst von der Soziokultur; sehr oft würden kulturelle Innovationen aus dem alternativen Bereich von den Etablierten übernommen, „abgekupfert". Nicht mehr hinzunehmen seien die permanente Selbstausbeutung der ehren- oder hauptamtlichen Mitarbeiter und die oft miserablen Räumlichkeiten der Kulturzentren.

Die Angst der „sozialen Revolution"

Der Landesregierung und den konservativen Parteien warf Schretzmeier vor, immer noch dumpfe Ängste zu hegen, in den soziokulturellen Zentren werde „der Umsturz des Systems geplant". Die anschließende Fragestunde bestätigte Schretzmeiers Eindruck. So beschuldigte der CDU-Abgeordnete Dr. Scheuer den Leiter des Tübinger „Club Voltaire", Eckhard Holler, in der Zeitung des „Clubs" einseitige politische Stellungnahmen, ja Aufrufe zur „sozialen Revolution" zu veröffentlichen. Übersehen hatte der CDU-Mann freilich, daß seine fleißig zusammengetragenen Zitate zumindest teilweise Wiedergaben aus Schriften Trotzkis waren.

Schretzmeier argumentierte taktisch: Auch extreme politische Positionen hätten in der Soziokultur ihren Platz, sie seien „ein Teil des Kuchens, nicht der Kuchen selber".

Ganz am Ende, als die meisten Volksvertreter längst entschwunden waren, bekräftigte der Ausschußvorsitzende von Trotha (CDU) die Position, mit der das Land Ba-Wü sich bisher der öffentlichen Förderung der alternativen Kulturzentren widersetzt hat: Diese sind nämlich laut Trotha eine Art „Gemischtwarenladen" weil sie nur teilweise selbst Kultur produzieren, teils lediglich als Veranstalter für kulturelle Darbietungen anderer fungierten. Das Land könne nur Kunst*produzenten* mit *eigenem Ensemble* fördern, andere Einrichtungen seien als bloße *Agenturen* nicht förderungswürdig. Man darf gespannt sein, ob die konservative Landtagsmehrheit mit diesem formalen Argument, das dem Charakter der Kulturhäuser überhaupt nicht gerecht wird, weiter die landesweite Förderung soziokultureller Zentren blockieren wird. Zunächst will die CDU-Fraktion die Ergebnisse des Hearings „auswerten".

Ein Preis für die Alternativkultur

Gar nicht sonderlich alternativ, eher konventionell-feierlich ging es ein paar Tage vorher im kleinen Saal des Stuttgarter Theaterhauses zu. Mit höflichen Worten wurden drei Landtagsabgeordnete und Karola Bloch, die Witwe des Tübinger Philosophen, begrüßt. Ein Cello-Querflöten-Duo spielte auf und das Publikum lauschte gesittet diversen Ansprachen, bevor schließlich Laugenbrezeln und herber Weißwein gereicht wurden. Nur ein beständig plärrendes Baby und ein sich ungeniert im Raum bewegender riesenhafter Hund, der lange vor dem Ende der Laudatio genüßlich 2 Brezeln verspeiste, hätte einem zufälligen Beobachter vielleicht verraten, daß die Ehrung zwei soziokulturellen Zentren galt: dem Tübinger „Club Voltaire" und dem Pforzheimer „Goldenen Anker". Ihnen wurde in festlichen Rahmen der diesjährige Kulturpreis der „Kulturpolitischen Gesellschaft" (KuPoGe) überreicht, einer seit 1976 bestehenden Vereinigung mit Sitz im westfälischen Hagen, die sich die Förderung einer sozial engagierten und jedermann zugänglichen Kultur zum Ziel setzt. Bisherige Preisträger waren u.a. 1979 Verein und Bürgerinitiative „SO 36" in Kreuzberg und 1981 – im Jahr der Massenverhaftungen – das Nürnberger „Komm".

Der 1970 von Studentenbewegten und fortschrittlichen Sozialarbeitern gegründete „Club Voltaire", der seitdem sein Domizil in einer ehemaligen Hufschmiede in der Tübinger Altstadt hat, organisiert und veranstaltet schwerpunktmäßig ein fortlaufendes Kulturprogramm (Liedermacher, Jazz, Rock, Folk, Kabarett, freies Theater, Tanz, Pantomime), bietet Kurse und Workshops an und ist Träger des Tübinger Festivals, das auch international ein bedeutsamer jährlicher Treffpunkt der alternativen Kultur ist.

Das Kulturzentrum „Goldener Anker", das seit1981 in einer alten Flößer-Raststätte im Pforzheimer Stadtteil Dillweißenstein untergebracht ist, fördert avantgardistische kulturelle Richtungen und Nachwuchskünstler, bietet Film-, Theater-, Konzert- und Literaturveranstaltungen an und ist Treffpunkt der verschiedensten Initiativen und Gruppen aus dem kulturell-politischen Raum. Außerdem veranstaltet der „Anker" das jährliche Pforzheimer Musik- und Theaterfestival.

Mit der Verleihung des Kulturpreises der KuPoGe werde nicht nur die jahrelange verbindliche kulturpolitische Arbeit der beiden Zentren gewürdigt, betonte der Präsident der „Kulturpolitischen Gesellschaft", Olaf Schwencke. Auch die gemeinsamen Bemühungen von „Club Voltaire" und „Goldener Anker" um die landesweite Anerkennung und Förderung der „zweiten Kultur" sollen mit dem Preis anerkannt werden. Insofern ist die Preisvergabe an zwei Kulturzentren Baden-Württembergs auch als Unterstützung der Forderung nach 15 Mio. „Landes-Knete" zu verstehen. Diese Summe ist für Schwencke eine Minimalforderung in einem Land, das eindeutig an letzter Stelle der Entwicklung der Soziokultur in der Bundesrepublik rangiert. Mit der Vergabe von Almosen an die Soziokultur müsse im reichen Baden-Württemberg endlich Schluß sein.

Raimund Finke

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Anzeige

Theorie Arbeitskreis Alternative Ökonomie

soeben erschienen

TAGUNGSZEITUNG

des Sommerseminares in Altenmelle, 27.7. - 10.8.

Aus dem Inhalt:
– Frauenarbeit
– Männer AG
– Finanzierungen
– ökologisches Bauen
– Neue Technologien
– Gruppe 2000

226 Seiten, 17 DM
(kopierte Auflage)

zu Bestellen durch Vorüberweisung von 17 DM auf Postgirokonto Nr.:
205 47 – 808
(BLZ 700 100 80)
Postgiroamt München

AG SPAK, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
Tel.: (089) 6 91 78 21

Anzeige

Ausgehend vom Rock 'n' Roll stellt Autor Siegfried P. Rupprecht in einzelnen Kapiteln die Entwicklung der Pop-Musik vor, untersucht die Bedeutung und leitet den wechselseitigen Einfluß der Alltagsrealität mit ihren sozialen Schwächen und den Musikstilen ab. Er zeigt die Kehrseite der Schallplattenindustrie, dennoch ist es nicht seine Absicht, auf den Fehlern anderer herumzureiten. Er möchte weder verteufeln, noch die Arbeit der Künstler und der Plattenindustrie untergraben, sondern aufklären und die Wege weisen, wie die einstige Musikrevolution zum Konsum der Jugend umfunktioniert wurde.

Ein Buch für den interessierten Leser, für den Laien und den gängigen Pop-Konsumenten.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung oder spesenfrei durch Vorauszahlung von DM 7,80 (V-Scheck) bei:

Rüdiger Eggert
Boxbergring 12, 6900 Heidelberg

Anzeige

WANDKALENDER des FPGZ Nürnberg im 7.Jahr! Mit liebevollen Zeichnungen und Pflanzendrucken stellen wir Lavendel, Rosmarin Sandelholz, Jasmin und 8 weitere Duftpflanzen vor und informieren über ihre Geschichte, ihre Kräfte und ihre Anwendungen.
DIN A 3 zum Aufklappen mit Mittelspirale und Monatskärtchen. Versand gegen Überweisung von DM 17,50 + 2,50 Porto auf Kto. Nr 1 322 608 Stadtsparkasse Nbg. Feministisches-Frauen-Gesundheits-Zentrum Fürtherstr. 154 , 85 Nürnberg .

Dringend gesucht

WENN ES LEUTE GIBT, die nicht in der Routine des Gewöhnlichen versinken wollen, sondern für ihren **Idealismus** einen praktischen Betätigungsrahmen suchen, oder andere, die trotz der Gefahr zu resignieren, ihre **Motivation** nicht auf die engen privaten Lebenskreise begrenzen wollen, dann können wir solchen Interessenten im Rahmen eines einjährigen Praktikums den Alltag unserer Tagungsstätte INTERN. KULTURZENTRUM ACHBERG zum Kennenlernen anbieten.

Zu den praktischen Arbeitsfeldern gehören Teestube, Küche, Hotel, Garten und Hausmeisterei. Die Mitarbeiter im Humboldthaus orientieren sich an der Anthroposophie, im besonderen an deren sozialwissenschaftlichen Aufgabenstellungen. Grenzenloses Interesse und Weltoffenheit erwünscht. Zuschriften bitte an: W. Müller, Humboldthaus, 8991 Achberg/Bodensee

Bundschuh Druckerei und Verlag
Betrieb im Besitz der Belegschaft, sucht **Fotosetzer/in** mit Berufserfahrung und Interesse an kollektiver Arbeit. Tel: 07 61/5 35 56

Selbstverwalteter Betrieb sucht für sofort eine/n **Kfz-Mechaniker/in** mit Berufserfahrung.

Das Kollektiv besteht seit fast drei Jahren in zentraler Lage Mannheims. Infos bei **„Handwerker-Genossenschaft"** Verb. Kanal linkes Ufer 20–24, 6800 Mannheim 1, Tel.: 0621/10 33 24

Selbstverwalteter Betrieb sucht für sofort eine/n **Schreiner/in** mit Berufserfahrung im Bereich der Möbelrestauration.

Infos bei **‚Handwerker-Genossenschaft'** Verb. Kanal linkes Ufer 20–24, 6800 Mannheim 1, Tel.: 0621/10 33 25 (Silvia oder Chris)

In einem kleinen Dorf im Pfälzer Wald haben wir seit 1979 ein größeres Projekt auf anarchistischer Grundlage. Die Arbeitsschwerpunkte sind Druckerei und Waldwirtschaft, sowie Büro/Verwaltung und Haushalt/Gartenbau. Für die Mitarbeit an diesem Projekt suchen wir noch Genossinn/en mit praktischen Kenntnissen. Gut wären auch Erfahrungen im kollektiven Zusammenleben.

Internationales Medienzentrum e.V., Alte Forststr. 1–3, 6738 Elmstein/Pfalz

Suche (auch für Sommer '86) Lehrstelle in handwerklichen/kreativen Bereich (auch Fotogr.) Andrea Lamest, Quinterstr. 12, 5500 Trier-Ehrany

Student der Volkswirtschaft, 24, mit abgeschlossener kaufmännischer Berufsausbildung, engagiert und einsatzfreudig, sucht Mitarbeit oder Anlernstelle in einem selbstverwalteten Betrieb, möglichst Bau- oder Möbelschreinerei. Ich habe bereits mehrmals im Handwerk gearbeitet und suche einen Betrieb ab Frühjahr/Sommer '86. Ich bin darüberhinaus ungebunden und habe meinen Zivildienst bereits abgeleistet. Zuschriften an: M. Schwab, Jägerstr. 34, 8700 Würzburg

Für Druckereien + Zeitungsleut':
STRIPPRINTER: Titelsatzgerät für Fotopapier & Film mit 12 verschiedenen Schriften und Ersatzbirnen (die Überschrift ist nach dem Satz in ca. 10 sec. fix und fertig verwendbar, bei Fotopapier) – z.Zt. noch im Einsatz – für DM 1.500,– VHB.
Taunus-Druck c/o INFO-DIENST TAUNUS, E.-M.-Arndt-Str. 1, 6233 Kelkheim Tel.: 06195/37 72

Termine

HANSWURST IN ALLEN GASSEN
– Theaterspiel in politischen Aktionen –
Theaterspiel war schon immer ein plastisches Medium gesellschaftspolitischer Aktionen. Dafür stehen Hanswurst und Dummer August genauso wie scharfzüngige Kabaretts und Straßentheater. Pantomimische Techniken, Akrobatik, Spiel mit Objekten und Musikinstrumenten sind Mittel der Improvisation.
Zeit: 9.-13.12.85
Ort: Das Rote Haus Seelbach
Kosten: 170 DM incl. Unterkunft und Verpflegung.
Information und Anmeldung:
Bildungswerk für Ökologie und Gesellschaftspolitik, Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/51 40 29

WIDER DEM FROST!
Wir verkaufen einen Späneofen mit Gebläse, Marke EWITHERM, auf für andere feste und flüssige Brennstoffe. Baujahr 85, Heizleistung 39.000 kw/h, VHB DM 5.500,– (Neupreis DM 8.500,–) ASH-Krebsmühle 06171/7 30 16

BiS bald in Hamburg...
Alle reden von Vernetzung, wir auch: In Hamburg haben sich in der letzten Woche erstmals Mitarbeiter/innen aus alternativen und selbstverwalteten Betrieben getroffen, um über politische und wirtschaftliche Möglichkeiten zu sprechen, stärker zusammenzuarbeiten. Angesprochen haben wir z.B. das gemeinsame Auftreten unter einem Markenzeichen, um sich stärker von den „neuen Selbständigen" abzusetzen (wie z.B. die BiS in Bremen), der Austausch von Informationen über Räume, Kontakte..., die Organisierung gemeinsamer Vertriebswege, Einflußnahme auf die Hamburger Politik, die Klärung von Konkurrenzproblemen.
Einig waren wir uns, daß wir nicht gleich einen blutleeren Verband gründen wollen, sondern erst mal ins Gespräch kommen wollen. Wir treffen uns wieder im
Hamburger Netzwerk-Büro
Donnerstag, 12.12. um 19.00 Uhr
Wer seine Neugierde nicht bändigen kann, kann auch Propper im Fuschenknäuel anrufen (45 11 56)

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

. . . . . .

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. . . . . .

. . . . . .

Name, Adresse

Datum, Unterschrift: . . . . . .

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: . . . . . .

Adresse . . . . . .

Die Überweisung von 42 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

- O Umweltfreundliches Schreibset
- O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
- O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .

LESERBRIEFE

Betr.: Gründung eines alternativen Spitzenverbandes der Freien Wohlfahrtspflege (also) in Hamburg in CONTRASTE 10/11 und 13/85

Anfang Juni wurde das also-Konzept auf einer Wochenend-Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales der Grünen ausführlich diskutiert. Am Ende der Tagung wurde eine Empfehlung dahingehend verabschiedet, ein alternativer Spitzen-Wohlfahrtsverband stelle zur Zeit einen weder machbaren noch wünschenswerten Weg zur Wahrung und Durchsetzung der Interessen alternativer Projekte dar.

Während der zweitägigen Diskussion hatten sich folgende Probleme herauskristallisiert und den Ausschlag für eine ablehnende Haltung gegeben:

Aus dem also-Konzept geht nicht klar genug hervor, welche Projekte überhaupt in einem Verband organisiert werden sollen. Zwar ist die Rede von „Initiativen, Alternativ- und Selbsthilfeprojekten, die der bestehenden Misere emanzipatorische und alternative inhaltliche Ansätze von Sozialarbeit entgegensetzen wollen,' aber was emanzipative und alternative Ansätze, in Abgrenzung zu der Arbeit traditioneller Gruppen und Vereine sind, bleibt unbestimmt. Zugegeben, das ist eine schwierige Diskussion. Wenn gerade dies aber ein Kriterium für die Mitgliedschaft im Verband sein soll, dann sollten doch alle Beteiligten genauer wissen worum es geht.

Ferner bleibt in dem Konzept offen, welche Interessen von Projekten mit Hilfe eines alternativen Wohlfahrtverbandes besser vertreten werden sollen und können. Geht es nur um mehr Staatsknete, also darum den traditionellen Verbänden einen größeren Happen vom ohnehin immer kleiner werdenden Kuchen staatlicher Sozialleistungen zu entreißen?

Dann aber wird die Folge eine politische Front sein, die vor allem zwischen den etablierten Verbänden und dem alternativen Verband verläuft. Forderungen, die von allen gemeinsam vertreten werden könnten (Arbeitslosigkeit, Asylrecht, Warenkorb/Sozialhilfe, Kürzungen im Sozialbereich) fallen dabei unter den Tisch. Der Staat würde politisch entlastet. Dabei ist nicht alles, was die etablierten Verbände betreiben, politisch verwerflich. Es gibt auch Projekte, die gut sind und berechtigten Anspruch auf Förderung haben. Und nicht alle traditionellen Verbände sind gleich. Zwischen dem DRK und dem DPWV (Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverb.) z. B. gibt es erhebliche Unterschiede. Diese politischen Unterschiede sollten dem Gelde zuliebe nicht ignoriert werden. Geht es den also Leuten aber um weitergehende, gesellschaftsverändernde Perspektiven, dann stellt sich die Frage, ob ein Verband das adäquate Mittel für solche Veränderungen darstellt. Die meisten alternativen Projekte sind aus einer Kritik heraus, sowohl an den Inhalten, als auch an den bestehenden Verbandsstrukturen und traditionellen Organisationsweisen von sozialer Arbeit entstanden.

Ein alternativer Wohlfahrtsverband, der als solcher anerkannt werden will, wäre in seiner Funktionsweise aber an rechtliche Bestimmungen gebunden, die wen wunderts? – ein getreues Abbild der Organisationsstrukturen der bestehenden, traditionellen Verbände sind. Die Verbandsstrukturen an sich könnten nicht alternativ, d.h. z. B. dezentral, selbstverwaltet, transparent, ohne Funktionärs Hierarchie, gestaltet werden. Ein alternativer Verband würde demnach alternativen Projekten die vormals kritisierten Fesseln traditioneller Organisationsweisen anlegen und gesellschaftsverändernde Impulse in alte Bahnen zurückwerfen.

Während es auf der einen Seite somit problematische rechtliche Vorgaben gibt, garantieren diese andererseits noch lange nicht die Anerkennung eines Verbandes als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege und dem damit verbundenen Einfluß auf die Politik und die Staatsknete. Die Stellung als Spitzenverband müßte erst politisch erkämpft werden. Wenn aber die Projekte zur Zeit offensichtlich zu wenig politische Power haben, um ihre Interessen vor Ort durchsetzen und gegenüber den großen Verbänden behaupten zu können, woher sollen sie dann die Power nehmen, um die Anerkennung als alternativer Spitzenverband politisch zu erstreiten. Woher sollen die materiellen und personellen Resourcen kommen, mit denen sich Kampagnen führen oder die notwendige Lobby-Arbeit in Bonn betreiben ließe u.s.w.?

Die Einschätzung der Hamburger also-Initiatoren/innen, daß es den Projekten schlecht geht und die etablierten Verbände ebenso wie die Politiker zuwenig für die Projekte tun, ist sicherlich richtig. Aber die Schlußfolgerung, dann „müßten sich die Projekte eben zusammenschließen und einen eigenen Verband gründen" ist eine politische Gleichung, die so einfach nicht aufgehen kann.

Es hätte den also-Leuten gut angestanden, eine Selbstdarstellung zu schreiben, die nicht nur von den großen Veränderungen, die da kommen sollen, kündet, sondern auch erwähnt, wie der politische Diskussionsprozess bisher verlaufen ist. Stattdessen wird der CONTRASTE-Leserschaft frisch, fromm, fröhlich, frei ein Konzept vorgestellt, als habe es darum noch keine Kontroversen gegeben. Vielleicht aber wurde die ablehnende Haltung der Grünen auch deshalb nicht erwähnt, weil dadurch zwangsläufig ein anderes Versäumnis der also-Leute zutage getreten wäre: bisher nämlich wurde es nicht für nötig befunden, an Projekte und Projektzusammenhänge (z. B. Netzwerke) in anderen Städten heranzutreten und den Meinungsaustausch mit der Projekte-Basis zu suchen. Nicht die, die es unmittelbar betrifft wurden bundesweit um Stellungnahme gebeten, sondern ohne die entsprechende Basis zu haben, gleich auf Parteienebene der politische Vorstoß gemacht. Auch das läßt daran zweifeln, ob die Initiatoren/innen des alternativen Spitzen-Wohlfahrtsverbandes das richtige Politikverständnis haben.

Franz-Joseph Bartsch
Paul-Martin Kötter vom Netzwerk Berlin

BRAUCHEN WIR EINEN 7. WOHLFAHRTSVERBAND?

Zwei Antworten:

1. Wir brauchen ihn, da Sozialarbeit oder „Wohlfahrtspflege" im Grünen/Alternativen Umfeld sich soweit von der vorherrschenden Praxis unterscheidet, daß sie von den bestehenden Wohlfahrtsverbänden entweder überhaupt nicht gefördert wird oder sich über deren Einflußnahme soweit verändert, daß grundlegende Inhalte verloren gehen.
2. Wir wollen ein vollkommen neukonstruiertes Gesellschaftsmodell aufbauen. Ein Wohlfahrtsverband, in der Art der bestehenden, würde diese Entwicklung eher hemmen, wenn wir es nicht schaffen, ihn als Spiegelbild unserer politischen Inhalte aufzubauen. Dies darf nicht bei den Förderungskriterien stehen bleiben (d.h. es reicht nicht, daß die Gelder nur an Gruppen verteilt werden, die im Sinne unserer Politik arbeiten), mit den Strukturen unserer Einrichtungen legen wir langfristig auch ihre politische Wirkungsweise fest. D.h. wir brauchen natürlich Geld, aber auch vollkommen neue Institutionen (Aufbau, Vergabekriterien, Machtverteilung, Zielsetzung). Wir brauchen (auch) einen 7. Wohlfahrtsverband, um die Umsetzung unserer Ideen heute finanzieren zu können.

Eine weitere Antwort ist sicherlich die bei der Tagung der BAG SOZIALES UND GESUNDHEIT der Grünen im Juni favorisierte: die existierenden Wohlfahrtsverbände sind zwar etwas rückständig, aber sie haben fortschrittliche Flügel und mit der Zeit werden sie auch den neuen Bedarf decken.

Wenn wir die Grundprinzipien dieser Institutionen akzeptieren (z.B. hierarchische Strukturen, Geldausschüttung von oben nach unten, wer die meisten zur Ausgrenzung geeigneten Gruppen findet, bekommt die meiste Kohle, Verwaltungsmaschinerie...) ist das letztere sicherlich die adäquate Antwort. Wie die Gruppierungen um die Grünen dabei stehen bleiben können, ist mir ein Rätsel. Von neueren Entwicklungen abgesehen; standen Themen wie Basisdemokratie, Rotation, Selbstbestimmung u.ä. ja schon einmal im Mittelpunkt der Diskussion. Noch zu Zeiten als über eine GRÜNE STIFTUNG, die DEZENTRALE diskutiert wurde, war „wie verhindern wir die Verselbständigung der Institution und damit ihre Abkehr von der ursprünglichen Zielsetzung" eine der wichtigsten Fragen. Etablieren wir uns inzwischen schon soweit, daß wir das gegebene akzeptieren und nur noch versuchen, momentan den größt möglichen Vorteil daraus zu ziehen (siehe Antwort 1; hier ist m.E. auch der ALSO einzuordnen). Oder gar: verfallen wir der Hoffnung, daß sich alles in unserem Sinne doch noch zum Guten wenden wird, wenn wir die Ausdauer haben lange genug zu warten (so würde ich die Antwort der BAG interpretieren).

Ich bin keine enthusiastische Verfechterin des 7. Wohlfahrtsverbandes, da ich Begriffe wie „Wohlfahrt" oder auch „Sozialarbeit" ohnehin in meiner Utopie nicht finden kann. Vielleicht brauchen wir gerade deshalb einen eigenen Verband, der unseren Ideen des Zusammenlebens entspricht und Geld brauchen wir aus allen zur Verfügung stehenden Töpfen, das ist für mich keine moralische Frage. Allerdings dürfen wir an den Erfahrungen der Vergangenheit nicht vorbeigehen, nur weil wir die Machtpositionen einnehmen, wird sich langfristig nichts verändern. In einigen Jahren wird dann der 8./9 oder 10. Wohlfahrtsverband (Partei/Stiftung) gegründet... Das ist auch eine Form der Beschäftigungstherapie, zumindestens wenn wir heute schon bestimmte Entwicklungen absehen können und diese ja an anderer Stelle bereits vehement kritisiert haben.

Einige Ideen
zum Gesicht des 7. Wohlfahrtsverbandes

- das Geld soll am besten zu 99 % in die Projekte fließen, d.h. mit dem geringst möglichen Verwaltungsaufwand
- Entscheidungen sollten vor Ort und damit möglichst weit „unten" getroffen werden, d.h. die Mittel-Vergabe-Kriterien (vgl. Papiere zur Parteienfinanzierung der Grünen) sollten auf breiter Ebene erarbeitet und verabschiedet werden, die Orts- bzw. Kreisverbände, denen entsprechend dieser Kriterien die Mittel zufließen, entscheiden über die Vergabe an die Projekte.
- Für Vorstandsposten und entsprechende Machtpositionen ist Rotation Pflicht.
- Geldvergabe darf nicht an die mögliche Stigmatisierung und Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen geknüpft sein (ein schwieriger Punkt. Es müssen Wege gefunden werden, die heutigen Praktiken zu verhindern. Heute bekommt der Ortsverband die meiste Kohle, der einen hohen Bedarf glaubhaft macht, der möglichst viele Personen oder Verhaltensweisen als beratungs-/behandlungsbedürftig definiert, die meisten Ghettos schafft. Die Lösung könnte im Sinne der gesundheitspolitischen Forderung „der Arzt soll sich nicht über Krankheit, sondern über Gesundheit finanzieren" laufen. (?))

Die Struktur eines uns entsprechenden Wohlfahrtsverbandes zu entwickeln ist sicherlich mit viel Arbeit verbunden. Ich denke allerdings, daß wir es uns nicht so einfach machen dürfen wie die Hamburger, und ich bin sicher, daß sich diese Arbeit langfristig lohnen wird.

Hannelore Zimmermann